

Eine Publikation des Ministeriums
für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
des Landes Brandenburg und der
Brandenburgischen Landeszentrale
für politische Bildung

Politikfeld Baukultur

**Ministerium für Stadtentwicklung,
Wohnen und Verkehr**

Öffentlichkeitsarbeit
Henning-von-Tresckow-Straße 2–8
14467 Potsdam
www.mswv.brandenburg.de

**Brandenburgische Landeszentrale
für politische Bildung**

Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam
www.politische-bildung-brandenburg.de

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dbb.de> abrufbar.

Copyright 2003
Ministerium für Stadtentwicklung,
Wohnen und Verkehr
des Landes Brandenburg und
Brandenburgische Landeszentrale
für politische Bildung

Inhaltliches Konzept: Renate Fritz-Haendeler
Herstellung: J. Strauss Photographie + Druckmedien
Gestaltung: Ellen Windmüller
Druck: Osthavelland-Druck Velten GmbH

ISBN: 3-932502-34-5

Politikfeld Baukultur

Über Stadtumbaufragen und den Zusammenhang
von Lebensqualität und Stadtgestalt

Renate Fritz-Haendeler/Bärbel Möller (Hg.)

INHALT

Einführungen in das Thema

Bärbel Möller

Baukultur – ein Thema politischer Bildung und zivilgesellschaftlichen Engagements 9

Renate Fritz-Haendeler

Politikfeld Baukultur – Beweggründe für eine Gesprächsreihe 13

1 Baukultur – Rückbaukultur

Renate Fritz-Haendeler

Baukultur – Hausbau und dergleichen mehr 17

Gert Kähler

Baukultur – wirksames Programm oder Sonntagsrede? 25

Wolfgang Kil

Keine Baukultur ohne Rückbaukultur 31

Albrecht Göschel

Baukultur – Chancen und Defizite eines Programms symbolischer Politik 37

2 Kontrapunkt Alt – Neu, „geistes-gegenwärtige“

Architektur – ein Markenzeichen für die Stadt

Bernhard Schuster

Baukultur erfordert Kommunikation und Öffentlichkeit 50

Rebecca Chestnutt/Robert Niess

Den historischen Ort verstehen, ohne sich anzupassen –
das bauliche Ensemble des Amtsgerichts Bad Liebenwerda 55

3	Brückenschlag zwischen Stadt und Landschaft – „mit Landschaft Stadt machen“	
	<i>Christiane Sörensen</i> Die moderne Allmende – wem gehört in Zukunft die Landschaft?	61
	<i>Richard J. Dietrich</i> Brücken als Zeichen der Baukultur – drei Beispiele in Brandenburg	70
	<i>Wilfried Mollenhauer</i> Brücken zwischen Technik und Gesellschaft	79
4	Vorhalten, mithalten, nachhalten? – Stadtbau über Projekte	
	<i>Marta Doehler</i> Stadtbau – Lebensqualität und Gestalt	85
	<i>Frank Zimmermann</i> Nachhaltige Inselprojekte – ein Rückbaubeispiel Cottbus-Sachsendorf/Madlow	90
5	Baukultur – ein Mehrwert für Brandenburg	
	<i>Thomas Drachenberg</i> Nicht nur das Schöne ist Baukultur, sondern auch das Bemerkenswerte	95
	<i>Arne Krohn</i> Baukultur als Antriebskraft für die Stadtentwicklung – Neuruppin 2006	98
	<i>Elke Pahl-Weber</i> Stadtmauern im Kopf einreißen – das regionale Entwicklungskonzept Ueckermünde – Torgelow – Eggesin	105
	<i>Hathumar Drost</i> Drei pragmatische Leitsätze	115
	Autorinnen und Autoren	118

Bärbel Möller

Baukultur – ein Thema politischer Bildung und zivilgesellschaftlichen Engagements

Relativ selten interessiert sich die ministeriale Fachpolitik für die politische Bildung. Umso mehr ist hier die Ausnahme zu erwähnen. Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung nahm das Angebot des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, eine Gesprächsreihe zur Baukultur zu konzipieren und die entsprechende Fachkompetenz einzubringen, interessiert auf. Unter dem Titel *Politikfeld Baukultur* fanden 2002/2003 fünf Diskussionsveranstaltungen statt. Die Beiträge der Referentinnen und Referenten beinhalten dieses Buch.

Baukultur ist ein weitreichendes gesellschaftliches und politisches Feld, das neben dem unmittelbaren Bauen den Umgang mit der gebauten Umgebung erfasst und maßgeblich die Lebensbedingungen der Menschen bestimmt. Im Zentrum der Gesprächsreihe standen aktuelle Fragen des kritischen Umgangs mit bereits Gebautem, die gegenwärtigen historisch unvergleichbaren Herausforderungen des Stadumbaues und perspektivische Fragen des Zusammenhangs von Lebensqualität und Stadtgestalt.

Das Vorhaben entsprach dem Konzept politischer Bildung in Brandenburg: in dialogischen Veranstaltungen Gegenwarts- und Zukunftsfragen zu diskutieren, Bürgerinnen und Bürger zur Mitwirkung und Einmischung in ihre eigenen Angelegenheiten anzuregen und sie hierfür mit Wissen und authentischen Informationen auszustatten.

Baukultur und politische Bildung, wo sind die Verbindungen? Wie lässt sich Baukultur als Politikziel vermit-

eln? Baukultur erweist sich als aktuelles politisches Thema, das besonders in den neuen Bundesländern mit dramatischen Prozessen von Strukturbrüchen am Wirtschafts- und Arbeitsmarkt, erheblichem Rückgang der Bevölkerung und Einbrüchen in den öffentlichen Finanzen verbunden ist. Die Zeiten, in denen Stadtentwicklung mit Wachstum verbunden war, sind vorbei. Unter diesen gravierend veränderten Bedingungen gewinnt Baukultur, verstanden als Umgang mit der tradierten Lebensform Stadt, an Bedeutung, obwohl sie noch kaum in den alltäglichen Medien vorkommt.

Die Thematik hat in Brandenburg eine eigene politische Dimension. Als neues Bundesland mit vielerlei Nachholbedarf, als dünn besiedeltes Flächenland mit vorwiegend kleineren Städten, strukturschwachen Gebieten und Grenzräumen sind realistische neue Ansätze der überörtlich Planenden und Selbsthilfe der Akteure vor Ort bei knapper werdenden finanziellen Mitteln gefragt. Dabei müssen die veränderten Bedingungen ungeschönt zur Kenntnis genommen werden und die verschiedenen Ebenen zusammenwirken. Diesen bürgerschaftlichen Prozess mit anzustoßen, ist eine Aufgabe politischer Bildung.

Die Veranstaltungsreihe hat eines deutlich gemacht: Baukultur und die damit verbundenen Probleme bedürfen der Diskussion, noch dringlicher der gemeinsamen Diskussion von Professionellen, Entscheidern und Laien/Bürgerinnen und Bürgern. Das jeweilige Thema der Veranstaltungen führte Referenten und Diskutierenden immer wieder auf Grundfragen gesellschaftlicher Entwicklung zurück. Baukultur steht in engen Zusammenhang mit dem jeweiligen Selbst- und Werteverständnis einer Gesellschaft. Es sind ausgesprochen dichte Gesprächsatmosphären entstanden, weil anhand dieses Politikfeldes viele grundsätzliche Fragen vergangenen und zukünftigen gesellschaftlichen Zusammenlebens

Bahnhof Friesack Foto: Wolfgang Kil

thematisiert werden konnten. Experten wie Laien sind in diesem Dialog Suchende.

In den Diskussionen wurde deutlich, dass die bereits seit längerem vorhandenen Signale der Schrumpfungprozesse ernst zu nehmen sind und die Ansprüche an politische Gestaltung und zukunftsbedachte Entwicklung lebenswerter Städte gerade aufgrund geringerer finanzieller Mittel wachsen. Dies betrifft alle politischen Entscheidungsebenen: Bund, Land und Kommunen.

Die spezifischen ostdeutschen Verhältnisse und Voraussetzungen schlugen dabei immer wieder durch, dienten quasi als Brennglas zur Deutlichmachung. In dramatischer Weise stehen hier Fragen des Rückbaus von Wohnungen in Städten und des Umgangs mit Brachen an. Leer stehende Wohnungen und Häuser, ganze Leerstandsgebiete sowie Industriebrachen werden nicht rekonstruiert werden können, nicht aufgrund fehlender finanzieller Mittel, sondern aufgrund der Veränderungen von Produktionsformen und Arbeit und aufgrund der demografischen Entwicklungen. Die Landschaft erfährt vielfältige Umdeutungen und Eigentumswechsel mit entsprechend veränderten Nutzungskonzepten (Landwirtschaft, Naturschutz, Wald, Wasserläufe). Der ostdeutsche Transformationsprozess hat bereits in seiner frühen Phase mit eigenen Wortschöpfungen – Abwicklung, Warteschleife, Insolvenz als neue Form der Unternehmensabwicklung, Treuhandanstalt und Konversion – auf das Ende von Prosperitätsdynamiken verwiesen. Die Dramatik dieser Begriffe wird erst heute richtig deutlich. Gebraucht wird eine neue Kultur des Stadumbaus. Unabdingbar ist, dass die qua Amt oder Profession Beteiligten und die Bürgerinnen und Bürger ihre eigenen Vorstellungen und entsprechende Wertorientierungen in den Prozess einbringen. Dabei geht es um das Aushalten einer möglichen Vielfalt, die deshalb zu respektieren ist, weil sie demokratisch entschieden wurde. Die hier auf-

gebrochenen Probleme lassen sich immer weniger durch vereinheitlichte Maßnahmen lösen. Dezentrale Ansätze werden notwendigerweise zu entwickeln sein, unterschiedliche Entwicklungsdynamiken und Zeithorizonte werden eine Rolle spielen. Hierzu bedarf es, wie bei allen komplexen Problemen, des Wissens und der Information in der Sache.

Drei inhaltliche Schwerpunkte durchzogen die Diskussionen: Auf den ersten Blick schien Rückbau ein Thema zu sein, das man mit den Erfahrungen der alten Bundesländer bei der Restrukturierung altindustrieller Regionen oder der Sanierung sozialer Brennpunkte in Städten bewältigen könnte. Aber die Dimension im Osten ist eine andere: Alle Problemlagen werden hier gebrochen bzw. verstärkt durch den Sprung in eine Marktwirtschaft, die sozial relativ gut abgedeckt ist, aber noch immer nicht als solche funktioniert. Und so wird der Osten Deutschlands noch weiter alimentiert werden. Zeitgleich wird dieser Sprung überlagert von den neuen Problemen post-industrieller Lebenswelten und dem Ende bisher gekannten Wachstums in allen Bereichen. Der Rückbau in den Städten ist ein Anlass und ein sichtbarer Zwang wirklich umzudenken. Damit haben sich auch alle Konzepte nachholender Modernisierung in der *Transformation des Ostens* erschöpft.

Folgen des Leerstandes gehen weit über Probleme des Abrisses von zu viel Wohnraum hinaus. Die sich gegenseitig verstärkenden Problemlagen schrumpfender Städte können in Abwärtsspiralen hineinführen. Die Verabschiedung von wachstumsorientierten Strategien wirft zugleich neue Fragen auf: Wie kann dieser Prozess gesteuert werden? Wer kann es tun? Wo sind die Akteure? Stadtpolitik nicht zuallererst als Wirtschaftspolitik zu begreifen, fällt im Osten angesichts der hohen Zahl von Arbeitslosen und fehlenden Arbeitsplätzen schwer. Beides *zusammenzudenken* kann zu neuen Wegen und

eher regional und lokal zu bestimmenden Lösungen führen.

Ein zweites Problem ist die Auseinandersetzung mit der Qualität der gebauten Umwelt. Nach der Wende hat im Osten ein ausgedehntes, staatlich gefördertes Baugeschehen eingesetzt, mit dem es gelungen ist, den Verfall der Innenstädte aus sozialistischen Zeiten aufzuhalten. Hierbei sei, so die Diskussionen, im Zuge der Massenproduktion von Gebautem berechtigterweise entschiedene Kritik anzubringen. Die Frage *„Warum unsere Städte so hässlich sind?“*¹ wurde in den Veranstaltungen nicht gestellt. Baukultur ist keine Geschmacksfrage. Hier stand die Frage nach dem „Mehrwert“ von Baukultur im Raum. Ein Fazit der Diskussion ist: Unsere gebaute Umwelt sollte uns „mehr Wert“ sein. Hierfür ist das Engagement vieler und unterschiedlicher Professionen sowie Akteure in einer pluralistischen Gesellschaft notwendig. Es wird schwer sein „alle unter einen Hut zu bringen“.

Ein dritter Aspekt: Häufig wird fehlende Steuerung durch die Politik beklagt und zugleich die Rolle der Politik auf die Bereitstellung von staatlichen Mitteln reduziert. *„Die Idee, Städte als Unternehmen zu betrachten, jedes Ämtchen betriebswirtschaftlich zu durchforsten, ihre Funktion aufs Nötigste zu reduzieren ist eine Stillblüte der europäischen Stadtradition. Sie würde zur Auflösung der Stadt als politische Einheit führen. Eine Stärkung des politischen Einflusses der Bürger auf ihre Städte wäre notwendig, nicht ihre Reduktion auf einen Konsumentenstatus – nicht weniger, sondern mehr Kommunalpolitik also.“*²

Es ist Aufgabe der Politik vernünftige Rahmenbedingungen zu schaffen. Baukultur, so ist zu vermuten, ist ein Politikfeld, das nur durch die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger mit Sinn erfüllt werden kann, da es die dialogische Form des Aushandelns zur Vorausset-

zung hat – frei von Wahlkampfabsichten und über Legislaturperioden hinausreichend.

Die Diskussionen im Rahmen der Veranstaltungsreihe förderten die Kommunikation zwischen Akteuren und Laien, ermöglichten die Reflexion eigener beruflicher Tätigkeit durch die Experten in neuen Gesprächskontexten und unterstützten im besten Fall die Motivation der Teilnehmer beim Stadtbau mitzuwirken. Dies soll noch einmal mit dem vorliegenden Buch verstärkt werden.

Der herzliche Dank der beiden Herausgeberinnen gilt allen, die zum erfolgreichen Zustandekommen der fünf Veranstaltungen und ihrer Dokumentation beigetragen haben, insbesondere den Referentinnen und Referenten für die Schriffassung ihrer anregenden Beiträge und das Bildmaterial. Wir danken Prof. Dr. Eduard Führ von der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus für die gesprächsfördernde Moderation von drei Veranstaltungen und Elke Pahl-Weber für die zielführende Moderation der abschließenden lebendigen Podiumsdiskussion.

Anmerkungen/Literatur

¹ Vgl. Ganser, Karl: Interview Endlich Heimat bauen. In: Die Zeit Nr. 14 vom 27.3.2003.

² Häußermann, Hartmut: Die Erfindung der Stadtgesellschaft. In: Das Parlament Nr. 37 vom 8.9.2003, S. 1.

Renate Fritz-Haendeler

Politikfeld Baukultur – Beweggründe für eine Gesprächsreihe

Das Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr und die Landeszentrale für politische Bildung in Brandenburg führten im Winterhalbjahr 2002/2003 erstmals zusammen eine Gesprächsreihe zum Thema *Politikfeld Baukultur* – über Stadtaufbaufragen und den *Zusammenhang von Lebensqualität und Stadtgestalt* durch. In einem offenen Gespräch zwischen Fachleuten und interessierten Bürgerinnen und Bürgern wollten die Veranstalter der Frage nachgehen: Welche Rolle spielt die Baukultur im Aufbau Ost?

Das Politikfeld Baukultur ist zu einem europäischen Gesprächsstoff geworden. Einige europäische Nachbarstaaten wie Frankreich, die Niederlande und Finnland haben Impulse für eine beispielhafte Baukulturpolitik gegeben. Die Bundesregierung hat dieses Politikfeld im Herbst 2000 mit der *Initiative Baukultur* aufgegriffen. Sie löste in Deutschland eine breite und vielstimmige Diskussion über die Gestalt der gebauten Umwelt und ihre Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft aus. Ein Statusbericht des Bundes zur „Baukultur in Deutschland“¹ unternimmt eine Bestandsaufnahme und formuliert Empfehlungen und Maßnahmevorschläge. Baukultur ist offensichtlich ein Indikator für den Lebens- und Geldwert von Städten wie für den Umgang mit der tradierten Lebensform Stadt. Wertschätzung und Verfahrensweisen gründen auf gesellschaftlicher Erfahrung. Der Bevölkerungsverlust rüttelt zusammen mit Strukturbrüchen auf dem Wirtschafts- und Arbeitsmarkt an den Grundfesten der brandenburgischen Siedlungsstruktur, aber auch an den Grundfesten herkömm-

licher Kommunal- und Unternehmenspolitik. Stadtbau im *Rückwärtsgang* widerspricht den Denk- und Handlungsgewohnheiten von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Er fordert zur Umbesinnung heraus. Dabei sind nicht nur Experten gefragt, sondern auch die betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Die Schrumpfung der Städte erweist sich als ein tiefgreifender ökonomischer, ökologischer und soziokultureller Wirkungszusammenhang. Er zwingt zu komplexem Denken und Handeln lokal, regional sowie auf Landes- und Bundesebene, ohne vergleichbare Erfahrung.

Wie sichert man Lebensqualität in schrumpfenden Städten? Welche kommunalen Potenziale lassen sich als Stabilisatoren nutzen? Die Diskussion über Baukultur fördert einen kreativen Suchprozess. Sie regt dazu an, grundlegender darüber nachzudenken, wie wollen wir leben, was kann verändert werden, was soll abgerissen werden, was bleibt, warum lohnt es sich zu bleiben?

Die wirtschaftlichen Kraftfelder liegen im Westen Europas. Die Osterweiterung der Europäischen Union steht bevor. Wie positioniert sich das Land Brandenburg? Wie sollen sich die landesentwicklungspolitisch bedeutsamen Kommunen orientieren?

Welche Rolle spielt dabei die Baukultur? Fragen der Werterhaltung und der Neubewertung umreißen den Spannungsbogen dieser Gesprächsreihe. Die herkömmlichen Maßstäbe des Bauens, wie Standfestigkeit und Zweckmäßigkeit der Gebäude, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs, sind notwendige, aber keine hinreichenden Bedingungen für das Wohlbefinden und die Anziehungskraft einer Stadt. Ihr Erscheinungsbild, ihre Atmosphäre, die Aufenthaltsqualität der öffentlichen Räume und Gebäude sind ein ebenso wichtiger Beweggrund, in eine Stadt zu investieren, sei es als Wohn-, Arbeits-, Ausbildungs- oder Ferienort. Ziel der Veranstaltungen war es, sich vorurteilsfrei über die

Grüner Winkel, Straßenseite, Güstrow Foto: Michael Lüder

Lebensform Stadt, das historische Erbe und zukunftsbedachte Aufwertungsstrategien zu verständigen.

Der englische Kulturwissenschaftler Terry Eagleton hält die Kultur für „eine jener seltenen Ideen, die für die politische Linke ebenso integrierend wirken, wie sie für die politische Rechte lebenswichtig sind“². Das lässt sich auch für die Baukultur sagen. Die Diskussion sei der politischste Teil am Thema Baukultur, meint Gert Kähler, Verfasser des Statusberichts für die Bundesregierung.

Baukultur hat etwas mit Wissen zu tun, bewusst wahrzunehmen, was man sieht, in Kenntnis der Geschichte und des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeldes. Die Demokratie ist unästhetisch, meint der Kunsthistoriker Walter Grasskamp³. Sie bringt keine geschlossene ästhetische Repräsentation mehr hervor. Eine pluralistische Gesellschaft zeichnet sich durch viele Blickwinkel aus. Blickwinkel verändern sich in der Bewegung. Die Perspektiven hängen wesentlich von der Augenhöhe des Betrachters ab.

Komplexe Probleme wie der Stadtbau erfordern unterschiedliche Flughöhen bei der Betrachtung. „Je mehr Affekte wir über eine Sache zu Wort kommen lassen, je mehr Augen, verschiedene Augen wir uns für dieselbe Sache einzusetzen wissen, um so vollständiger wird unser Begriff dieser Sache, ... sein.“⁴ (Nietzsche, 1887, zitiert nach Werner Hofmann, Kunsthistoriker) An dieser Einsicht orientierten sich Aufbau und Gliederung der fünfteiligen Gesprächsreihe im Winterhalbjahr 2002/2003 ebenso wie die vorliegende Dokumentation.

Aufbau und Gliederung

Das Politikfeld Baukultur wird unter fünf Themenschwerpunkten beleuchtet. Der einzelne Problemkomplex wird jeweils an einem konkreten Projekt (ein öffentliches Gebäude, einige Ingenieurbauwerke, ein Wohnquartier, Beispiele der Landschaftsarchitektur, ein Stadtentwick-

lungskonzept oder ein Projekt der regionalen Städtekooperation) durch die Planverfasser anschaulich gemacht und darüber hinaus durch Fachkollegen auf seine Bedeutung für Stadtbau und Stadtgestalt reflektiert.

Im ersten Themenschwerpunkt geht es um eine grundlegende Annäherung an das Politikfeld (u.a. mein Beitrag) und die Frage *Baukultur – Rückbaukultur*. Zwei Architekturkritiker, Gert Kähler und Wolfgang Kil, setzen sich mit der Programmatik Baukultur und ihrer gesellschaftspolitischen Botschaft auseinander. Der Sozialwissenschaftler Albrecht Göschel thematisiert Motivation und Reichweite symbolischer Politik.

Der zweite Themenschwerpunkt befasst sich mit dem traditionellen Bauen und der Frage nach zeitgemäßen Architektursprachen und Vermittlungsformen. *Kontrapunkt Alt – Neu, „geistesgegenwärtige“ Architektur, ein Markenzeichen für die Stadt?* lautet die Frage. Reibungspunkt ist ein öffentliches Gebäudeensemble, das neue Amtsgericht von Bad Liebenwerda, vorgestellt durch die Architekten Rebecca Chestnutt und Robert Niess. Das Gebäude erhielt bei der Verleihung des Brandenburgischen Architekturpreises 2003 eine Anerkennung für die zeitgenössische Ergänzung eines Baudenkmals. Der Präsident der Brandenburgischen Architektenkammer, Bernhard Schuster, begründet das auf Kommunikation und Öffentlichkeit angelegte Strategiekonzept der Brandenburgischen Architektenkammer.

Der dritte Themenschwerpunkt *Brückenschlag zwischen Stadt und Landschaft – „mit Landschaft Stadt machen“* widmet sich einer widersprüchlichen Frage und dem Syntheseveruch *Brückenschlag*. Ausgehend von einigen historischen Vorbildern setzt sich die Landschaftsarchitektin Christiane Sörensen u.a. mit der Allmendee und möglichen Strategien auseinander. Landschaft wie-

der zum stadtbürgerlichen Thema zu machen. Der Architekt und Brückenbauer Richard J. Dietrich illustriert an drei seiner Brandenburger Brückenbauten in Potsdam, Töplitz und Rathenow seine Entwurfsprinzipien und sein Verständnis von *Brücken als Zeichen der Baukultur*. Der Präsident der Brandenburgischen Ingenieurkammer, Wilfried Mollenhauer, verdeutlicht in seinem Beitrag über *Brücken zwischen Technik und Gesellschaft* die Verantwortung der Ingenieure als Baukulturträger.

Der vierte Themenschwerpunkt *Vorhalten, mithalten, nachhalten?* – *Stadtbau über Projekte* nimmt das Wohnen in der Stadt als komplexes Handlungsfeld ins Visier. Ohne Vorhaltungen, ohne Wettbewerbsdruck geht es um ortsspezifische illusionslose Stadtbaustrategien mit anschaulichen und Mut machenden Beispielen. Der Architekt Frank Zimmermann skizziert ein vielbeachtetes, auf Bundesebene mit dem Bauherrenpreis 2003 des Bundes Deutscher Architekten (BDA), des Deutschen Städtetages (DST) und des Gesamtverbandes der Wohnungswirtschaft (GdW) ausgezeichnetes *nachhaltiges Inselprojekt* in seinem Werkbericht über Umbau und Rückbau von Wohnhochhäusern an der Theodor-Storm-Straße in Cottbus-Sachsendorf. Die Stadtplanerin Marta Doehler behandelt das Thema *Stadtbau – Lebensqualität und Gestalt*. Sie setzt sich vor dem Hintergrund ihrer Leipziger Erfahrungen kritisch mit tradierten Leitbildern der Stadtplanerzunft auseinander.

Der fünfte Themenschwerpunkt *Baukultur – ein Mehrwert für Brandenburg* fasst unterschiedliche Blickwinkel von Fachleuten (Architekt, Stadtplanerin, Pädagoge, Kunstwissenschaftler) zu einem Panorama zusammen. Sie beschäftigen sich als Funktionsträger in der Stadtverwaltung (Arne Krohn), in der Landesdenkmalbehörde (Thomas Drachenberg) oder aus Sicht der freien Berufe (Elke Pahl-Weber, Hathumar Drost) mit Fragen der kol-

lektiven Selbstdarstellung mit Gewinn, dem Umgang mit dem kulturellen Erbe, mit regionaler Kooperation sowie mit der politischen Funktion einer Baukulturdebatte in schrumpfenden Städten.

Dieses *polyphone Kammerkonzert* steht Pate für eine notwendige Strategiediskussion über die Lebensform, die Gestalt und die Zukunft ostdeutscher Städte.

Anmerkungen/Literatur

- 1 Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hg.): Statusbericht Baukultur in Deutschland. Bearbeitung: Gert Kähler. Berlin 2001.
- 2 Eagleton, Terry: Was ist Kultur? München 2001, S. 8.
- 3 Grasskamp, Walter: Die unästhetische Demokratie. München 1992, S. 9.
- 4 Hofmann, Werner: Die Moderne im Rückspiegel. München 1998, S. 297.

Baukultur – Rückbaukultur

Renate Fritz-Haendeler

Baukultur – Hausbau und dergleichen mehr¹

Mit der Bundesinitiative zur Baukultur hat dieses Politikfeld eine vielsichtige Diskussion über die Gestalt der gebauten Umwelt und ihre Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft ausgelöst. Schrumpfende Städte im Osten Deutschlands fordern zu einem Nachdenken über Stadt heraus. Welche Rolle spielt dabei die Baukultur? Ein Blick zurück hilft bei der Positionsbestimmung.

„Hausbau und dergleichen“² – diesen Titel gab der Architekt Heinrich Tessenow im Jahr 1916 einem Buch über die Grundlagen des Häuserbaus und der Wohnungseinrichtung. Ihm ging es darum, Baukultur anschaulich zu vermitteln – nicht rückwärtsgewandt, sondern seiner Zeit zugeordnet³. Als Baumeister und Hochschullehrer (1876–1950) machte er sich damals in vielen seiner Schriften Gedanken über die Baukultur in Europa, über europäische Siedlungsformen, den öffentlichen Raum, das Verhältnis von Kultur zur Natur sowie Überlegungen zur Kindererziehung und die Verantwortung von Schulen⁴ – Themen also, die auch heute wieder die Diskussion über Baukultur bewegen⁵.

Was sind die Gründe und Hintergründe dieser wieder auflebenden gesellschaftlichen Besinnung auf Baukultur? Welche Rolle spielt dabei der Staat? Im Rückblick auf die Vergangenheit scheint sich die Baukulturfrage immer zu Wendezeiten zu stellen, wenn sich die Machtverhältnisse zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft verschieben. Baukultur ist offenbar ein „Mehrkostenkleber“: Welche Komponenten bestimmen das System? Wie wirken sie zusammen? Welche Triebkräfte sind förderlich?

Grüner Winkel, Gartenseite, Güstrow Foto: Michael Lüder

Wie lässt sich Baukultur als Politikziel vermitteln? Im Folgenden sollen einige dieser Fragen angesprochen werden, um den unbestimmten Begriff Baukultur dingfester zu machen.

Baukultur – eine Applikation?

Baukultur umschreibt sowohl das örtliche Erfahrungswissen einer Gesellschaft als auch den gegenwärtigen Umgang mit der dreidimensionalen gebauten Umwelt. Die einzelnen Gebäude, ihr Produktionsprozess ebenso wie ihr Zusammenspiel sind Indikatoren für den Lebenswert eines Ortes. Er wird in dreifacher Weise wahrgenommen: funktional im alltäglichen Gebrauch (Gebrauchswert), ökonomisch über die Nachfrage als Wohn- und Arbeitsort (Tauschwert) und emotional über das Erscheinungsbild und die Atmosphäre des Ortes (Inszenierungswert⁶). Im Vergleich mit anderen Städten ist der Zusammenklang aller drei Komponenten wettbewerbsentscheidend. Die Bewertung fällt je nach Lebenserfahrung und Blickwinkel des Betrachters aus.

In seinem Buch „Hausbau und dergleichen“ illustrierte Tessenow zum Beispiel, dass Wohnungsbau mehr bedeutet als materialgerechte Sorgfalt im Detail, mehr als eine zweckmäßige Grundriss- und kostenbewusste Gebäudeplanung. Der Architekt versinnbildlichte in den Ansichts- und Perspektivzeichnungen seine Vorstellungen von Wohnqualität. Die Gebäude beziehen sich auf ihr Umfeld. Haus, Straßenraum, Garten und Landschaft bilden eine Entwurfsinheit.

Tessenows Entwürfe verdeutlichen, wie sich Nützlichkeit und Warenwert durch Inszenierung verstärken lassen. Man spricht bei der Inszenierung von einem neuen Werttyp, einer Verschränkung von Gebrauchswert und Tauschwert. Sie wird durch ästhetische Arbeit von Architekten, Stadt- und Landschaftsplanern geleistet. Baukultur versteht sich unter diesem Gesichtspunkt als eine



Ländliches Einfamilienhaus für das Ruhrtal 1909, Heinrich Tessenow
In: „Hausbau und dergleichen“, Callwey Reprint München 1984

systemimmanente Ergänzung – nicht als ein Nebenbei oder Darüber hinaus ohne unmittelbare Funktion ?.

Eigentum verpflichtet

„In der Regel ist jeder Eigentümer, seinen Grund und Boden mit Gebäuden zu besetzen oder seine Gebäude zu verändern, wohl befugt. Doch soll zum Schaden oder zur Unsicherheit des gemeinen Wesens oder zur Verunstaltung der Städte und öffentlichen Plätze kein Bau und keine Veränderung vorgenommen werden.“ (Preußisches Allgemeines Landrecht von 1794, §§ 65 I 8) ⁸

Seit dem Preußischen Allgemeinen Landrecht von 1794 liegt die Hauptverantwortung für Baukultur beim Eigentümer, seien es öffentliche oder private Bauherinnen oder Bauherren. Diese liberale Befugnis musste im Zeitalter der Industrialisierung, zum Ende des 19. Jahr-

hunderts, wegen der anhaltenden Landflucht in die Stadt zum Schutz des allgemeinen Wohls öffentlich gebremst werden, um Gefahren abzuwehren, Epidemien und Feuersbrünste zu verhindern, der Wohnungsnot der arbeitenden Klasse zu begegnen und spekulativer Landnahme durch Fluchtlinienpläne und Baupolizei einen Ordnungsrahmen vorzugeben.

Die Anfänge des planmäßigen Städtebaus beherrschten stadttechnische Fragen der notwendigen Infrastruktur für das Leben in der Stadt. Die Frage der gesellschaftlichen Selbstdarstellung griff das Großbürgertum als künstlerische Arbeit auf⁹. Eine Vielzahl neuer öffentlicher Bauaufgaben, wie Rathäuser, Theater, Warenhäuser, Schulen, Krankenhäuser und Bahnhöfe bis hin zu einem Beispiel gebenden Arbeiterwohnungsbau, prägt die Stadtstruktur bis heute. Diese Projekte förderten die Produktentwicklung im Bauwesen und beschäftigten den Berufsstand der Architekten. In den Stadtverwaltungen wachten engagierte fachkundige Stadtbaumeister¹⁰ darüber, dass Stadttechnik und Stadtbaukunst übereinkamen.

In den Nachkriegszeiten des 20. Jahrhunderts wurden die öffentlichen Aufgaben der Gefahrenabwehr aufgrund des raschen Bevölkerungswachstums und des Wirtschaftswachstums überlagert von den Fragen einer geordneten städtebaulichen Entwicklung an den Stadträndern. Die Eigentumsfreiheit erfuhr – je nach wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Problemlage – zwar Einschränkungen, doch rüttelte der westdeutsche Staat nicht am Prinzip der Baufreiheit. Denn bei Enteignung musste entschädigt werden. Die Bauverwaltung verstand sich nunmehr als Sachwalter und Manager des öffentlichen Interesses und diktierte dem Eigentümer vielfach obrigkeitlich und detailbesessen die Rahmenbedingungen der Baukultur über den Zügel Planungsrecht – oder versuchte über Bauwettbewerbe ihr Glück. Das änderte zwar nichts an



Zwei zusammengebaute Familienhäuser 1906, In: Heinrich Tessenow – ein Baumeister, Hg.: Wangerin, G./Weiss, G., Essen 1976, S.179



Wohnhof-Bebauung in Hohensalza 1911, In: Heinrich Tessenow – ein Baumeister, Hg.: Wangerin, G./Weiss, G., Essen 1976, S. 206

der Verantwortung des Eigentümers für die Baukultur, verbesserte aber das Ergebnis. Wegen der grundgesetzlich garantierten Eigentumsfreiheit bleibt Baukultur immer ein Kompromiss zwischen öffentlichem Gestaltungswillen und privater Baufreiheit.

Selbstorganisation – ein Bündnis für Baukultur?

Architekten, Designer und Künstler waren in Zeiten gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Umbrüche schon immer Seismographen des kulturellen Wandels. So bedingte die industrielle Revolution Mitte des 19. Jahrhunderts zum Beispiel das Reformbündnis der „Arts & Crafts-Bewegung“ – einer Bewegung zwischen Architekten und Kunsthandwerk in England. Der Deutsche Werkbund verschrieb sich 1907 der „Veredelung der gewerblichen Arbeit im Zusammenwirken von Kunst, Industrie und Handwerk“, und – nicht zu vergessen sind – die Formgebungsambitionen der Moderne, die seit den 1920er Jahren vom Bauhaus in Weimar bzw. Dessau propagiert wurden. Alle diese Bewegungen waren beseelt von einem universalistischen ästhetischen und sozialen Weltgestaltungsanspruch¹¹. Parallel zu den Lebensreformbewegungen begann die nationale Bauproduktgestaltung als Wirtschaftsfaktor auf dem Weltmarkt damals eine wichtige ökonomische Rolle zu spielen (erste Weltausstellung 1851).

Wenn sich nun zu Beginn des 21. Jahrhunderts im Umfeld globaler sozialer und wirtschaftlicher Verwerfungen die deutschen Kulturträger wieder zu einer „Initiative Baukultur“ formieren, dann gibt die Wiederkehr Fragen auf: Was hat sich inzwischen geändert? Wer ist der Träger der Initiative? Wie wirksam ist ein Bündnis für Baukultur? Mit wem ist es zu schließen?

Individualisierung und Globalisierung

Bei sinkender Finanzkraft des Staates, weltweiter Kapi-

talverflechtung, abnehmender Bevölkerung, grundlegender Umstrukturierung in Wirtschaft und Gesellschaft wächst die Konkurrenz zwischen den Städten in Europa und die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften mit hohen Lebensansprüchen. Die Integrationskraft des Nationalstaates schwindet. Aus Sicht einer weltweit vernetzten Informationsgesellschaft wird die Bedeutung des Ortes in Frage gestellt. Die virtuelle Realität fragt den flexiblen Menschen nach. Mobilität zählt. Die internationalen Kapitalverflechtungen lösen die örtliche Elite aus ihrer lokalen Verantwortung. Banken, Versicherungen, Betriebe und Ladenketten werden durch anonyme Kapitalgesellschaften ferngesteuert. „Die Elite ist kosmopolitisch, das Volk ist ortsgebunden.“¹²

Nach gut 200 Jahren hat sich das Kräfteverhältnis wieder verschoben. Die öffentlichen Bauaufträge gehen zurück, wenn aufgrund der Bevölkerungsentwicklung kein Bedarf mehr für Wohnungen, Schulen, Theater und Krankenhäuser besteht. In Zeiten des Neoliberalismus ist erneut der private Bauherr als hauptverantwortlicher Baukulturträger gefordert. Baukultur wird zu einem Thema für städtebauliche Verträge und privatrechtliche Vereinbarungen.

Baukultur in einer pluralistischen Gesellschaft

Baukultur ist ein vieldeutiger Begriff. Er umschreibt einerseits ein dreidimensionales Produkt – zum Beispiel einen historischen Stadtgrundriss, ein Gebäudeensemble, eine öffentliche Raumkonfiguration von Straßen und Plätzen, eine Landschaftsarchitektur, ein Einzelbauwerk – d.h. ein von Experten wertgeschätztes baugeschichtliches Erbe und möglicherweise auch ein von den Bewohnern über Familiengeschichten und Nachbarschaften geliebtes Erinnerungsgut mit Gegenwartswert. Baukultur umschreibt andererseits einen Prozess, den Umgang einer Gesellschaft mit der gebauten Umwelt. Sie

umfasst einmal die Art und Weise, wie das kulturelle Erbe gepflegt wird. Sie umfasst die zeitgenössischen Formen und Gewohnheiten zu bauen, zu wohnen und öffentliche Räume zu nutzen. Sie drückt sich aber auch in der örtlichen Zukunftsplanung aus.

Die Umgangsformen mögen je nach Betrachter gut oder schlecht, aufgeklärt oder intolerant sein. Früher hingen sie ab von zentralstaatlichen Leitbildern mit autoritären Sanktionsmitteln. In einer demokratischen Gesellschaft mit vielen unterschiedlichen Lebensstilen muss man sich über einen Wertbegriff wie Baukultur verständigen. Baukultur ist mehrdeutig geworden. Ein Meinungsstreit ist unabdingbar.

Wenn Baukultur auf Erfahrungswissen gründet, dann sind immer Bautraditionen, sozialräumliche Erfahrungen und Wertvorstellungen mit im Spiel. Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten standen sich in den 1990er Jahren zwei gegensätzliche Erfahrungswelten gegenüber: mit und ohne Eigentumsgarantie und folglich mit jeweils anderen städtebaulichen Leitbildern und Maßstäben. Die neue sozialistische Stadt in Ostdeutschland verkörperte baulich-räumlich, organisatorisch wie symbolisch das Kollektiv¹³. Dagegen prägten der Einzelne und der Investor das Bild der westdeutschen Stadt.

Dreidimensionale Raumerfahrungen bestimmen das baulich-räumliche Vorstellungsvermögen. Soziale Raumerfahrungen und Aneignungsformen beeinflussen das Verhalten. Beim Thema Stadtbau tritt die unterschiedliche gesellschaftliche Bewertung von Baukultur wieder zu Tage: Was wird abgerissen, „Platte“ oder die Gründerzeit-Stadt? Wie werden baulich-räumliche Erfahrungen heute überschrieben? Mit welcher Handschrift? Es fehlt ein neues Bild von Stadt, weil kein neues Bild von Gesellschaft existiert.

Baukultur – ein Lebenselixier für schrumpfende Städte?

Als Zauberspruch wirkt Baukultur sicher nicht. Als gesellschaftspolitischer Gesprächsstoff kommt diese Frage allerdings bisher zu kurz. Die Abrissdiskussion stellt zurzeit noch den Blick auf die Zukunft. Sie lähmt die Betroffenen, unbefangen und illusionslos über Lebensalternativen in schrumpfenden Städten nachzudenken. Stadtbau erscheint als komplexes Pokerspiel. Wenn Stadt durch Umbau neu in Wert gesetzt werden soll, dann macht es Sinn, unter europäischem Blickwinkel Erfahrungen über Lebenswerte auszutauschen, über die Tragfähigkeit der Lebensform Stadt, über die Bedeutung des kulturellen Erbes, über zukunftsfähige Lebensweisen, über Baukultur in einer Gesellschaft, der Mobilität aber verlangt wird, ohne Unterschätzung der Städtekonkurrenz.

- Aufgabe einer zukunftsweisenden Baukultur bleibt unverändert, *das Schöne mit dem Nützlichen* (Lenné) zu verbinden. Strittig ist, wie man das Alte mit dem Neuen konfrontiert. Wie kann man bei schrumpfenden Städten mit Landschaft Stadt machen? Baukultur erweist sich am Umgang mit den Schnittstellen. Im internationalen Wettbewerb kommen nicht nur die harten, sondern auch die weichen Qualitäten einer Stadt auf den Prüfstand. Die Gestalt der Stadt, ihre Atmosphäre und die Aufgeschlossenheit für individuelle Lebensstile sind ausschlaggebend.

- Baukultur in einem demokratischen Rechtsstaat wird bestimmt durch die Verantwortungsträger, d.h. durch die Privateigentümer. Das Erscheinungsbild der Städte ist das „... *Resultat einer Vielfalt von Entscheidungen, die alle vernünftig sind oder zur Vernunft tendieren, jedoch unterschiedlichen miteinander konkurrierenden Arten von Vernunft gehorchen.*“¹⁴ Die Auflösung der Gesellschaft in Interessengruppen entlastet die Politik nicht, sondern fordert zu einer positiven Integration der

privaten Interessen in ein demokratisches Regelsystem heraus.

- Baukultur erfordert Bündnisse zwischen Experten und öffentlichen Meinungsbildnern als Anwälte für die Gestalt der Stadt und als Multiplikatoren und Triebkräfte für eine vorurteilsfreie Öffentlichkeit. Schulen und Hochschulen, Kammern und Verbände sind gefordert, die Qualität der gebauten Umwelt und das Leben in den Städten zur Tagespolitik zu machen. Hierzu gehören zum Beispiel: der „Tag der Architektur“, Stadtforen, die Projektarbeit an Schulen und Hochschulen, Workshops der Kammern zu Fragen der Stadtgestalt.

- Baukultur entsteht durch Spielräume für selbstbewusste Bauherren. Individuelles Bauen und Wohnen in der Stadt ist möglich, wenn man aufgeschlossene *Mitspieler* gewinnt: beim Sanierungsträger, beim Stadtplanungsamt, bei der Denkmalpflege – und wenn man engagierte Architekten beauftragt, die sich professionell, sensibel, aber auch hartnäckig für neue „Gesichter“ in der Stadt einsetzen.

- Baukultur erweist sich im toleranten Umgang mit dem Erfahrungswissen der beiden deutschen Gesellschaften. Sie äußert sich im Prozess, wie man Geschichte überschreibt. Ohne einen Erfahrungsaustausch über Lebensqualität lässt sich der radikale Perspektivenwechsel nicht verarbeiten.

Politikfeld Baukultur – das Beispiel Brandenburg

Baukultur als Idee ohne Interesse bleibt ein wirkungsloser Appell. Im internationalen Wettbewerb kommen Gebrauchswert, Tauschwert und *Inszenierungswert* einer Kommune auf den Prüfstand einer Marktgesellschaft.

Auf Landesebene stellen sich in Brandenburg für die Regional-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik viele Fragen, die überörtlich bedacht werden müssen. Wie lassen sich im strukturschwachen ländlichen Raum

raumstrategisch bedeutsame Städte bzw. Netzwerke als *Lebensstützpunkte*, d.h. als Wohn- und Versorgungsschwerpunkte, stabilisieren? Wie erreicht man verkehrspolitisch – durch eine Verkürzung der Reisezeit – die Anbindung des Flächenlandes und seiner peripheren Räume an die Arbeitsmarktregionen der europäischen Metropolen? Attraktive Lebensstützpunkte mit guter Erreichbarkeit erleichtern eine doppelte Lebensführung: ein Berufsleben in der Ferne, ohne auf die vertrauten sozialen Netze am Wohnort verzichten zu müssen. Wie lässt sich über die wichtigen Stadterneuerungs- und Eigentumsförderungsprogramme hinaus ein bürgerschaftlicher Prozess der *Selbstkultivierung* anstoßen?

Ein engagierter Träger der Baukultur ist die kommunale Arbeitsgemeinschaft der Städte mit historischen Stadtkernen, ein Städtetzwerk von 29 Städten. Sie setzt sich selbstbewusst und selbstkritisch dafür ein, die Innenstädte als Wohnorte zu qualifizieren. Nicht zuletzt will das Ministerium mit seiner Eigentumsstrategie über Wettbewerbe, Tagungen und Veröffentlichungen private Akteure mit Förderanreizen davon überzeugen, dass es sich lohnt, in ihre Stadt zu investieren. Tatkräftige Unterstützung findet diese Initiative durch die Brandenburgische Architekten- und Ingenieurkammer, die ihrerseits u.a. mit Landeswettbewerben Bewusstseinsbildung in Sachen Stadtumbaue und Baukultur leistet.

Darüber hinaus hat das Brandenburger Bauministerium Anfang 2003 mit einer kommunikativen Internet-Plattform Schüler der 11. und 12. Klasse der gymnasialen Oberstufe durch einen Schülerwettbewerb herausgefordert, sich mit dem Stadtumbauprozess in ihren Heimatstädten zu befassen.

Strukturumbrüche wie diese verlangen bei unsicheren Zukünften einen grundlegenden Dialog über Lebenswerte. Baukultur, Hausbau, und dergleichen mehr sind Indikatoren für das Lebensgefühl, das Selbst- und das

Weltverständnis der örtlichen Gesellschaft – eine große Herausforderung für die Kulturarbeit an der Stadt und für einen kooperativen Individualismus – trotz alledem.

Anmerkungen/Literatur

- ¹ Veröffentlicht in: Raumplanung 106, Dortmund, Februar 2003, S. 5 ff.
- ² Tessenow, Heinrich: Hausbau und dergleichen. 1916. Reprint München 1984; Wangerin, G./Weiss, G.: Heinrich Tessenow – ein Baumeister. Essen 1976.
- ³ ebd., Klappentext
- ⁴ Tessenow, Heinrich: Geschriebenes. Gedanken eines Baumeisters. Bauwelt Fundamente 61. Braunschweig 1982.
- ⁵ Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hg.): Statusbericht Baukultur in Deutschland. Bearbeitung: Gert Kähler. Berlin 2001.
- ⁶ Böhme, Gernot: Aisthetik. München 2001.
- ⁷ Liessmann, Konrad Paul: Kultur-Inflation. In: Zwischen Vielfalt und Beschränkung. Ortsbestimmung der Kulturpolitik. 45. Loccumer Kulturpolitisches Kolloquium. Rehburg-Loccum 2001.
- ⁸ Preußisches Allgemeines Landrecht, zitiert nach Albers, Gerd: Zur Entwicklung der Stadtplanung in Europa. Bauwelt Fundamente 117, Wiesbaden 1997.
- ⁹ Sitte, Camillo: Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen. 1889. Reprint 4. Auflage 1909, Braunschweig 1983.
- ¹⁰ Albers, Gerd: Stadtplanung. Eine praxisorientierte Einführung. Darmstadt 1996.
- ¹¹ Breuer, Gerda (Hg.): Ästhetik der schönen Genügsamkeit oder Arts & Crafts als Lebensform. Bauwelt Fundamente 112. Braunschweig 1998. Sowie: Hoffmann, Ot: Der Deutsche Werkbund - 1907, 1947, 1987... Berlin 1987.
- ¹² Castells, Manuel: Space flow – der Raum der Ströme. In: Kursbuch Stadt. Stuttgart 1999, S. 69.
- ¹³ Stadtentwicklung in Ostdeutschland. (Hg.): Häußermann, Hartmut/Neef, Rainer: Opladen 1996.
- ¹⁴ Corboz, Andre: Die Kunst, Stadt und Land zum Sprechen zu bringen. Bauwelt Fundamente 123. Basel 2002, S. 50.

Gert Kähler

Baukultur – wirksames Programm oder Sonntagsrede?

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik haben sich alle auch nur entfernt mit dem Bauen befassen Verbände und das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zu einer gemeinsamen Aktion zusammengeschlossen, die der Verbesserung der *Baukultur* im Lande dienen soll. Auch im Koalitionsvertrag wurde diese Absicht ausdrücklich betont. Das verweist auf der einen Seite auf ein Defizit. Andererseits fragt man sich, ob es hier um Programme für eine notleidende Bauwirtschaft geht oder welchen konkreten Inhalt derartige Initiativen haben können, die über ein „Gut gemeint“ hinausgehen? Was ist überhaupt *Baukultur* und wie kann man sie verbessern in einer Zeit, da die Parameter des Bauens ausschließlich durch den Preis diktiert scheinen?

Oder geht es darum endlich die Graffiti von den Wänden zu kratzen? Oder sollen den Bürgern draußen im Lande die putzigen Giebeldächer mit roten Ziegeln und die Sprossenfenster verboten werden, weil sie von schlechtem Geschmack zeugen? Nein. Es geht bei der *Baukultur* nicht um eine Geschmackserziehung im Sinne: Alles, was modern ist, ist gut, alles, was so tut, als sei es alt, ist moralisch verwerflich. Es geht nicht um die Propagierung einer bestimmten Ästhetik – die *Initiative Architektur und Baukultur* ist nicht der wiederbelebte *Deutsche Werkbund*!

Es geht eigentlich und bei allen Themen, die damit zusammenhängen, um einen Kern, der da heißt: *Die gebaute Umwelt beeinflusst jeden einzelnen Menschen. Ob einer im Knast aufwächst oder in der Villa. Sie*

beeinflusst ihn. Wenn aber etwas alle Menschen beeinflusst, dann heißt das: Es verändert sie. Man kann sie manipulieren. Und deshalb ist die gebaute Umwelt nicht egal. Man muss sie verstehen lernen.

Dabei geht es nicht um den oft beklagten Pfusch am Bau. Es wird alles schon berechnet und von unzähligen Vorschriften bestimmt. Es geht nicht um die technische Nachlässigkeit, es geht um ästhetische Schlamperei, die von keiner DIN-Norm erfasst wird und für die sich keiner zuständig fühlt. Es kommt doch nicht darauf an, dass das Heizungsrohr ein wenig schief geführt wird, die Kunststoff-Fußleiste sich schon löst, bevor der letzte Arbeiter die Wohnung verlassen hat.

Über Geschmack lässt sich nicht streiten, heißt es. Der Satz ist zwar völlig falsch – über Weniges streiten wir so gern. Aber Geschmack ist auch gar nicht gemeint. Klar kann etwas misslingen, obwohl sich jemand darum bemüht hat. Bei den vielen Fällen ästhetischer Umweltverschmutzung jedoch war es nur: egal.

In regelmäßigen Abständen fordern einschlägige Verbände eine ästhetische Erziehung in der Schule, die über den Malunterricht hinausgeht. Aber nicht die Schüler sind Schuld an der Umweltverschmutzung, sondern die Eltern, die sie tolerieren oder selbst verursachen. Die Eltern, denen es gleichgültig ist, wie es um sie herum aussieht. Die Professoren, die an den Hochschulen Gestaltung lehren, von der Architektur bis zum Produktdesign, tolerieren, dass die Wände beschriftet, die Plastikpappbecher für den Kaffee auf jeder Fensterbank stehen. Es wäre so einfach, in einer gemeinsamen Aktion aller einen Raum, eine Hochschule zu streichen und zu erneuern – es scheitert nicht am Geld, sondern an der Gleichgültigkeit. Wobei die Verhuzung jeder Wand durch Farbsprühereien Jugendlicher ein eigenes Kapitel ist und keineswegs immer ein künstlerisches. Das Ergebnis passt zwar in die Beispiele, die Motivation ist

Trafostation Foto: Renate Fritz-Haendeler

jedoch eine andere – genauer: Dahinter steht immerhin noch eine Motivation zwischen Auflehnung gegen die Eltern, Reiz des Verbotenen und symbolischer Inbesitznahme einer nicht für sie gebauten Umwelt. Das andere, das eigentlich Schlimme, hat nicht einmal eine Motivation – es geschieht einfach.

Weil es egal ist. Weil es billig ist. Weil es ja auch so funktioniert. Weil es egal ist. „Dich will ich loben: Hässliches. Du hast sowas Verlässliches“, reimte Robert Gernhardt. Das Verlässliche liegt inzwischen in der Gewissheit, dass man die Schlamperie im Umgang mit der ästhetischen Umwelt als gegeben voraussetzen kann: Städtische Müllcontainer, eigentlich zur Verbesserung der Umwelt gedacht, sind von einer unglaublichen Trostlosigkeit, zu der die Nachlässigkeit der doch so umweltbewussten Deutschen passt, die den Müll großflächig drumherum verstreuen. Eine Frage des Bewusstseins: Es ist doch eine großartige Sache, dass wir gelernt haben, dass Müll ein Rohstoff ist – warum behandeln wir ihn dann immer noch wie Müll?

Kein Mensch kann mir weismachen, es liege nur am Geld. Sicher, die Lohnkosten sind gegenüber den Materialkosten gestiegen. Vor 100 Jahren bückte man sich auf dem Bau noch nach einem Nagel, um ihn gerade zu biegen und erneut zu verwenden – das kann sich heute kein Arbeiter leisten. Aber ob eine Leiste gerade oder schief verläuft, ein Schild auf einer Wand irgendwie oder nach einer erkennbaren Ordnung angebracht wird, ein Plastikstuhl vor der ehrwürdigen Feldsteinwand nur noch gemein aussieht, das ist keine Frage der Kosten oder des Geschmacks. Es ist eine Frage des Bewusstseins, wenn man so will: der Konvention. Es hat etwas mit gutem Benehmen zu tun. Kein Handwerker hätte vor 100 Jahren gewagt, eine Arbeit in ästhetischer Hinsicht nicht ordentlich abzuliefern – er konnte das nicht einmal denken.

Dass die Wohnung möglicherweise von einem miesen

Spekulanten zur Ausbeutung von Arbeitern gebaut worden war, spielte keine Rolle – vielleicht war die Wand zu dünn gegen die Kälte und die Miete viel zu hoch, aber die Fußleiste war ein nachgerade kunstvolles Gebilde mit mehreren Zierprofilen, in den Ecken sauber auf Geheugung unter 45 Grad beschnitten.

Um nicht missverstanden zu werden: Das ist kein Plädoyer für Handwerkerkunst zu Lasten des Wohnkomforts oder der Wohnkosten. Das aber gilt auch umgekehrt: Unser hohes, für mehr Menschen als jemals zuvor geltendes Wohnniveau sollte auch nicht zu Lasten der ästhetischen Qualität gehen.

Wir hinterlassen unseren Kindern eine Umwelt, die immer hässlicher wird, nein: auf deren wohlgeordneten Anstand niemand mehr achtet. „Lieblos“ nennt man das. Wir erheben den Anspruch, unsere Kinder zu lieben, ihre Umwelt zu schützen – wir haben dafür extra einen Minister engagiert. Um die ästhetische Umwelt hat der sich allerdings noch nicht gekümmert. Dabei wäre es wichtig. Wichtiger aber wäre, dass jeder von uns es merkte, was wir uns und unseren Nachfahren antun. Die Lieblosigkeit, mit der wir unsere Umwelt in ästhetischer Hinsicht behandeln, spiegelt ein Defizit. Wir fühlen uns in dieser Umwelt nicht aufgehoben – aber wir ändern das auch nicht. Und wir übergeben unseren Kindern eine von uns lieblos behandelte Umwelt. Wie sollen die sich darin wohlfühlen?

Nun hatte ich eingangs gesagt, es tue sich etwas auf diesem Gebiet – langsam, aber hoffentlich gewaltig. Seit zwei Jahren gibt es auf Bundesebene die *Initiative Baukultur*, in der sämtliche Berufsverbände und Kammern einschließlich der der Ingenieure, die Wohnungswirtschaft, die Bauwirtschaft mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) zusammenarbeiten. Diese *Baukultur* ist nicht identisch mit *schöneren Bauten*, also mit Architektur. Baukultur kann

man haben, aber nicht sehen! Baukultur ist nach der von uns zugrunde gelegten Definition die *Herstellung von und der Umgang mit der gebauten Umwelt*. Damit ist Baukultur nicht allein eine Sache der Architekten, Ingenieure oder Behörden, die *professionell* damit befasst sind, sondern aller Bürger; und sie ist nicht allein eine Sache der *Architektur*, sondern eine alles Gebauten.

Die Betrachtung nur der Architektur verkürzt den Blick darauf, dass wesentliche Teile der gebauten Umwelt, die die Menschen prägt, eben nicht aus Häusern, sondern aus Straßen, Plätzen, Brücken, Müllentsorgungsboxen etc. bestehen. Auch am Umgang damit lässt sich die Baukultur eines Landes ablesen. Die Qualität dieser Baukultur ergibt sich also aus der Verantwortung der gesamten Gesellschaft für ihre gebaute Umwelt. Ihr Niveau wird definiert durch die Qualität von Gestalt, von Nutzbarkeit, von Nachhaltigkeit im ökologischen, sozialen und ökonomischen Sinne sowie durch die Transparenz und Fairness der ihr zugrunde liegenden Verfahren. Baukultur beschreibt also kein feststehendes, einmal erreichbares Ziel, sondern den andauernden Prozess der Aneignung von und des Umgangs mit gebauter Umwelt. Baukultur ist menschliche Erfahrung in gebauter Form.

Man muss es sich doch einmal vorstellen: Zum ersten Mal in der Geschichte der Republik sitzen alle am Bau Beteiligten an einem Tisch zusammen, weil sie Defizite sehen. Die Interessenlagen sind dabei völlig unterschiedlich: Die Bauwirtschaft will ihren Schrumpfungsprozess abfedern, die Architekten wollen staatliche Unterstützung beim Export etc. Aber diese unterschiedlichen Interessenlagen werden in einen konstruktiven Zusammenhang gebracht – so selbstverständlich ist das nicht. Natürlich stand bei allen Vorschlägen, wie man die Situation verbessern könne, an erster Stelle – das scheint

so eine Art bedingter Reflex zu sein –, Architektur in der Schule zu lehren. Es bedurfte eines Diskussionsprozesses zu erkennen, dass es nicht in erster Linie um die gestalterische Seite dabei geht, um das „Lehren von Schönheit eines Hauses“. Sondern dass mindestens ebenso wichtig das Verständnis für demokratische Verfahren ist, an denen man als Bürger teilnehmen kann und sollte. Es funktioniert nicht, an den Bürgern vorbei zu planen – gleich, wie großartig eine Planung ist. Aber man muss von diesen auch Kenntnisse verlangen, die sie zur Kritik befähigen!

Wegen der Komplexität der Interessen und der damit entstehenden Schwierigkeiten war der *Initiative* schnell klar, dass eine Verbesserung der Situation nur durch Maßnahmen auf allen Ebenen gleichzeitig erfolgversprechend sein könnte. Man muss die Architekten mitnehmen, die ja keineswegs eine einheitliche Gruppe mit einem einheitlichen Verständnis dessen sind, was denn *schön* sei. Man muss sie mitnehmen und ihnen klar machen, dass sie als „Fachleute für Baukultur“ auftreten können. Aber man muss ihnen auch den Satz von Kurt Tucholsky ins Bewusstsein bringen: *„Lass dir von keinem Fachmann imponieren, der dir erzählt: Lieber Freund, das mache ich schon seit zwanzig Jahren so. – man kann eine Sache auch zwanzig Jahre lang falsch machen.“* Das heißt eben auch, dass die auch so sensiblen Architekten sich der Kritik stellen und selbstverständlich damit umgehen müssen. Und dass eine aufgeklärte Öffentlichkeit diese Kritik von den Medien fordert.

Man muss auch die Beratenden Ingenieure mitnehmen – sie sind nicht alle große Konstrukteure. Aber sie gestalten einen vielleicht noch größeren Teil der gebauten Umwelt als die Architekten – und das muss ihnen bewusst werden. Man muss die Angestellten und Beamten der Planungs- und Hochbauämter mitnehmen, deren

Arbeit in vielen Fällen die gebaute Umwelt stärker prägt, als auch ihnen selbst bewusst ist: Wie oft werden gerade die kleinen Baumaßnahmen und die Reparaturen unter Kosten- und Sicherheitsaspekten korrekt ausgeführt und danach, dass auch alle Vorschriften eingehalten werden – aber keine Vorschrift weist darauf hin, dass diese Maßnahmen auch gestalterische Auswirkungen haben!

Und wir müssen auch die Politiker mitnehmen. Es wäre ja so schön – eine einzige Überschrift in der Bildzeitung würde das Problem lösen: „Babs und Boris – die Baukultur war schuld!“ Ursache und Wirkung. Leider ist es mit der Baukultur eben nicht so einfach.

Ich weiß nicht, wie viele Milliarden Mark im Zusammenhang mit BSE bei Rindern allein in Deutschland ausgegeben wurden. Tatsächlich hat man bis heute 144 infizierte Rinder von mehreren Millionen gefunden. Es gibt hierzulande noch keine Erkrankung, noch keinen Todesfall bei Menschen. (Trotzdem ist das Geld natürlich sinnvoll angewendet.)

Aber wie viele Menschen sind deprimiert durch eine triste Umgebung und wie viel Arbeitskraft geht dadurch verloren? Wie hoch ist andererseits der finanzielle Ertrag durch mehr und kreativer geleistete Arbeit in einer Arbeitsplatzumgebung, die stimuliert? Wie viel Geld kann eine Gemeinde an Reparatur- und Pflegekosten im öffentlichen Raum sparen, wenn eine interessierte Öffentlichkeit ihn als ihren eigenen begreift und sich damit identifiziert? Keiner kann die Zahlen nennen – aber jedem von Ihnen ist der Zusammenhang von Kosten oder Gewinn durch den Einfluss *gebauter Umgebung* klar. Können sie, unsere Politiker, diesen Zusammenhang ignorieren, nur weil er nicht berechenbar und in Haushaltsjahren fassbar ist?

Wir sagen ja immer, Baukultur koste nicht mehr Geld, sondern spare Geld. Das ist richtig – Gesamtkostenrech-

nungen über die Lebensdauer eines Gebäudes zeigen es. Aber selbst wenn das anders wäre, wenn ein höheres Qualitätsniveau tatsächlich etwas mehr kosten würde – darf man dann nicht nachhaltig, schön, langlebig und nach fairen Auswahlverfahren bauen? Ist Baukultur, ist das Bauen, ist die Herstellung einer viele Menschen befriedigenden – um nicht zu sagen: glücklich machenden – Umwelt tatsächlich nur eine Funktion des billigsten Angebotes?

Baukultur ist menschliche Erfahrung in gebauter Form – das gilt in beide Richtungen: Sie zeigt sich in großen, in bedeutenden Bauten, in denen sich eine Gesellschaft erkennt. Sie zeigt sich aber auch im Nicht-Bauen, in der sparsamen Verwendung des Vorhandenen. Und sie zeigt sich im Negativen, im Verfall, vielleicht auch: in der Zerstörung. Welchen Anteil hatte der Verfall der Leipziger Innenstadt am Bürgerprotest, der 1989 zu einer Revolution wurde? Welche unsinnigen Kosten entstehen andererseits, wenn die ostdeutschen Städte erst mit Einkaufs- und Gewerbezentren sowie den folgenden Reihenhäusern auf der grünen Wiese überzogen werden, denen keine oder zu wenige Arbeitsplätze folgen? Und wenn die Menschen dann deshalb wegziehen, hinterlassen sie leere – wenn auch unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten einwandfrei restaurierte – Innenstädte, die neue, milliarden schwere Sanierungsprogramme erfordern.

Wenn ich mir alle diese Beispiele betrachte, dann fällt mir die Aussage, bei Baukultur handele es sich um Kultur, nicht um einen Wirtschaftsfaktor, schwer. Sinkende Bevölkerungszahlen und ihre Auswirkungen, beruflicher Mobilitätsdruck, steigender Ausländeranteil, Globalisierung und die voranschreitende europäische Harmonisierung und ihre Erweiterung – alles fordert heute die Bereitschaft aller Bürger, sich von vorhandenen Bindungen und Denkmustern zu lösen. Damit

wächst aber die Notwendigkeit, einen stabil gebauten Rahmen trotz neuer gesellschaftlicher Entwicklungen zu schaffen – beinahe ein Widerspruch in sich. Die Wand, zu der man mit dem Rücken steht, muss wenigstens stabil sein.

Immerhin sind die Räume für einen Stadtbau, der Ort neuer Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens ist, als Bestand und in den Brachen innerstädtisch vorhanden. Die heute vielerorts bevorzugten, scheinbar leichten Lösungen mit der zunehmenden Privatisierung von Planungen, von öffentlichen Räumen und mit der Vergabe an Gesamt-Investoren könnten sich aber als trügerisch erweisen, wenn ihr Ergebnis eine neue Teilung der Gesellschaft ist – in prosperierende westdeutsche und arme ostdeutsche Städte, in Ausländer und Deutsche, in Wohlhabende und Arme.

Die öffentliche Hand hat dabei eine besondere Verantwortung, aber auch besondere Chancen. Sie bestimmt die Regeln und kann als Vorbild für andere mit dem eigenen Bauen dienen. Deshalb ist das Zurückschrauben öffentlicher Verantwortung durch Abbau oder Ausgliederung von Hochbau- und Planungsämtern so problematisch. Rationalisierung darf nicht zulasten der öffentlichen Verantwortung für das Ganze gehen. Gerade im Hinblick auf die notwendige Stärkung der Einwirkungsmöglichkeiten der Bürger, die sich dadurch stärker mit der Kommune identifizieren werden, bestehen hier auch neue Chancen.

Ein Unbehagen am Zustand der gebauten Umwelt und der Baukultur führte zur *Initiative Architektur und Baukultur*, obwohl auch klar ist, dass sich sehr viele Menschen engagiert um diese bemühen. Es wäre schön, wenn unser aller Engagement das Problem lösen, die *Baukultur* mit einem Schlag auf ein nie gekanntes Niveau heben und die gebaute Umwelt ein für alle Mal schön machen würde: zwei Jahre *Initiative Architektur*

und *Baukultur*, Ursachen erkannt, Fehler beseitigt. In einer gemeinsamen Anstrengung würden alle Graffiti abgewaschen, alle hässlichen Häuser neu verkleidet (wenn nicht abgerissen), alle öffentlichen Orte „in Ordnung“ gebracht.

Das Projekt scheitert schon daran, dass man sich nicht einmal darauf einigen könnte, was ein „hässliches Haus“ ist. Das aber stellt eine gesellschaftliche Qualität dar.

Zugegeben: Das ist mühselig in einer Demokratie: Man muss sich ständig auseinandersetzen, wissend, dass der/die andere nicht Recht oder Unrecht hat, sondern eine andere Meinung. Darin liegt aber auch der Kern von Baukultur: Nicht die einmalige Festlegung eines richtigen Weges, sondern die ständige Auseinandersetzung darüber, was der richtige Weg sein kann – das macht Baukultur in einer offenen Gesellschaft aus. Wenn man akzeptiert, dass die gebaute Umgebung die Menschen darin prägt, dann heißt das, dass Politiker, Bauverwaltungen, Planer und Bauherren eine unglaubliche, nicht demokratisch kontrollierte Machtposition besitzen, die Menschen zu verändern. Insofern sind die Fragen ganz einfach: In welcher Stadt, in welcher Umgebung, in welchen Häusern wollen wir in 10, 20 oder 30 Jahren leben? Welche Folgen haben bestimmte gebaute Umgebungen auf die Menschen in ihr? Wie werden sie durch ihre gebaute Umgebung verändert? Welche Gesellschaft baut sich ihre Stadt? Welche Folgen für die Umwelt haben das zukünftige Bauen, die zukünftige Stadtplanung?

Wolfgang Kil

Keine Baukultur ohne Rückbaukultur

Zur Situation

Das Thema ist nicht mehr länger zu ignorieren: Demnächst anderthalb Millionen leere Wohnungen in Ostdeutschland. Vor zwei Jahren hatte eine Regierungskommission die Daten als sozialpolitische Zeitbombe veröffentlicht und vorgeschlagen, bis zu vierhunderttausend Wohnungen „vom Markt zu nehmen“.

Inzwischen wurde ein milliardenschweres Regierungsprogramm *Stadtumbau-Ost* in Gang gesetzt, das mit öffentlicher Förderung von Abrissen der akuten Krise auf den ostdeutschen Wohnungsmärkten begegnen will. Doch abgesehen davon, dass die bislang eingeplanten Finanzmittel allenfalls für eine Vernichtung von etwa einem Viertel der überzähligen Wohnungsbestände ausreichen – die Krise der ostdeutschen Städte wird sich als allein wohnungspolitisches Problem weder erklären noch lösen lassen: Erstens ist der Leerstand kein direkter Reflex auf die in Verruf gebrachte „Plattenästhetik“ (in vielen signifikant betroffenen Städten wie Leipzig, Halle oder Görlitz sind es vorrangig die Alt- und Innenstädte, die Sorgen bereiten). Zweitens war der immer wieder herbeizitierte Nachholbedarf an Eigenheimen ganz wesentlich von Subventionen stimuliert und dürfte daher, vom Berliner Umland einmal abgesehen, nach Einstellung der *exorbitant hohen steuerlichen Sonderabschreibungen Ost*, weit über alle Nachfragen hinaus gedeckt sein; die Bewohnerverluste gehen aber ungehemmt weiter. Drittens lässt sich die Entleerung ostdeutscher Städte mit allgemeinen demografischen Tendenzen oder dem extremen Geburtenknick nach der Wende nur ungenügend begründen. Dieser – der eigentliche demografische – Entvölkerungsschub kommt überhaupt erst noch auf uns zu.

Die Krise der ostdeutschen Städte sollte als ökonomisch bedingtes Transformationsmuster erkannt sowie als mögliches Signal für das Ende einer Epoche interpretiert werden. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts hatte die industrielle Revolution wahre Völkerwanderungen auf die Suche nach Arbeit kreuz und quer durch Europa geschickt. Um das neu entstehende Proletariat zu behausen, waren zahllose Städte aus ihrer mittelalterlichen Beschränktheit gerissen und den neuen Produktions- und Konsumbedürfnissen angepasst worden.

Nun haben, jedenfalls in Mitteleuropa, die auf Industriearbeit ausgerichteten Lebenswelten ihre Schuldigkeit getan, was ihre neuerliche Verwandlung mit Sicherheit erwarten lässt.

Während es in Überlegungen zur Gestaltung zukünftiger Wirtschafts- und Gesellschaftsformen fast ausschließlich um die Gewinner und ihre räumlichen Bedürfnisse geht, gilt den Verlierern selten die nötige Aufmerksamkeit. Genau diese sind es jetzt aber, die durch massenhafte individuelle Anpassung (d.h. Auswanderung) eine neuerliche Umkrepelung geografisch-räumlicher Verhältnisse bewirken. In einigen Regionen Ostdeutschlands könnte dieser Prozess demnächst zu einem deutlichen Wandel in der Raumstruktur führen, einschließlich der Auffassung ganzer Stadtteile oder der Absiedlung bestimmter Landstriche.

Mehr als 1,1 Millionen Menschen sind zwischen 1990 und 2000 aus dem Osten weggezogen. *Worst-Case-Szenarien* rechnen inzwischen für Ostdeutschland mit 8,6 Millionen Einwohnern im Jahr 2050, was in etwa auf eine Halbierung der Bevölkerung seit 1990 hinausläuft und damit auf ein vollkommen anderes Land als das uns bisher vertraute. Schon jetzt laufen einige ländliche Regionen regelrecht leer, geradezu dramatisch in der Uckermark, in Vorpommern, in der Altmark und der

Leerstand, Cottbus Foto: Wolfgang Kil

Lausitz. In diesen traditionell dünn besiedelten Landstrichen war zu DDR-Zeiten mit Industrieansiedlungen (Schwedt, Stendal, Eisenhüttenstadt, Schwarze Pumpe) und hochtechnisierter Agrarwirtschaft massive Strukturförderung betrieben worden. Nun stellt ein sich selbst überlassener Markt den *Status quo ante* wieder her: die im vorindustriellen Schattendasein dahindämmende Arme-Leute-Gegend. Für viele der erst unlängst aus dem Boden gestampften Industrie-Wohnstädte wird dies vor allem eines bedeuten: Sie sind schlicht überflüssig geworden.

Der Sprung in die Marktwirtschaft hat den ehemaligen Industriestaat DDR zum Testgelände für eine Zukunft jenseits der herkömmlichen Arbeit gemacht. Nie zuvor war im Westen ein Strukturwandel dermaßen ungeschützt dem Selbstlauf überlassen worden. Der nachhaltig abgefederte Niedergang des „alten“ Ruhrgebiets ist mit der kollapsartigen Preisgabe der gesamten ostdeutschen Industrie in keiner Weise zu vergleichen. So stehen wir vor den Auswirkungen eines ökonomischen Wende-manövers, das sich nicht als Strukturwandel, sondern als rapider Strukturbruch vollzog und im Osten Deutschlands deshalb keine *postindustrielle* (wie im Westen), sondern eine *deindustrialisierte* Landschaft hervorgebracht hat.

Für die davon Betroffenen macht das einen entscheidenden Unterschied: Sie haben keinen Modernisierungsschub zu verkraften, also individuelle Neuorientierungs- oder Anpassungsprobleme zu lösen, sondern sie kämpfen, einzeln wie kollektiv, ums Überleben – weniger materiell-finanziell (das zunehmend auch) als im Sinne einer täglich neu zu findenden Rechtfertigung: Warum soll man als aktiver, mobiler und ehrgeiziger Mensch in einer Region bleiben, die sich dauerhaft auf eine Arbeitslosigkeit von 25 Prozent und mehr eingerichtet hat? In der die Bahn erst einzelne Bahnhöfe,

dann ganze Strecken stilllegt, wo Sparkassen und Postfilialen reihenweise schließen, wo Ärzte und Schulen nur noch in der Kreisstadt zu finden sind, der Einzelhandel zum Erliegen kommt und schließlich die letzte Kneipe aufgibt. Wenn dann die Tankstelle als Zuflucht aller Alltagsbedürfnisse übrig bleibt, ist es normal, dass früher oder später alle vom *Davonfahren*, vom *Abhauen* träumen. *„Das ist wie vor '89“, hört man inzwischen immer öfter, „jetzt gehen alle, die noch was bewirken könnten. Keiner will der Letzte sein, der am Ende das Licht ausmacht.“*

Rückbaukultur

Um die bei solch beispiellosen Umbrüchen auftretenden massenhaften individuellen Verunsicherungen aufzufangen, sind neben planerischen und sozialen vor allem kulturelle Strategien gefragt, unter Stichwörtern wie Entschleunigung, Entdichtung, Verkleinerung, Vorläufigkeit, Abschied. Solch notwendigem Leitbildwandel stand bislang entgegen, dass auf Wachstum gegründete Gesellschaften Begriffe wie *Schrumpfung* oder *Rückzug* einem Tabu unterwerfen. Doch gemessen an den fundamentalen Umbrüchen zu Beginn des Industriezeitalters darf an dessen Ende eine neuerliche Infragestellung aller vertrauten Verhältnisse weder verwundern noch beirren. Im Gegenteil: Die Krise der ostdeutschen Städte sollte ein weiterer Anlass sein, über vernünftige Rückzugsstrategien aus dem Paradigma unaufhörlichen Wachstums nachzudenken.

Im Vergleich dazu stecken die offiziösen Architekturdiskurse noch tief im „alten Denken“, d.h., sie sind unverdrossen mit der ästhetischen Bewältigung vermeintlich weiterhin florierender Zuwächse befasst. Doch wenn *Baukultur* etwas mit der kulturellen Bewältigung konkreter Lebensprobleme zu tun hat, dann dürfte das zentrale Thema der aktuellen Baukultur-Debatte für die

Neuen Länder ein möglichst reibungsarmer Leitbildwandel sein: weg vom expansiven, hin zum tatsächlich nachhaltigen Entwicklungsmodell.

„Einen Rückzug in Anstand und Würde ermöglichen“, war schon früh die radikalste Option formuliert worden – wohl nicht zufällig von massiv betroffenen Wohnungspolitikern in Hoyerswerda. Dazu werden derzeit an verschiedenen Orten Erfahrungen mit sozialen Dynamiken im Verlauf von Rückbauprozessen gesammelt.

„Niemand weiß mit Sicherheit, wie es gelingen kann, den Schrumpfungsprozess so zu gestalten, dass ein funktionierendes und lebenswertes Gemeinwesen am Ende dieses Prozesses steht – es fehlt das Erfahrungswissen“, konstatiert eine Soziologin, die seit Jahren den Rückbau von Schwedt begleitet. *„Mut oder Sicherheit sind in einer Wachstumsgesellschaft zu Hause, nicht dort, wo es um Rückzug geht. [Hier] heißt es oft Abschied nehmen von Nachbarn und Kindern, da kehrt Unsicherheit ein, wie es weitergeht, auch Wut und Verzweiflung, ob all das nicht hätte anders kommen können und ob die Entscheidungsträger auch das Richtige tun. [...] Niemand kann absehen, was in Jugendlichen vorgeht, deren Schule in einigen Jahren nicht mehr existiert, die in einer Wohnung wohnen, die es bald nicht mehr geben wird.“*¹

Spätestens im Angesicht solcher realen Vorgänge wird klar, dass die eigentlich gravierenden Probleme erst auftauchen, wenn die wohnungswirtschaftlichen und abrisstechnologischen Fragen geklärt sind. Um einen „Rückzug in Anstand und Würde“ zu bewerkstelligen, sind über ein behutsames Umzugsmanagement hinaus dezidiert kulturelle Strategien zu entwickeln:

Partizipation, denn die betroffenen Menschen müssen begreifen, was und wie ihnen geschieht, welche Chancen Experten ihrem Gemeinwesen noch geben, welche Optionen jeweils welche Risiken bergen.

Schrumpfungsszenarien müssen Stadtgespräch sein.

Pioniergeist, denn Rückzugsprozesse sind mit erheblichen psychischen Belastungen verbunden, die im Bewusstsein einer freiwillig akzeptierten und mit entsprechendem Sozialprestige honorierten „Bewährungssituation“ leichter zu verkraften sind.

Rituale, denn in Zeiten des Wachstums gehörten Kränze, Baustellen, Richtfeste und Einweihungsfeiern zur heimatbildenden Sozialisation. In Schrumpfstädten erleben Bewohner den entgegengesetzten Prozess – leere Fensterhöhlen, vermauerte Erdgeschosse, einbrechende Dachstühle, Vandalismus, ruderaler Verwilderung. Wer nicht rechtzeitig das Weite sucht, sieht nach und nach alle vertrauten Orte der eigenen Biografie verschwinden. Solche unvermeidlichen Verluste müssen verarbeitet werden – durch künstlerische, theatralische Aktionen oder andere Zusammenkünfte, die den Betroffenen signalisieren, dass ihre Lebenszeit in und mit diesen „Gehäusen“ nicht „umsonst und folgenlos“ war.

Spektakel, denn *„der Abriss von Gebäuden ist ein Ereignis, das seit jeher Schaulustige anzieht. Warum kann dieser spektakuläre Vorgang nicht auch einmal als Event gestaltet werden: moderiert, mit Interview des Sprengmeisters und technischen Erläuterungen, abends, unter dramatischer Beleuchtung, mit Musik, Bier und Würstchen? Oder gibt es sogar den ersten Schlag mit der Abrissbirne zu gewinnen? Wenn in Berlin Baustellen zu Sehenswürdigkeiten inklusive Eintrittsgelderhebung werden konnten, warum nicht erst recht die noch viel aufregenderen Abrisse in Schwedt oder Hoyerswerda?“*²

Noch mehr wird allerdings von der geeigneten Disposition der Akteure abhängen. Wenn es keine medientauglichen Events, keine kapriziösen Formwunder, keine Höhen-, Tempo- oder sonstigen Rekorde mehr zu vermelden gibt, wenn die Stars der Szene sich also aus

dem Staub gemacht haben, dann schlägt endlich die Stunde der Geduldigen. Die Stunde für alle, die bereit sind, *Neue Länder* tatsächlich als *Neuland* zu denken, wo „*Scouts und Pioniere im retardierenden Zukunftsland an den inneren Peripherien auf die ‚Rückkehr der Wölfe‘ warten und bereit sind, die Auffassungsarbeiten im Interesse des Weltklimas auf das Gewissenhafteste zu übernehmen*“.³

Da die Region schon jetzt ihre Menschen in Davonziehende und Bleibende sortiert – ließe sich aus diesem Makel nicht ein Qualitätsmerkmal entwickeln? Zumindest die Qualität eines unvergleichlichen Flächenluxus: „*Für extensive Räume gilt, dass Bodenwerte und Regelungsdichte niedriger sein können als in hochverdichteten Räumen. So können Freiräume und Milieus entstehen, die die Risikobereitschaft für das ideologiefreie Aufgreifen von Tabuthemen erlauben (z.B. Müllverarbeitung, Hanfanbau, Verschenken von Land etc.) und die attraktiv sind für Menschen mit alternativen Lebensentwürfen*“⁴, schreiben Inken Baller und Heinz Nagler von der BTU Cottbus.

Also tatsächliches *Neuland* im Sinne von *New Territories* als Landschaft der Kontemplationen, wo eine experimentierfreudige Minderheit sich den Zukunftsfragen am Ende des Industriezeitalters lebenspraktisch stellt – dabei im wohlverstandenen Eigeninteresse vom mehrheitlichen Rest nach Kräften unterstützt: Stilllegungsprämie! Kein Bauer hat moralischen Verruf zu fürchten, der nach übergeordnetem Entscheid und für gutes Geld seinen Acker *nicht* bestellt.

Also eine Transfergesellschaft als Paralleluniversum? Eine solche über Millionen Menschen verhängte „Labor-situation“ haben wir längst – würde sie nicht weiter zu Lasten sozialer Netze bloß vertuscht, könnte sie vielleicht gesamtgesellschaftlich Nutzen stiften. Und so würde am Ende der Abschied von einer Epoche noch die

Wendung ins Positive finden: die von der Industrie hinterlassenen Ländereien als Paradiese für Gärtner und Träumer, für Leute, die dort etwas Neues sehen, wo für andere bloß etwas verschwunden ist. Für die Kundschaffer einer völlig neuen Lebensweise. Wäre das keine ehrenwerte und tragfähige Vision?

Nachsatz

An diesem Text arbeite ich mich seit vielen Monaten in den verschiedensten Variationen und vor den unterschiedlichsten Auditorien ab. Die Erfahrungen mit dem unablässigen *Work in Progress* sind allenfalls ernteternd zu nennen. Offenbar stellt die Provokation, die in dem Plädoyer für einen Leitbildwandel steckt, in unserer extrem beharrungsfreudigen Gesellschaft eine kaum überwindbare Schwelle dar. Interessanterweise (und letztlich zum Trost) sind es die jüngeren Jahrgänge, Studenten zumeist, die sich von der Aussicht auf Abenteuer in den *New Territories* noch am ehesten zu produktiver Neugier motivieren lassen. Ältere Zuhörer, unter diesen vor allem Funktionsträger und „fachliche Experten“, sind nach meiner Erfahrung dagegen durchweg und geradezu reflexhaft auf Abwehr aller Argumente eingestellt, die das herrschende Paradigma infrage stellen.

Noch krasser klafft unterschiedliche Wahrnehmungsbereitschaft zwischen „betroffenen Bürgern“ und „lokalpolitischen Eliten“ auseinander. Während zum Beispiel der Bürgermeister einer der meistbetroffenen brandenburgischen Städte zum Ende meines Vortrags großlos und hastig die Veranstaltung verließ, bedankten sich anschließend mehrere Zuhörer dafür, dass „endlich jemand den Bann gebrochen und das Schweigen beendet habe, das auf der Stadt in Bezug auf ihre Schrumpfungskrise lastet.“

Nach einem Vortragsabend in Hoyerswerda, bei dem wegen der bereits unübersehbaren Niedergangsszenarien

für diese Stadt mit besonders heiklen Reaktionen des Publikums zu rechnen war, meldeten sich anschließend Stimmen, die zwar einräumten, von diesem Abend in eher bedrückter Stimmung entlassen worden zu sein, man andererseits nun aber wenigstens wisse, „was die Uhr geschlagen habe“, also den realen Zukunftsaussichten gefasster entgegen sehen könne und somit ein Stück aktiver Handlungssouveränität zurückgewonnen habe.

Aus der Vielzahl und Vielfalt solcher Begegnungen drängen sich mir folgende Schlussfolgerungen auf:

Der erforderliche Paradigmenwechsel von *Abschied von der Wachstumswelt* könnte wieder einmal zu einem Generationenprojekt werden, da in dem offenkundigen Unwillen respektive Unvermögen, diesen Schritt zu vollziehen, die „etablierten Alten“ innerhalb der Gesellschaft eine eklatante Realitätsverweigerung an den Tag legen. Eine solche Zukunftsuntauglichkeit können die Nachwachsenden mit Blick auf ihre eigenen Lebenserwartungen und -aussichten nicht lange tolerieren.

Die oft beargwöhnten „einfachen Bürger“ sind mit den Phänomenen der Schrumpfung innerhalb ihrer konkreten Lebenswelt häufig nicht nur besser vertraut als viele bestellte oder selbst ernannte Experten, sie halten die daraus resultierenden, zumeist wenig tröstlichen Zukunftsvorhersagen auch deutlich besser aus, als Politiker immer wieder befürchten. Man sollte bei diesen Vorgängen nicht vergessen, dass es ja die konkreten Individuen sind, die mit ihren Lebensentscheidungen – Gehen oder Bleiben – den eigentlichen Ausschlag für die Schrumpfungsszenarien geben. Die „Bleibewilligen“ haben natürlich ihre Entscheidung vor dem gleichen Problemhorizont getroffen wie die „Ausreiser“, sie haben also die allgemeine Situation auf der gleichen Abwägungsebene reflektiert und somit den gleichen, d.h. einen sehr hoch entwickelten und praxisgehärteten „Bewusstseinsstand“.

Da sich alle Beteiligten dieses großen gesellschaftlichen Umwälzungsprozesses noch weit im Vorfeld verlässlicher Erkenntnisse oder eindeutiger Handlungsempfehlungen befinden, ist vor allem anderen der große und allgemeine Erfahrungsaustausch möglichst vieler Betroffener vonnöten. Was es unbedingt zu brechen gilt, ist der vielerorts noch immer verbreitete Irrtum, nur als Einzelnr – als Bewohner einer bestimmten „vom Pech verfolgten“ Stadt oder Region – von den Malaisen der Schrumpfung betroffen zu sein. Sobald sich hinter den vereinzelt Niedergangserfahrungen ein allgemeineres gesellschaftliches Schicksal zu erkennen gibt, wird nicht nur die individuelle Widerstandskraft gestärkt, sondern es öffnen sich neue Möglichkeiten der Kommunikation und Assoziation unter Gleichbetroffenen. Nichts wirkt verheerender als das Gefühl, in einem außer Kontrolle geratenen gesellschaftlichen Wendeprozess ohne Orientierung, vor allem jedoch allein gelassen zu sein.

Anmerkungen/Literatur

¹ Beer, Ingeborg: Wohnen und Leben im Leerstand. In: Initial - Berliner Debatte. Nr. 2/2002

² Schröer, Achim: Stadtbau und Spaß dabei. In: planungsgrundschau, Nr. 5/2000.

³ Hain, Simone, zitiert in: Wolfgang Engler, Wolfgang Kil: Überflüssige Städte? Schrumpfung als gesellschaftlicher Prozess und kulturelle Herausforderung. Ein Tagungskonzept (unveröffentlicht) 2001.

⁴ Baller, Inken, Nagler, Heinz: Ausblick. In: Neue Medien – Der Raum und die Grenzen. Städtebauliches Modellkonzept und Ideenwettbewerb 1998/99 für die Region Niederlausitz. Dokumentation, Hg: Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im BDI, o.O. 2000.

Albrecht Göschel

Baukultur – Chancen und Defizite eines Programms symbolischer Politik

Seit Jahrzehnten taucht in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen das Thema Baukultur auf, und auch die Anlässe scheinen immer die gleichen zu sein. Dauerhaft nun schon seit mehr als einer Generation bilden die Bausünden der Suburbanisierung und mit fast der gleichen Konstanz die Verirrungen der Dorfsanierung Steine baukulturellen Anstoßes. Die gehäuften Scheußlichkeiten peripherer Einfamilienhausgebiete, in denen sich jeder Bauherr, je nachdem, wie es der Bausparvertrag zulässt, geschmacklich „austoben“ darf und deren gehäufte Verirrungen daher vom früheren Architektur- und Städtebauprofessor der TU Hannover, Friedrich Spengelin, auch gern als „Wildschweinsiedlungen“ abgekanzelt wurden, sind hier genauso Anlass baukulturellen Zornes wie Dorfsanierungen mit hochtechnischen, glatten Materialien an alter bäuerlicher Bausubstanz: Fachwerk verschwindet hinter Eternitfasaden, feine Sprossenfenster werden durch ungeteilte Thermopanscheiben, bunt gemischte Bauerngärten durch halburbane Steingärten mit Kleinspringbrunnen und konfektioniertem Figureschmuck ersetzt.

Zwar lassen einzelne Siedlungen mit so genannten Stadtvillen oder Ansätze der Denkmal- und Stadtbildpflege, auch mit Einsatz traditioneller Materialien in modernem Gestaltungsgestus, auf Besserung hoffen, zur flächendeckenden Baukultur im emphatischen Sinne scheint es aber nicht gekommen zu sein. Wer sich dem Anblick dieser „Modernisierungen“ entziehen will, ist nach wie vor gezwungen, seinen Wohnsitz in anderen

urbanen Umfeldern, zum Beispiel in den innenstadtnahen Gründerzeitquartieren zu nehmen. Und mit der gleichen, aber immer auch gleich erfolglosen Hartnäckigkeit wird angesichts dieser Verwahrlosung baukultureller Sitten entweder nach staatlicher Regulierung oder nach umfassender Geschmackserziehung gerufen, meist beides zusammen. Die Architekten sind es vornehmlich, die sich zu dieser Geschmackspädagogik, sei es des Staates, dass er entsprechend regiere, sei es des Bauherrn, dass er entsprechend konsumiere, geradezu qua Amt berufen fühlen – eine Berufung, die meist von tiefem kulturkritischem Pessimismus über Individualisierung und Verfall eines sich ästhetisch artikulierenden Gemeinsinns begleitet ist.

Verweise auf Siena, das alte Amsterdam, das Bremer Haus oder im Krieg weitgehend untergegangene Zeugnisse Lübecker Bürgersinns sollen diesen mahnenden Rufen zur Umkehr Überzeugungskraft verleihen. Und dabei genügte doch ein Blick in weit jüngere Geschichte, jeden ästhetisch und geschmacklich Empörten nachdenklich zu stimmen. Ist es nicht diese nachgerade messianische Attitüde, die einen der Wortgewaltigsten wider ästhetische Geisteslosigkeit, Le Corbusier, angetrieben hat, und wäre nicht die Vorstellung, er hätte seine Träume wirklich realisiert, ein unerträglicher Albtraum? Und sollten uns nicht die Geschichte der Städtebauplatten und die ihnen zugrunde liegende Vorstellung, durch Ästhetik eine gute und richtige Gesellschaft zu erreichen, eines Besseren belehren angesichts des Terrors, der aus jeder Politik der Ästhetik erwächst?¹

Dass Geschmacksvorurteilen im Bauwesen höchst ärgerlich sind, dass ästhetische Sünden häufig dem Bauherrn eher schaden als nützen, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Geschmacksdiktatur mit äußerster Vorsicht und Zurückhaltung begegnet werden muss. Die Vorstellung, Regeln ästhetisch guter Architektur seien

Wohnhaus, Gartenseite, Neuruppin

Foto: J. Schonauer/R. Sroka

universell objektivierbar und unterlägen daher keinem individuellen Geschmacksurteil, ist nur in engsten Grenzen zutreffend, und baupolizeiliche Verordnungen dürften nur schwerlich geeignet sein, diese Grenzen zu markieren.

Allzu bekannt ist auch hier das historische Beispiel der klassischen Moderne. Exzellente moderne Architektur musste anfangs mühsam gegen Gestaltungsregeln durchgesetzt werden, die sich auf eben solche „objektiven ästhetischen Gesetze“ zu stützen vorgaben, im Grunde aber nichts anderes fixierten als einen spezifischen „herrschenden“ Geschmack.

In gewissem Sinne sind auch die „Wildschweinsiedlungen“ Ausdruck demokratischer Freiheit. Zu verhindern wären sie nicht mit Geschmacksdiktatur durch Baupolizei oder missionarische Architekturerezieher, sondern durch eine Förderpolitik, die nicht noch städtebaulich höchst dysfunktionale Stadtentwicklung mit eminenten öffentlichen Folgekosten durch Subventionierung des privaten Bauherrn belohnt. Aber keine deutsche Regierung war in der Lage oder bereit, Suburbanisierung wirksam zu unterbinden. Vermutlich nur Diktaturen könnten und konnten, wie Thomas Sieverts, Verfasser der „Zwischenstadt“² anmerkt, den Drang ins Stadtumland und ins Einfamilienhaus verhindern. Zu unverrückbar steht das Bild des Einfamilienhauses mit Garten als ideale Wohnform der Mehrheit der – deutschen – Bevölkerung vor Augen. Und so lange innerstädtische Wohnbereiche tatsächlich wenig familienfreundlich sind – vom Pkw okkupierte Straßen, von Erwachsenen mit Hunden besetzte Spielplätze und Parks, geräuschempfindliche Nachbarn, die alles, aber kein Kindergeschrei dulden – wirkt die Kritik am Einfamilienhaus auch nicht sehr überzeugend. Es scheint also eher sinnvoll, Thomas Sieverts folgend, die positiven Seiten der „Zwischenstadt“ zu suchen, diese planerisch herauszuarbeiten, statt dieses nicht nur deutsche, sondern

auch internationale Phänomen von Demokratie und Wohlstand mit missionarischem, leider auch immer etwas überheblichem Eifer ästhetisch zu verteufeln.

Baukultur als symbolische Politik

Angesichts der irritierenden Tatsache, dass diese Debatte in unveränderten Positionen nun seit Jahren geführt wird, muss man sich nach den Anlässen fragen, die sie gegenwärtig wieder aufleben lässt. Was also ist dran an der Baukulturdebatte, das ihr gerade jetzt wieder solch brisante Aktualität verleiht? Dass sich angesichts des besonders geringen Neubauvolumens eine aktuelle Häufung von schlechter Architektur ereignen könne, ist wenig plausibel. Im Gegenteil: Sowohl Innenstadt- wie Stadtrandarchitektur und Städtebau wirken, vielleicht wegen geringerer Volumen, sorgfältiger überlegt und entworfen als noch vor etlichen Jahren. Und öffentliche Bautätigkeit, in der vorbildliche Standards gesetzt werden sollten und damit die Debatte begründet werden könnte, ist in diesen wirtschaftlichen Krisenzeiten ja fast ganz zum Erliegen gekommen, so dass auch dieses Motiv für Aktualität ausfällt. Sozialer Wohnungsbau, in dem anspruchsvolle Baukultur exemplarisch dargestellt werden könnte, findet praktisch nicht mehr statt und auch mit Einzelvorhaben sind die öffentlichen Gebietskörperschaften zurückhaltend.

Und doch könnte hier der Auslöser einer neuen Aktualität liegen: Die Debatte und die Initiativen zur Baukultur zeigen alle Merkmale symbolischer Politik. Weil real nichts oder sehr wenig passiert, müssen Aktivität und Engagement von Bund, Ländern und Kommunalverwaltungen symbolisch erfolgen. Und wenn sich für diese symbolische Politik ein Feld finden lässt, in dem sich zwar viel Emotion entfachen, aber wenige Ergebnisse erreichen lassen, und wenn dies alles auch noch wenig kostet, ist ein idealer Bereich symbolischen Handelns

gefunden, mit dem man ganz nebenbei vom unangenehmen Faktum sonstiger erzwungener Untätigkeit ablenken kann. Karl Ganser, einer der Sprecher der gegenwärtigen Initiative *Baukultur*, scheut sich daher auch nicht zuzugeben, dass alle derartigen Vorstöße bislang durchweg folgenlos geblieben seien.³ Die neue Initiative soll sich daher von ihren Vorgängern vor allem in dem breiten öffentlichen Diskussionsprozess unterscheiden, der in Gang zu setzen ist, um deutlich werden zu lassen, dass *Baukultur* nicht als isoliertes ästhetisches Phänomen, sondern eben als *Kultur*, d.h. als umfassendes normatives Werteproblem zu verstehen ist. Der Erfolg bleibt abzuwarten.

Neben der Verdammung der öffentlichen Träger zu weitgehender Untätigkeit scheint es aber noch mindestens zwei gute Gründe für eine symbolische *Politikaktion Baukultur* zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu geben. Zum einen erfreut sich in der Politik auf allen Ebenen, vor allem bei den Kommunen, ein neues Zauberwort wachsender Beliebtheit, das der *Identität*. Zum anderen bedroht ein relativ neues Phänomen – *Stadtschrumpfung* – die deutschen Städte und lange Zeit gehegte Wachstumsvorstellungen aller Politiker, aber auch der Bevölkerung. Und beide Tendenzen, die Suche nach Identität des Ortes und der Stadt und die – identitätsgefährdende – Schrumpfung der Städte stellen Herausforderungen an Architektur und Städtebau dar, die in der Identitätssuche der schrumpfenden Stadt kumulieren: in dem, was in der Schrumpfung offensichtlich gefährdet ist, Stadtgestalt und Stadtidentität, trotz Bevölkerungsverlust und Gebäudeabbriss eine neue unverwechselbare Form zu geben.

Baukultur als Identitätspolitik

Durch die zunehmende Ablösung industrieller Produktion von fixierten und tradierten Standorten, zum Bei-

spiel den Lagerorten von Bodenschätzen, entsteht besonders in wirtschaftlich angespannten Zeiten eine massive Konkurrenz zwischen verschiedenen Standorten um Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsansiedlungen. Angesichts einer fortgeschrittenen Angleichung harter Standortfaktoren – Straßen, Eisenbahn, Flugverkehr – gewinnen weiche Faktoren wachsende Bedeutung, so zumindest eine weit verbreitete, nicht völlig unplausible, wenn auch nie ganz zweifelsfrei erhärtete Annahme.

Zu solchen weichen Standortfaktoren können nun auch kulturelle Merkmale gehören, also zum Beispiel Architektur und bauliche Gestalt einer Stadt. Die Anforderungen aber, die an diese ästhetische Seite der Stadt gestellt werden, zielen vermutlich nicht einfach auf architektonische Qualität, wie sie Architekten oder Denkmalschützer verstehen und durchsetzen wollen. Es sind vielmehr bestimmte symbolische Leistungen, die von der Stadtgestalt erwartet werden.

Für Städtebau und Denkmalpflege scheint zunehmend eine Historisierung wichtig zu werden, die jedoch nicht unbedingt mit einer authentischen Geschichte zusammenfallen muss. Für moderne Dienstleistungseliten, die unter erheblichem Beschleunigungsdruck stehen, deren Arbeitsformen, Arbeitsinstrumente und Inhalte sich also zunehmend schnell verändern, scheint ein persönliches Identitätsproblem aus Wandel zu entstehen, dem Dauerhaftigkeit, Verlässlichkeit und Beständigkeit entgegengesetzt werden müssen. Diese bestehen in Symbolen von Unwandelbarkeit, also von dem, was wir unter Klassizität verstehen, einer der vermutlich entscheidenden Antriebe für viele Städte, ihren Innenstädten die Gestalt klassischer, historischer Urbanität zu geben und Bauten zu erhalten oder wieder aufzubauen, die stilistisch Zeitlosigkeit symbolisieren, einer Entwertung durch Modernisierung, wie sie sonst rapide um sich greift, entzogen sind, also einem in diesem Sinne klassischen Baustil

entsprechen.⁴ Vermutlich muss vor allem in diesem Sinne die Argumentation für den Wiederaufbau des Berliner Schlosses verstanden werden. Eine Hauptstadt und Metropole, die Berlin gern sein möchte, muss ein Schloss haben und es muss Barock sein, so wie die Stadt auch große Spitzenhotels braucht, die im klassischen Stil dieses Bautyps aus dem 19. Jahrhundert erscheinen müssen, was dann zu der stilistisch höchst fragwürdigen Reproduktion des Hotels Adlon am Pariser Platz führte, das in so ziemlich allen Details „nicht stimmt“, aber dennoch eben diese Atmosphäre „klassischer Urbanität“ ausstrahlt.

Selbstverständlich sind vergleichbare Versuche auch in kleineren Orten zu bewundern, wenn mühsam altes Fachwerk erhalten wird, sich hinter diesem aber, eventuell sogar durch Zusammenlegung mehrerer Einzelgebäude Großraumbüros oder Schalterhallen moderner Dienstleistungsunternehmen ausbreiten. Auch die Wohnpräferenzen moderner Dienstleistungseliten für Altbauten lassen sich aus dieser Suche nach Dauer und Unwandelbarkeit erklären.

Es wird also durchaus Identität entwickelt, aber eben keine absolut einmalige, sondern die eines Typs von Stadt, dem man sich zuzuordnen sucht, weil man ihn für standortwirksam hält. Insgesamt scheint das Repertoire an möglichen, zukunftssträchtigen Identitäten klein zu sein und immer auf eine gelungene Synthese von Tradition und Modernität zu zielen, also genau das zu vermitteln und auszusöhnen, was im modernen Berufsleben so bitter auseinander fällt, Verwurzelung in einer Tradition, Bindung an eine Heimat gegenüber Flexibilitäts- und Modernisierungsanforderungen. Dies ist aber nicht die einzige symbolische Leistung, die moderne Stadtgestaltung zu erbringen hat.

In einer Zeit wachsender individueller Konkurrenz und Ungleichheit in der Gesellschaft gewinnt die Demonstra-

tion von Wohlstand in entsprechenden urbanen Zonen wachsende Bedeutung für die Attraktivität einer Stadt und damit als Standortfaktor. Demonstrativer Konsum, Freizeit und Erholung werden damit städtebaulich zu symbolisierenden Inhalten von Baukultur. Die Tatsache der Arbeit oder gar der Härte von Arbeit auch in modernen Dienstleistungsbranchen soll nach Möglichkeit nicht in Erscheinung treten, noch viel weniger aber sollen solche Dinge wie Mangel oder gar Armut zu erkennen sein, obwohl beides in den modernen Städten, auch in Mittel- und Kleinstädten, wieder zunehmend vorhanden sein dürfte. Selbst die Heterogenität der Stadtbevölkerung soll nach Möglichkeit unauffällig bleiben, obwohl sie doch nachgerade ein Kriterium von Stadtleben und Stadtöffentlichkeit darstellt.

Sauberkeit der Innenstadt und eine harmonische Gestaltung, die sie dem wohlhabenden, konsumfähigen Bürger als sein Wohnzimmer eröffnet und übereignet, werden zu unverzichtbaren Merkmalen einer erfolgreichen Stadt. Es vollzieht sich eine emotionale Aneignung öffentlicher Bereiche durch erwünschte Bevölkerungsgruppen bei gleichzeitigem Versuch eines Ausschlusses derjenigen, die das Bild stören.⁵ Und auch hier sind die Wahlmöglichkeiten zwischen unterschiedlichen Stadtgestalten gering, so dass sich Innenstädte und gehobene Bereiche in verschiedenen Städten anzugleichen beginnen, unterbrochen allerdings von „Alleinstellungsmerkmalen“, die in besonders charakteristischen Einzelbauten bestehen können.

Es ist offensichtlich: Die Städte und hier besonders die Innenstädte oder Schauseiten werden touristisch und konsumierbar, normiert und typisiert wie in Reiseprospekten dem Kunden angeboten, der sie sich per Kauf aneignen kann. Häufig tut dann die kommunale Kulturpolitik noch ein Übriges, um durch Kulturveranstaltungen unter freiem Himmel auf Stadtplätzen diesen

Freizeit- und Eventcharakter der Stadt zu stärken. Dass Auslöser für diese Bemühungen allerdings häufig auch in eklatanten Innenstadtkrisen liegen, denen durch Supermärkte am Stadtrand die Kunden verloren gehen, wurde zum Beispiel im nordrhein-westfälischen Programm „Ab in die Mitte“ überdeutlich erkennbar – auch dies eine Standortkonkurrenz, innerhalb einer Region allerdings und nicht zwischen Regionen, aber durchaus zwischen Gemeinden, den Zentralstädten und den Randgemeinden. In allen neuen Bundesländern sind solche Bedingungen durch unrealistisch umfangreiche Gewerbegebietsausweisungen und übermäßige Investitionen im Einzelhandel gleichfalls entstanden.

Die wenigen beschriebenen Konstellationen zeigen, dass Baukultur im Sinne von guter Architektur und Stadtgestalt gravierendem Distinktions- und Konkurrenzverhalten unterliegt, dass also die Hoffnung auf einen Gemeinsinn, der sich in objektiv guter Baukultur ausdrücken möge, immer wieder enttäuscht werden muss. In Konkurrenzgesellschaften sind ästhetische Äußerungen Unterscheidungsäußerungen. Will man das vermeiden, kann man nur zum unangemessenen Regelwerk und ästhetischen Diktat greifen, für Demokratien kein besonders empfehlenswerter Gedanke.

Stadtschrumpfung als Herausforderung für Baukultur und Identitätspolitik

Bereits in den 1980er Jahren war erkennbar geworden, dass auch in Deutschland ein neuer Typ von Stadtentwicklung um sich greifen würde, die Schrumpfung von Städten, ein bisher nur aus den USA und Großbritannien bekannter Vorgang. In allen altindustriellen Städten und Regionen begann sich Schrumpfung im Sinne von Einwohner- und Arbeitsplatzverlust abzuzeichnen. Mit der deutschen Vereinigung hat dieses Phänomen in den neuen Bundesländern allerdings eine Dimension und ein

Tempo erreicht, das selbst in den genannten anderen Nationen so nicht bekannt war. Einwohnerverluste von 30 Prozent in zehn bis zwölf Jahren sind keine Seltenheit, und zwar bei fast allen Stadtgrößen und Stadttypen, ohne dass eine Ende oder gar eine Wende zu erkennen wäre.

Natürlicher Bevölkerungsrückgang, Abwanderung in andere Regionen und Suburbanisierung sind die Ursachen dieser städtischen Schrumpfungprozesse, die für neuere Stadtentwicklung ohne Beispiel sind und für die noch keine Planungsinstrumente der Stadtentwicklung existieren. Man muss in der Tat historisch sehr weit zurückgehen, etwa bis in den 30-jährigen Krieg, um auf vergleichbare Entwicklungen zu treffen. Auch damals kam es zu gravierenden Einwohnerverlusten in Städten und Dörfern bis zu so genannten *Wüstungen*, d.h. zum Ausbluten ganzer Siedlungen durch einen Bevölkerungsverlust von 40 bis 50 Prozent in dem Territorium, das heute als Deutschland bezeichnet wird, allerdings auf der Basis einer sehr viel geringeren Gesamtbevölkerung.

Als sich die Schrumpfung in den Städten der neuen Bundesländer zuerst in aller Deutlichkeit zeigte, wurde angenommen, vorrangig sei Suburbanisierung Schuld am Einwohnerverlust der Kernstädte, so dass Überlegungen einsetzten, Wohnformen wie das Einfamilienhaus, das bisher nur am Stadtrand zu realisieren war, nun auch in innerstädtischer Lage auf den Flächen abgerissenen verdichteten Wohnungsbaus möglich zu machen. Bald zeigte sich jedoch, dass demografisch bedingter Bevölkerungsverlust und Abwanderung in andere Regionen, vor allem in die prosperierenden südwestdeutschen Bundesländer, die entscheidenden und vor allem dauerhaften Gründe der ostdeutschen Stadtschrumpfung sind, und diesen ist mit innerstädtischen Einfamilienhausprogrammen nicht ohne weiteres beizukommen. Gleichfalls als vermutlich unhaltbar erweisen sich

Hoffnungen, die auf Zuwanderung in die neuen Bundesländer aus den mittelosteuropäischen Ländern zum Ausgleich des natürlichen Einwohnerverlustes setzen. Selbst bei einer verstärkten Zuwanderung, zum Beispiel aus Polen nach dessen EU-Beitritt, werden polnische Migranten aber die grenznahen, ökonomisch schwachen Gebiete überspringen und direkt in die ökonomisch starken Regionen des Südwestens einwandern⁶. Darüber hinaus zeigen sich aber auch in Polen und den anderen postkommunistischen Ländern ähnliche demografische Entwicklungen wie in Deutschland, so dass ein Wanderungspotenzial nicht im erhofften Maße entstehen wird.

Die einzige größere prognostische Unsicherheit scheint die Wanderungen zwischen Städten in den neuen Bundesländern zu betreffen. Es ist durchaus denkbar, dass sich Abwanderungen aus dem Industriegebiet Halle – Bitterfeld zugunsten Leipzigs ergeben, wodurch sich der Abstieg des erstgenannten Gebiets noch beschleunigen würde. Insgesamt wird in gegenwärtigen Bevölkerungsprognosen jedoch angenommen, dass die Bevölkerung der neuen Bundesländer von derzeit etwa 15 Millionen bis 2050 auf etwa 11 Millionen und bis 2100 auf etwa 6 Millionen Einwohner zurückgehen wird, und dies noch unter der optimistischen Annahme relevanter Zuwanderungen.⁷ Besonders betroffen sind in Zukunft wie gesagt die nördlichen neuen Bundesländer und die Grenzregionen zu Polen. In Brandenburg könnte sich also eine Spaltung ergeben, die ja in den neueren Raumordnungsplänen auch schon berücksichtigt wird: Bevölkerungszunahme im „Speckgürtel“ um Berlin bei großräumiger Entleerung in den peripheren Gebieten.

Für die schrumpfenden Städte und Regionen lässt sich diese Perspektive vereinfachend auf den Punkt bringen, dass in den kommenden Jahren und Jahrzehnten das

Wachstum aus der Industrialisierung vom Ende des 19. bis zum Ende des 20. Jahrhunderts wieder rückgängig gemacht wird. Städtebaulich besteht das Problem aber unter anderem darin, dass diese Deindustrialisierung – verstärkt durch den Abzug von Militär und die Auflösung bestimmter sozialistischer Verwaltungen – nicht einfach durch Abstoßen auch der in der Industrialisierung entstandenen Bebauung und durch neuerlichen Rückzug in die alten Innenstadt- oder Dorfkerne erfolgen kann. Aus zwei funktionalen und einem symbolischen Grund scheint das kaum möglich zu sein. Entweder gibt es die alten Kerne nicht mehr, sei es dass sie im Zweiten Weltkrieg zerstört wurden, wie zum Beispiel in Guben, oder dem Städtebau der Industrialisierung zum Opfer gefallen sind, wie ansatzweise in Cottbus. Wo sie aber noch existieren, entsprechen sie nicht mehr heutigen Lebensanforderungen, wie zum Beispiel in Teilen die wunderbare Altstadt von Görlitz, deren gotische Hallenhäuser sich gegen jede aktuelle Nutzung sträuben. Trotz ihrer herausragenden architektonischen und städtebaulichen Qualitäten verliert auch die Stadt Görlitz kontinuierlich Einwohner.

Neben diesen materiellen und funktionalen Argumenten kann eine symbolische Distanz zu einer geringen Bindung der Bevölkerung an alte Ortskerne und Zentren, an eine ältere vorindustrielle Bebauung insgesamt beitragen und deren Potenzial für die Neubestimmung einer Stadt schmälern: Sie symbolisieren nicht das Leben, das in diesen Städten und Ortschaften bis zum Einsetzen der Schrumpfung stattfand. Um dazu eine These zu formulieren: Zumindest in großen Teilen war die Bevölkerung der DDR geprägt durch typische Industriearbeitermentalitäten. Technische Modernität und Funktionsfähigkeit galten daher als hoher Wert, besonders weil sie theoretisch in der Wirtschaft der DDR immer herausgestellt, in der Praxis aber kaum zu finden

waren. Diese Orientierung sollte sich auch im Wohnumfeld ausdrücken und führte zu einer großen Beliebtheit der Plattenbauten im Gegensatz zum Altbau. Dass diese Wertschätzung auch funktional begründet war, weil die Wohnung *in der Platte* über einen technischen Komfort verfügte, der dem Altbau in der Regel fehlte, hat die Wertschätzung der symbolischen Seite, also der Formen, sicherlich verstärkt. Altbausubstanz könnte daher von der Mehrheit der ehemaligen DDR-Bevölkerung, vor allem der Arbeiter und unteren Angestellten, mit Rückständigkeit und Marginalisierung assoziiert werden, so dass als akzeptable Wohnformen entweder die moderne Etagenwohnung oder – und dies wohl in erster Linie – das gleichfalls moderne Einfamilienhaus infrage kommen. Auch wenn in den meisten Städten Plattenbauten in großem Maße bereits leer stehen, wäre es daher symbolisch und mental riskant, die gesamte „moderne“ Stadt abzureißen.

Altbausubstanz wirkt eher auf Intellektuelle und Mittelschichten attraktiv, aber natürlich auch nur in den entsprechenden Qualitäten. Sie suchen die genannte Konsistenz lokaler Identität im Alten. Für die Bevölkerung der ehemaligen DDR muss das nicht in gleichem Maße zutreffen. Nebenbei zeigt dieses Beispiel auch – wenn es denn zutrifft, und vieles spricht dafür –, wie sehr ästhetische Urteile und Prioritäten von spezifischen historischen Erfahrungen, von Arbeits- und Lebensformen geprägt sind.

Je nach Ausmaß von Stadtschrumpfung lassen sich nun ansatzweise drei Typen unterscheiden, *Stadtperforation*, *Stadttransformation* und *Stadtauflösung*. Um dem Phänomen der Schrumpfung, das alle Ebenen von Stadt erfasst, gerecht zu werden, wäre es notwendig, Planungsreaktionen auf jeden dieser drei Typen für die *gebaute Stadt*, für die *Stadt als Lebens- und Wirtschaftsform* und für die *politische Institution Stadt* zu

untersuchen. Damit würde man auch den Anspruch der neuen Initiative Baukultur einlösen, die sich ja bemüht, von einer ausschließlich ästhetischen, hier baulichen, zu einer umfassenden kulturellen Sicht von Stadtentwicklung vorzustoßen. Die Darstellung der drei Typen zeigt allerdings, dass eine solche umfassende Behandlung des Schrumpfungproblems bisher nur in Ansätzen gelingt.

Stadtperforation

Leer stehende Bausubstanz der Neubausiedlungen, vor allem aber des innerstädtischen einfachen Altbauwohnungsbestandes, der nicht mehr im Wohnungsmarkt nachgefragt wird, soll punktuell abgebrochen und entweder durch temporäre oder weniger verdichtete Nutzung ersetzt werden – alter, minderwertiger Geschosswohnungsbau also zum Beispiel durch Einfamilienhäuser, durch Grün- und Freiflächen. Es entsteht eine fragmentierte, diskontinuierliche Bebauungsstruktur, die zwar gewohnten Vorstellungen von Stadt nicht entspricht, aber durchaus eigene, neue Qualitäten entfalten kann, zum Beispiel durch Angebote von innenstadtnahen Einfamilienhäusern, die in einer wachsenden, unter hohem Verwertungsdruck des Bodens stehenden Stadt nicht verfügbar sein können, oder durch Freiflächen gleichfalls in innenstadtnaher Lage.

Für dieses Modell gilt allerdings, dass Städte, die dieses Ziel verfolgen, weder in ihrer Existenz noch in ihrem Charakter, in ihrer Identität gefährdet sein dürfen, dass sie also auch in der Schrumpfung weitgehend bestehen bleiben. Auf lange Sicht bietet dieses Konzept einer Stadt die Chance, sich von minderwertigen Quartieren, vor allem des einfachen Arbeiterwohnungsbaus der Gründerzeit, zu befreien.

Planerische Barrieren scheinen vor allem im Bodenrecht zu liegen. Kleinteiliges Haus- und Wohnungseigentum

in Altbaugebieten erschwert zusammenhängende Neuplanungen, fixiert langfristige Leerstände und kann damit die Bewegung der Abwärtsspirale gefährdeter Quartiere beschleunigen. Die Stadt Leipzig, von deren Planungsdezernenten der Begriff der „perforierten Stadt“ auch stammt,⁸ scheint in der Entwicklung dieses Konzeptes am weitesten fortgeschritten zu sein.

Bevölkerungsbeteiligung zielt hier auf Akzeptanzsicherung von Stadtbau. Der Abbruch soll also mit Respekt vor dem Alten erfolgen, ohne die Brutalitäten einer Wertvernichtung und Gleichgültigkeit gegenüber den Bindungen der Menschen an „ihre“ Häuser. Vor allem Projekte des Programms „Stadtbau Ost“ scheinen diese Beteiligungsstrategie zu verfolgen. Auch wenn Abbruch sensibel gehandhabt wird, lässt sich nicht verhindern, dass die Symbole, an die Bewohner gebunden sein können, vernichtet werden, so dass auch bei rücksichtsvoller Abrissplanung eine tiefe Entfremdung der Bewohner von ihrer Umgebung unvermeidlich ist.

Unterschätzt werden beim Stadtbau zu einer perforierten Stadt in der Regel die erheblichen Aufwendungen, die für die Anpassung der technischen Infrastrukturen an geringere Bevölkerungszahlen erforderlich sind. Technische Systeme können nicht einfach reduziert, sie müssen mit erheblichen Kosten als Ganzes den weniger werdenden Einwohnern und deren Verteilung in der Fläche angepasst werden.

Meist nicht ausreichend diskutiert werden bei der Stadtporation die Konsequenzen für Lebensformen und für die politische Institution Kommune, obwohl bereits in den ersten Überlegungen zur Stadtschrumpfung empfohlen wurde, Stadtentwicklung der Schrumpfung nicht im Repertoire technischer Planung, sondern eher als Sozialplanung anzugehen, also zum Beispiel Lebensformen jenseits des Marktes zu ermöglichen.⁹ Ersatz von alten Etagenwohnungen durch Einfamilien-

häuser löst diese Forderung noch nicht. Für die Stadt als politische Institution ist bei der Perforation allem Anschein nach nicht mit gravierenden Änderungen gegenüber der gegenwärtigen Situation zu rechnen. Nach wie vor gilt die Annahme einer relativ starken, funktionierenden Verwaltung und einer auf dem Repräsentationsmodell basierenden Politik, die sich ausschließlich um Akzeptanz ihrer Maßnahmen bemühen muss.

Stadttransformation

Fragt man nach dem Modell für eine Stadt mit wesentlich weitergehender Schrumpfung, in der die Stadt zwar noch nicht in ihrer Existenz gefährdet sein muss, aber doch durch Schrumpfung in ganz anderer Form entsteht, setzt als baukulturelle Aufgabe die Suche nach der Stadtgestalt ein, die in jedem Fall zu erhalten ist, wenn sich die Stadt nicht durch Schrumpfung auflösen soll. Unter einer solchen Stadtgestalt werden die baulichen und räumlichen Elemente verstanden, an die ihre Bewohner im Sinne „symbolischer Ortsbindung“ gebunden zu sein scheinen und aus denen in der Regel die endogenen Potenziale einer Stabilisierung gespeist werden. Dies muss nicht notwendig die Innenstadt sein, sondern kann einzelne Punkte oder Elemente der Stadt bezeichnen, die im Alltagsleben und als Erinnerungs- oder Identifikationswerte von Bedeutung sind.

Selbst wenn die Erhaltung der Stadt unter diesen Bedingungen gelingt, wird sie nach der Schrumpfung aber zu etwas völlig Anderem transformiert sein. Eine Industriestadt könnte sich in diesem Sinne zum kleinen Landstädtchen wandeln. Im Forschungsverbund „Stadt 2030“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung verfolgt zum Beispiel die brandenburgische Stadt Guben dieses Konzept der Transformation¹⁰. Ihre Schwierigkeiten liegen wie gesagt darin, dass städte-

bauliche Objekte und Strukturen, aus denen sich das Neue definieren könnte, kaum mehr vorhanden oder aber symbolisch entwertet sein können, wie zum Beispiel in Guben.

Gegenstand von Bürgerbeteiligung in diesem Modell ist Mitbestimmung bei der Definition dieser neuen Stadtgestalt, eine Mitbestimmung, die direkt durch Beteiligung oder indirekt durch Befragungen erfolgen kann. Vorgezogen wird allerdings in der Regel die direkte Beteiligung. Der Standardeinwand gegen diese Beteiligungsformen ist allerdings immer, dass Planungen langfristig angelegt sein müssen, Bevölkerungsansprüche sich dagegen meist auf ausgesprochen kurzfristige Ziele richten. Eine Beteiligungsplanung dieser Art verlangt also erhebliche Moderationsleistungen.

Stadttransformation erfordert eine intensive Debatte über die Lebens- und Wirtschaftsformen, die mit der Transformation verbunden sein können. Dass ein klassisches Normalarbeitsverhältnis die breite Basis ökonomischer Existenz der Bewohner abgeben könne, wird in zunehmendem Maße bezweifelt, so dass alternative Existenzformen gefunden und entwickelt werden müssten.

Bereits in frühen Überlegungen zur schrumpfenden Stadt als dauerhaftem Typ der Stadtentwicklung wurde aus wissenschaftlicher Sicht vorgeschlagen, solche alternativen ökonomischen Existenzformen zu entwickeln, da der gewohnte formale Arbeitsmarkt und eine „normale“ Marktökonomie möglicherweise in Schrumpfungszonen nicht mehr tragfähig sein könnten.¹¹ Als solche Alternativen gelten Tausch- und Subsistenzökonomie auf der Basis von Transfereinkommen. Kleine Produktions- und Konsumtionsgemeinschaften leben in entsprechenden Siedlungsformen als Selbstversorger und für einen engen regionalen Tauschmarkt, auf dem sie eigene Produkte und Leistungen gegen entsprechende, ihnen fehlende Güter ähnlicher Gruppen mit diesen ohne Geldverkehr tau-

schen. Restansprüche an den normalen Warenmarkt werden durch Transfereinkommen – Arbeitslosenunterstützung, Kindergeld etc. – oder auch durch eher geringfügige Arbeitseinkommen abgedeckt.

Es ist offensichtlich, dass solche Perspektiven nicht nur ökonomische und mentale, sondern auch städtebauliche und architektonische Siedlungs- und Nutzungsprobleme aufwerfen. Die verbreitete Wohnform ökonomisch schwacher Gruppen, die Etagenwohnung im Alt- oder Neubau, ist für Subsistenzökonomie denkbar ungeeignet. Ehemalige landwirtschaftliche Anlagen, wenn sie nicht durch Orientierung auf agrarische Massenproduktion für Alternativökonomie von vornherein unbrauchbar sind, müssten mit hohen Kosten umgebaut werden, die gerade von den relevanten Bevölkerungsgruppen nicht aufzubringen sind. Es müsste also wieder die öffentliche Hand einspringen, und dies in Regionen, in denen durch Schrumpfung zumindest die kommunalen Haushalte längst faktisch handlungsunfähig sind und Kommunalpolitiker immer noch, wenn sie an Investitionen denken, die klassische wachstumsorientierte Wirtschaftsförderung verfolgen.

Und auf Landesebene werden Prioritäten bisher kaum anders gesetzt, falls überhaupt noch finanzielle Spielräume vorhanden sind. Entscheidungen um die Chipfabrik in Frankfurt/Oder und um den Cargo-Lifter zeigen, dass sich gerade Förderprioritäten, die auf Alternativökonomien ausgerichtet sind, bisher keiner großen politischen Beliebtheit erfreuen. Es gilt jedoch als ziemlich sicher, dass die Umsetzung von Förderprinzipien nach klassischem Wirtschaftswachstumsmodell in schrumpfenden Städten und Regionen die negativen Auswirkungen der Schrumpfung verschärfen. Daher können Gemeinschaftswohnformen mit großzügigen Freiflächen im städtischen wie im ländlichen Kontext die Möglichkeiten, mit Schrumpfung und Deindustrialisierung auf Dauer zu

leben, durchaus erleichtern.

Auch wenn das Modell der Stadttransformation nur in Verbindung mit einem Konzept alternativer Ökonomie tragfähig wird, stellt es also offensichtlich gravierende architektonische Anforderungen. Allerdings geht es hier nicht um Ästhetik, sondern um Existenzfragen des Überlebens in schrumpfenden Städten und Regionen. Und es wird deutlich, dass man nicht einfach „die Platte“ – und entsprechende Industrieanlagen – abreißen kann, um eine Stadt wieder auf die Dimension vor der Industrialisierung zu bringen.

Während für die beiden Ebenen „gebaute Stadt“ und „Stadt als Lebens- und Wirtschaftsform“ bei der Stadttransformation durchaus Vorschläge und Konzepte vorliegen, scheinen Überlegungen für die „politische Institution Stadt“ doch noch zu fehlen. Es scheint aber sicher zu sein, dass stark schrumpfende Städte, vor allem kleinere Ortschaften, in der Transformation nur durch Regionalisierung, also durch die Zusammenfassung zu größeren territorialen Einheiten, eine einigermaßen leistungsfähige Politik und Verwaltung erhalten können.

Stadtauflösung

Wenn auch in der Öffentlichkeit noch tabuisiert, scheint angesichts der anhaltenden Einwohnerverluste eine Auflösung von Ortschaften oder Siedlungen zumindest langfristig unausweichlich zu werden. Bereits jetzt nennt die Landesentwicklungsplanung Brandenburgs einige „existenzgefährdete“ Städte.

Stadtauflösung nun entzieht sich offensichtlich einer Debatte um Baukultur, wie sie bisher geführt wird. Ganz eindeutig dominieren sozialplanerische und institutionelle Fragen von Stadtentwicklung, und nur in Form von Fragen kann das Problem hier angedeutet werden. Ist die Selbstauflösung einer Stadt von deren Politik und

Verwaltung selbst zu planen, oder muss dies nicht Aufgabe übergeordneter regionaler und staatlicher Institutionen sein? Wann ist eine Einwohnerzahl erreicht, die den Erhalt einer Ortschaft mit den entsprechenden infrastrukturellen Aufwendungen nicht mehr rechtfertigt? Muss für minimale Restbevölkerungen, die in der Regel einen hohen Altersdurchschnitt aufweisen werden, ein Recht auf Heimat anerkannt werden, das auch extrem hohe Aufwendungen zum Erhalt von Siedlungen rechtfertigt? Sind für eine Restbevölkerung Umsiedlungsprogramme denkbar, die in Anlehnung an entsprechende Maßnahmen von Dorfsiedlungen, zum Beispiel im Braunkohletagebau oder bei der Anlage von Stauseen, entwickelt werden können? Kann es für Ortschaften Sozialpläne der Schließung wie für Betriebe geben?

Oder – und das wäre die Vermeidung von Stadtauflösung – sind Siedlungen solch radikal alternativer Lebensformen denkbar, dass sie von sich aus so viel Attraktivität besitzen, um auch neue Bevölkerung mit entsprechenden Mentalitäten anzuziehen? Konsequente Ökologie-Siedlungen ohne Individualverkehr, ohne Verwendung fossiler Brennstoffe, ohne alle Chemieprodukte, das Denkmaldorf mit ausschließlich historischer Bebauung sind als Ansätze hier in der Diskussion. Als ausgesprochen provokanter Vorstoß gilt der Vorschlag, „alternative Wirtschaftszonen“ herzustellen, in denen „Marktiökonomie pur“ ohne alle staatlichen Restriktionen zugelassen sein soll, auch wenn schwer vorstellbar ist, wie derartige Konstruktionen in Inelsituationen funktionieren sollen.

Auch wenn es sich bei diesen Konzepten zur Vermeidung von Stadtauflösung bisher nur um Denkmodelle handelt, machen sie eines deutlich: Zur Bewältigung extremer Transformation oder gar zur Vermeidung von Stadtauflösungen ist nicht nur eine radikale Planung erforderlich. Es bedarf auch der entsprechenden Menta-

litäten in der Bevölkerung, die nicht kurzfristig herausgebildet werden können. Dass sie in der ehemaligen DDR-Bevölkerung aber bereits entstanden, dass sie angelegt seien und diese Bürger und Bürgerinnen daher zur „Avantgarde“ alternativer Lebens- und Wirtschaftsformen prädestiniert seien,¹² ist eine These, die besonders in der Schrumpfungsdiskussion viel Aufmerksamkeit und Zustimmung gefunden hat. Dennoch überzeugt sie nicht. Selbst wenn die – ältere – ehemalige DDR-Bevölkerung in einer Ökonomie der Improvisation und informellen Beziehungen aufgewachsen ist, ohne die den permanenten Mängeln der offiziellen Planwirtschaft nicht zu begegnen war, basierte diese Wirtschaft doch auf formalen Anstellungs-, Arbeits- und Versorgungssystemen, die für jeden verfügbar und Pflicht waren.

Gerade wenn man auf ältere Traditionen der DDR-Bevölkerung rekurriert, so dominiert für diese die Integration in ein klassisches Industriearbeitermodell von Alltagskultur, in der sich paternalistische Arbeits- und Versorgungsverhältnisse mit punktuellen informellen Aktivitäten verbinden, die formalen Systeme aber immer die Basis des Lebens bleiben. Alle Untersuchungen zur Wende in der DDR und alle politischen Reaktionen auf die Wende und die deutsche Vereinigung dokumentieren die Persistenz dieses kulturellen Modells. Für Intellektuelle der ehemaligen DDR aber ist bis heute immer noch schwer vorstellbar, dass eine Gesellschaft ohne historischen Auftrag, dass ihre eigene Gesellschaft ohne politischen Führungsanspruch existieren kann und muss. So wird denn der Avantgardeanspruch auch mit beliebigen Inhalten gefüllt, mal mit dem Kampf für den Sozialstaat, gegen dessen Destruktion durch Globalisierung und US-amerikanische Liberalisierung und dann mit genau der gegenteiligen Zielrichtung für informelle Ökonomie. Diese Beliebigkeit zeigt schon, dass es um Inhalte gar nicht geht, sondern nur um den intellek-

tuellen Traum von der historischen Sendung, der bekanntlich zu den fragwürdigen Bestandteilen im Erbe einer deutschen „Kulturnation“ zählt. Aber es gehört auch zu den faszinierenden Aspekten der Baukulturdebatte, dass sie sogar in diese Tiefenschichten mentaler Traditionen hineinreicht und nicht nur Wünsche nach einem staatlich legitimierten Geschmacksdiktat weckt.

Resümee

Soll die Diskussion um Baukultur ihre symbolische Bedeutung überwinden und tatsächlich politische Bedeutung gewinnen, wäre zu fordern, dass sie Folgendes thematisiert: die rechtlichen, ökonomischen, mentalen und architektonisch-städtebaulichen Probleme der größten gegenwärtigen Planungsherausforderungen, der Stadtschrumpfung einerseits, der familiengerechten, verdichteten Stadt andererseits – die hier nicht entfaltet wurde – und dabei auch nicht bei Rezepten einer mehr oder weniger rigiden Geschmacksdiktatur stehen bleibt, sondern Planungsinstrumente, Richtlinien und Finanzierungsmodelle zur Bewältigung von Schrumpfung, zum Leben mit Schrumpfung in Städten und Gemeinden und zum Leben von Familien mit Kindern in verdichteten Stadtbereichen entwickelt. Die ästhetischen Verirrungen der Zwischenstadt und der konkurrenzgeprägten Innenstadt sind sicher ein Ungemach, reichen in ihrer Bedrohlichkeit aber wohl kaum an die Krisen heran, die aus der Schrumpfung und der „demographischen Zeitenwende“¹³ erwachsen. Diesen hätte sich eine verantwortungsbewusste Debatte um Stadt-, Bau- und Planungskultur zu stellen.

Anmerkungen/Literatur

¹ Zur Kritik einer quasi theologischen und dennoch auf höchst subjektiven Urteilen basierenden Architekturideologie vgl. Dieter Claessen: Der Abbau der alten symbolischen Wirklichkeit und das Dilemma der Architektur im Wandel der Gesellschaft. In: Sibylle Meyer und Eva Schulz (Hg.). Ein Puzzle, das nie aufgeht. Stadt, Region und Individuum in der Moderne. Festschrift für Rainer Mackensen, Berlin 1994, S. 31–44.

² Sieverts, Thomas: Zwischenstadt. Zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land. Braunschweig und Wiesbaden 1998.

³ Ganzer, Karl: Eröffnungsvortrag „Baukultur – Bau Kultur! Die Initiative des Bundes“ zur Tagung „Stadtgestalt – Ihre kulturellen Dimensionen“ der Evangelischen Akademie Tutzing, 7. Februar 2003.

⁴ Lübbe, Hermann: Modernisierung und Folgelasten. Trends kultureller und politischer Evolution. Berlin 1997u. a. .

⁵ In diesem Sinne schon die älteren Kritiken an der Stadtgestaltung, z.B. Durth, Werner: Die Inszenierung der Alltagswelt. Zur Kritik der Stadtgestalt. Braunschweig 1977.

⁶ Bürkner, Hans-Joachim: Schrumpfung und Alltagskultur: Blinde Flecken im Stadtbau. In: Karl-Dieter Keim (Hg.): Regenerierung schrumpfender Städte – zur Umbaudebatte in Ostdeutschland. Erkner 2001.

⁷ Birg, Herwig: Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Europa. München 2001.

⁸ Lüdtke Daldrup, Engelbert: Die perforierte Stadt. Eine Versuchsanordnung. In: Bauwelt, Heft 24/2001, S. 40–45.

⁹ Häußermann, Hartmut und Siebel, Walter : Neue Entwicklungstypen von Großstädten, In: Stadtbauwelt Nr. 91, Bauwelt 1986, Heft 36.

¹⁰ Vgl. z.B. den Überblick über den Forschungsverbund „Stadt 2030“ in: Der Städtetag, Heft 4, 2003, Themenheft „Stadt 2030“: Mut zum Weitblick in deutschen Städten; zur Bevölkerungsentwicklung Gubens. Frank Schwartz: Zwischen Abgrenzung und Hoffnung: Guben/Gubin, a.a.O., S. 27–29.

¹¹ Häußermann, Hartmut und Siebel, Walter: Neue Urbanität. Frankfurt/Main 1987.

¹² Engler, Wolfgang. Die Ostdeutschen als Avantgarde. Berlin 2002.

¹³ Birg, Herwig: a.a.O.

2

Kontrapunkt Alt – Neu, „geistes-gegenwärtige“ Architektur – ein Markenzeichen für die Stadt

Bernhard Schuster

Baukultur erfordert Kommunikation und Öffentlichkeit

Seit mehreren tausend Jahren bauen wir Menschen. Die Behausung gehört zu unseren Grundbedürfnissen ebenso wie das Leben in der Gemeinschaft. Gleich ob in der Stadt oder im Dorf. Bauen war und ist dabei immer mehr als nur simple Befriedigung eines funktionalen Bedarfes. Bauten spiegeln immer den kulturellen Anspruch der konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse wieder, in denen sie entstanden. Insofern stellt unsere gebaute Umwelt ein großes Geschichtsbuch dar, das wir durchschreiten können, das uns anbietet, darin zu lesen. Die Umwelt als eine lebendige Architekturausstellung, eine, die sich erkennbar wandelt. Eine, die Gesellschaft und die öffentlichen und privaten Bauherren gemeinsam mit ihren Architekten mitgestalten.

Bauen setzt immer einen Bauherrn voraus. Waren die Bauherren früher Landesherren und Patrizier, später das Bürgertum, zeitweise der vergesellschaftete Staat, so sind es heute der demokratische Staat, Investorengesellschaften und vereinzelt noch die Bürger. Der Anspruch des Bauherrn ist entscheidend für die Qualität des Gebauten. Gute Architektur kann nicht ohne den Bauherrn entstehen.

Oberstufenzentrum (OSZ I), Brandenburgischer Architekturpreis 2003, Potsdam, Jägerallee, Architekt: Erich Schneider-Wessling
Foto: Jürgen Strauss

Bauen setzt Ordnung voraus, Ordnung der städtebaulichen, funktionellen, konstruktiven, gestalterischen, ökologischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. *Diese Ordnung erfordert Planung,* einen Prozess des Kopfes. Nach privaten und öffentlichen Bedürfnissen Räume zu gestalten, die neben dem Gebrauchswert verantwortlich mit den Ressourcen umgehen, zukunftsfähig sind, aber auch die Sinne ansprechen, das sind große und verantwortungsvolle Aufgaben für Architekten, Stadtplaner und Landschaftsarchitekten.

Sich im Tagtraum einen zu verändernden Stadtraum vorzustellen, durch zu planende Gebäude zu schreiten, gleichsam dieses Gebäude im Kopf in Grundrisse, Schnitte und Details zu zerlegen, das gehört zu den anregendsten, spannendsten, aber auch anspruchsvollsten Teilen des Planens.

Gleichwohl wichtig ist es, dieses Kopfprodukt während des Planens in einem interdisziplinären, arbeitsteiligen Prozess aufzulösen, um es später anhand der geschaffenen Pläne als Gebäude wieder zusammenzufügen.

Zwischen den beschriebenen ersten Tagräumen und dem fertig gestellten Gebäude vergehen häufig mehrere Jahre. Das setzt Beharrlichkeit und Stehvermögen voraus. Der schnelle Erfolg ist im Architektenberuf nicht zu haben. Deckt sich das Ergebnis jedoch weitgehend mit der Vision, so ist damit ein kaum beschreibbares Gefühl der Befriedigung verbunden, aus dem Kraft für die Zukunft geschöpft wird. Denn an jeder Planung hängt auch ein Stück vom eigenen Ich.

Viele Generationen haben mit ihren Bauten zur Vielseitigkeit unserer gebauten Umwelt beigetragen. Einiges des Überlieferten ist erhalten geblieben, hat Feuer, Kriege und strukturelle Veränderungen überstanden. Allen gemeinsam ist die räumliche, bildhafte und benutzbare Geschichte, die durch die Gebäude und städtebaulichen Räume mit uns spricht. Nach meiner

Auffassung geschieht diese Reflexion unabhängig von unserem Willen. Man kann diese kurzfristig schönreden, langfristig jedoch führt die kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Beiträgen zur gebauten Umwelt zu einer selektiven Wertung. Die ist ein permanenter Prozess. Im Ergebnis entstanden Lebensdichte und Vielfalt in den Städten in äußerst differenzierter Weise.

Unsere Gesellschaft befindet sich im Wandel. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Strukturen bedürfen einer nachhaltigen Erneuerung. Seit jeher ist der Wandel mit der Suche nach Verlässlichkeit und dem Wunsch nach Integration in die Gesellschaft verbunden. Die Stadt ist der *Brennpunkt* der Gesellschaft, der Ort der sozialen *Integration*.

Zeiten des Wandels ermöglichen auch Freiräume für Innovationen. Dies ist eine historische Erfahrung: Mitte des 19. Jahrhunderts fanden mit der Industrialisierung tief greifende strukturelle Veränderungen in allen Bereichen der Gesellschaft statt. Städte, Dörfer und Landschaften wurden einem umfassenden Wandel unterzogen. Durch wirtschaftliche Expansionen in Teilen Deutschlands wurden Wanderungsbewegungen initiiert, die bestehende soziale und kulturelle Gefüge von Grund auf veränderten. In der Architektur dieser Zeit ist durch die Parallelität vielfältiger Stile der intellektuell differenzierte Umgang mit der gesellschaftlichen Transformation von einer Agrar- zu einer Industriegesellschaft noch heute nachvollziehbar. Weitgehend zeitgleich reichte die Spanne von der Adaption klassischer Bauformen über die eklektische Mischung von Stilelementen verschiedener Epochen bis hin zur Suche nach innovativen Ausdrucksformen. War dies Ausdruck eines wachsenden Pluralismus in der Gesellschaft oder Wunsch nach formaler Stabilität in den schnelllebigsten Zeiten? Wohl eine Mischung aus beidem!

Wandlungsprozesse vollziehen sich in der Realität oft

schneller als in den Köpfen der Vielzahl der Bevölkerung. Ähnlichkeiten in den Wandlungsprozessen sind auch über mehr als 100 Jahre nicht zu leugnen. Ich gehe jedoch davon aus, dass die Bewältigung heutiger Aufgaben weniger durch den Blick zurück als den Blick nach vorn gestützt und der Glaube an die Zukunft gestärkt werden kann. Was voraussetzt, zu wissen und zu berücksichtigen, woher wir kommen.

Wer wie ich beruflich in zwei grundsätzlich anderen Gesellschaftssystemen tätig war und ist, kann den Wertewandel aus eigenem Erleben nachvollziehen. Aus kritischer Distanz lösen sich dabei mit Ernsthaftigkeit betriebene, mühsam durchgesetzte Planungen in Banalitäten auf. Mitzuwirken an der zuvor beschriebenen selektiven Reflexion der baulichen Umwelt wird sicherlich wenigen Generationen zuteil geworden sein.

Wie vorauszusehen, sind unterschiedlichste Reflexionen festzustellen, auch innerhalb der Architektenschaft. Diskussionen innerhalb der Brandenburgischen Architektenkammer in Vorbereitung der *Architektenwerkstatt Potsdamer Mitte* haben vielfältige Meinungsäußerungen offenbart.

Insofern ist die Architektenkammer nicht allein Träger eines inhaltlichen und formalen Leitbildes zum heutigen Bauen, sondern wir helfen Rahmenbedingungen gestalten, in denen Architekten tätig werden können. Neben den wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen sind das ebenso die *kulturellen*. Unter dem Überbegriff *Baukultur* verstehen wir daher nicht nur die Ergebnisse von Architektur und Stadtplanung, sondern ebenso den Prozess der Auseinandersetzung bis dahin. Nach unserer Erfahrung ist Baukultur nicht so sehr durch Programme, Forderungen und demonstrative Auseinandersetzungen wirksam zu beeinflussen. Wir versuchen vielmehr als Architektenkammer Instrumente aktiver Einflussnahme auszuprägen. Diese Einflussnahme ist

nicht auf den Kreis von Fachleuten begrenzt, der oft in gleichgesinnten Gruppen Feststellungen trifft, deren Umsetzung häufig schon an der Kommunikation zwischen den verschiedenen Gruppen scheitert. Wir suchen hingegen Öffentlichkeit, nicht als Bühne, sondern als Partner. Das mag vielleicht etwas leise sein, entscheidend dabei sind jedoch die Ergebnisse und diese sind oft nachhaltig wirksam.

Die Mitwirkung in Beiräten für Stadtgestaltung oder Denkmalschutz in den Kommunen, die im 2-Jahres-Rhythmus vollzogene Auslobung des Brandenburgischen Architekturpreises – in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr (MSWV), die jährliche Veranstaltung des *Tages der Architektur* am letzten Juniwochenende, die Begleitung von Architektenwettbewerben und nicht zuletzt die Durchführung von Architektenwerkstätten sind die Beiträge der Brandenburgischen Architektenkammer zur Diskussion über die Baukultur und zu ihrer Entwicklung.

In der Brandenburgischen Architektenkammer haben die erwähnten Architektenwerkstätten mittlerweile Tradition. Sie werden seit 1997 kontinuierlich durchgeführt. Konzentrierte Gespräche und konzeptionelle Ansätze zu ausgewählten Problemstellungen der Kommunen haben wir bislang in den Werkstätten organisiert. Mit den Ergebnissen wurden die Kommunen in die Lage versetzt, qualifizierte Aufgabenstellungen für weiterführende Planungen oder Architektenwettbewerbe zu erstellen und einen nachhaltigen Konsens im politischen Raum zu erzielen. An der Nachbereitung der Ergebnisse in Form von öffentlichen Präsentationen und Ausstellungen wirkt die Architektenkammer mit.

Architektenwerkstätten ersetzen jedoch keine Planungsleistungen, sondern helfen deren Rahmenbedingungen zu stabilisieren. In Frankfurt/Oder wurde zum Beispiel die bauliche Umgestaltung im Stadtkern mit auf den

Weg gebracht, mittlerweile ist diese zu großen Teilen realisiert. Ebenfalls wurden in Frankfurt/Oder die Verbindungen zwischen Stadt und Fluss beleuchtet. In die im Bau befindliche Umsetzung sind viele Anregungen der Architektenwerkstatt eingeflossen.

Im Jahr 2002 wurden Architektenwerkstätten in Frankfurt/Oder zum Stadtumbau im Stadtteil Süd, in Brandenburg zum Stadtumbau im Wohngebiet Hohenstücken und im Landkreis Oberspreewald-Lausitz zum Schulstandort Schwarzheide (Thema Schule im 21. Jahrhundert) durchgeführt. Für Potsdam ist das – wie schon erwähnt – die *Architektenwerkstatt Potsdamer Mitte* geplant. Der genaue Termin steht noch nicht fest.

Beeindruckend ist immer wieder die Bereitschaft der Kammermitglieder zur Teilnahme an diesen meist zweitägigen Veranstaltungen, aber auch die ergebnisorientierte Arbeit in den Gruppen. Mit den aus den Werkstätten vorliegenden Ergebnissen leisten wir einen nachhaltigen Beitrag zur Hebung der Baukultur und präsentieren die Kompetenz der Architektenschaft im Land Brandenburg.

Auf dem Architektentag in Wittstock 1998 hat die Brandenburgische Architektenkammer das Thema *Chancen der brandenburgischen Städte* aufgegriffen. Dabei ging es um Wachstum oder Schrumpfen. Zwei Jahre später wurde daraus eine öffentliche Diskussion. Der Stadtumbau Ost hat sich zu einem Programm für die nächsten 15 Jahre entwickelt. Auch unser Architektentag im Mai 2003 in Frankfurt/Oder hat sich unter dem Thema: „Stadtumbau – zwischen Euphorie und Ernüchterung“ mit den Chancen und Risiken des Stadtumbaus und des Schrumpfungprozesses auseinandergesetzt, ein abendfüllendes Thema. Ich sprach zu Anfang von den Bauherren und deren Einflüssen auf die Qualität des Gebauten. Ist es nicht arrogant, sich mit dem Geld anderer Leute *selbst inszenieren* zu wollen, ohne dem Bauherrn



Wohnhaus alte Schmiede, Brandenburgischer Architekturpreis 2003, Müncheberg/Jahnsfelde Architektur: Thomas Kolb
Foto: Kolb+Ripke

Gelegenheit zu geben, sich mit den Plänen zu identifizieren? Ist es nicht richtiger, vorher Einfluss auszuüben, beginnend bei der schulischen Bildung und bei der Qualität öffentlicher Meinungsbildung? Zum Letzteren sage ich eindeutig ja. Gesellschaftliche und private Ansprüche, heute oftmals in Teilen widerstreitend, prägen wesentlich den Anspruch an die Qualität der Architektur. Architekten können innerhalb der Grenzwerte dieses Anspruchs den Gestaltungsrahmen ausloten und diesen ausnutzen. Differenzierte Ergebnisse werden es

allemaal. Vermessen ist meiner Auffassung nach der verbreitete Glaube unter uns Architekten und die Erwartung der Gesellschaft an diese Fachleute, Baukultur allein schultern und nach vorn transportieren zu können. Dies ist nur in gemeinsamer Arbeit zu leisten. Darüber zu reden ist wie überall der Anfang.

Rebecca Chestnutt/Robert Niess

Den historischen Ort verstehen, ohne sich anzupassen – das bauliche Ensemble des Amtsgerichts Bad Liebenwerda

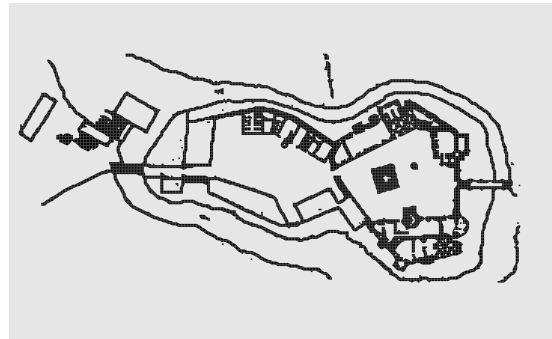
Anhand der Neu- bzw. Umbauten des Amtsgerichts in Bad Liebenwerda kann sowohl das Thema *Kontrapunkt Alt-Neu* im Diskurs *Politikfeld Baukultur* ganz konkret nachvollzogen als auch unsere Haltung als Architekten deutlich abgelesen werden. Vor allem verstehen wir Architektur als physischen Beitrag zum Dialog des städtischen Raums und somit als mitbestimmendes Element in der andauernden Identitätsbildung eines Ortes. Baukultur betrachten wir in diesem Zusammenhang als die Synthese zwischen dem gesellschaftlichen Entwicklungsdruck auf einen Ort und dem zeitgemäßen gebauten Ausdruck seines gewachsenen Charakters. „Geistesgegenwärtige“ Architektur wäre in diesem Sinne eine Baukunst, die sich dieser Aufgabe stellt.

Der Ausgangspunkt bei unserem Entwurf für das neue Amtsgericht basierte eindeutig auf dem Anspruch, den historischen Ort zu verstehen; das, was die Identität des Ortes ausmacht, und selbstverständlich somit seine geschichtliche Entwicklung. Unsere Absicht war es allerdings, den neuen Gebäudekomplex weder durch eine Nachahmung des ehemals existenten Bestandes noch durch eine Anlehnung an seine stilistischen Strukturen zu definieren, sondern ihn als ein weiteres Element in der vorhandenen städtischen Collage, die sich über fast ein Jahrtausend gebildet hat, zu betrachten.

Bei der Recherche vor Ort, hauptsächlich im Heimatmuseum, aber auch mit Hilfe des zuständigen Denkmalpflegereferenten, haben wir erfahren, dass aus der Epoche der Burggründung im 11. Jahrhundert beim Planungsbeginn 1993 nur noch die Grundmauern des früheren Schlosses, d.h. die Gründung des bestehenden

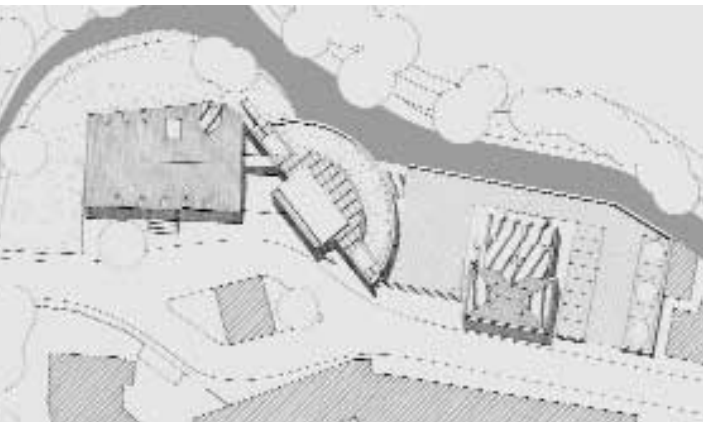
Gerichtsgebäudes, stammten. Entsprechend der wechselvollen Geschichte von Burg und Schloss Bad Liebenwerda, wurde der obere Teil dieses Gebäudes nach mehrfachen Umbauten und der Teilerstörung im Zweiten Weltkrieg zuletzt in den 1950er Jahren in neuer Form wieder aufgebaut. Die gesamte Burganlage wies nach Plänen von 1733 eine klare Teilung auf: die Hauptburg mit dem Burgfried, der so genannte Lubwarturm im Zentrum und die Vorburg mit dienenden Gebäuden.

Diese Gestalt wurde mit dem Bau des Hafthauses, ein Symbol der preußischen Intervention im 19. Jahrhundert, verändert. Das Hafthaus, als Solitär, brach aus der die Burgmauer begleitenden Bebauung aus und verengte mit seinen Gefängnismauern den ursprünglich platzartigen Vorburgbereich zu einer normalen Straße. Die vorhandene Situation ließ die frühere Struktur und den Verlauf der Burgmauer nur an einigen Punkten noch erahnen, wie an der Terrasse des Amtsgerichts und an der nordwestlichen Schuppenwand.

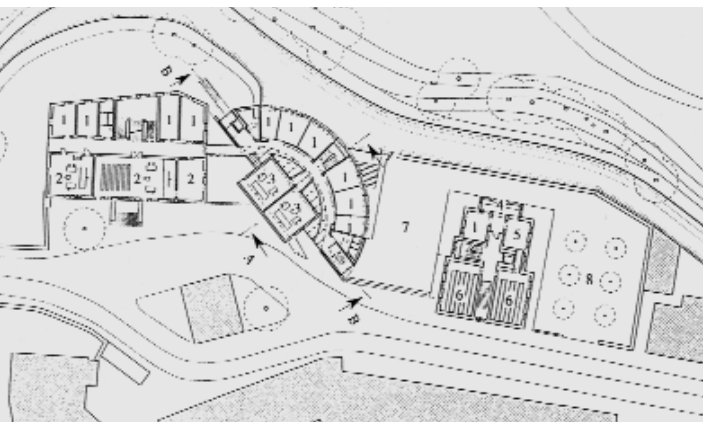


oben: Hist. Lageplan Alte Burg/Vorburg

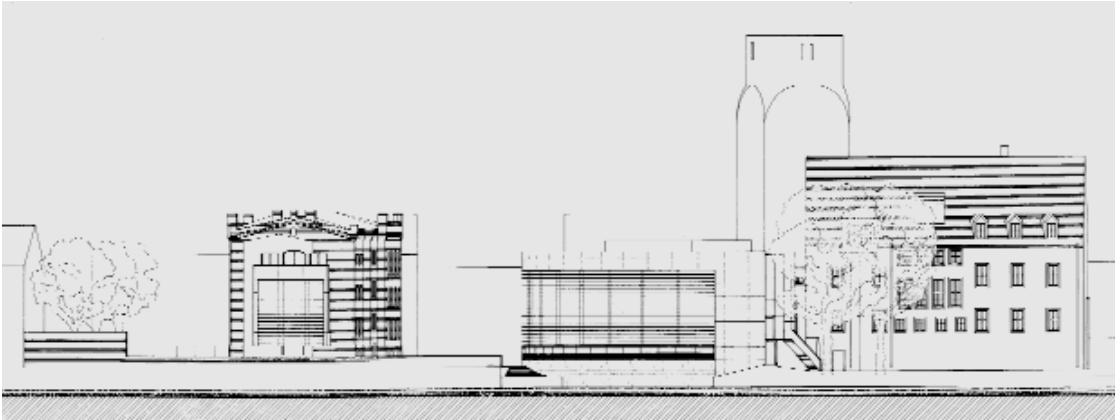
links: Amtsgericht Bad Liebenwerda Foto: Werner Hutmacher



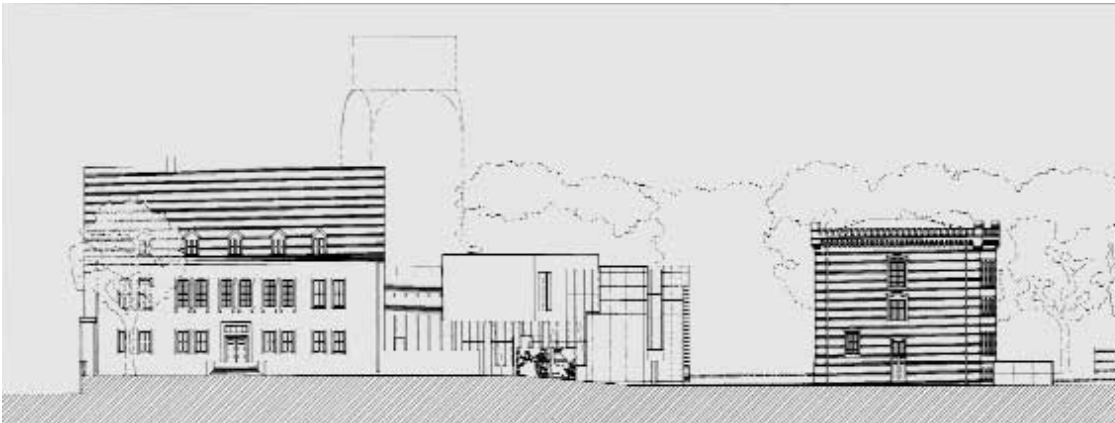
Amtsgericht Bad Liebenwerda, Lageplan



Amtsgericht Bad Liebenwerda, Lageplan mit Grundriss, 1. Obergeschoss



Amtsgericht Bad Liebenwerda, Ansicht Süd



Amtsgericht Bad Liebenwerda, Ansicht Nord



Amtsgericht Bad Liebenwerda Foto: Renate Fritz-Haendeler

Die Aufgabenstellung für eine Erweiterung des damals bestehenden Amtsgerichts entsprach der Bedeutung der Lage. Die öffentliche Nutzung war schon gegeben und mit ihr die Wichtigkeit des Projektes als Merkzeichen im Stadtbild. Unsere Absicht war darüber hinaus aller-

dings, durch das fertige Bauwerk eine komplexe Wahrnehmung des Stadtbildes zu fördern. Ziel des Entwurfsprozesses war für uns, ein bauliches Ensemble zu gestalten, welches durch seine Referenz zur historischen Morphologie und seine Auseinandersetzung mit dieser

Morphologie, der ursprünglichen Quelle des Ortscharakters, diese in das Bewusstsein des Betrachters dringen lässt. Hierzu sollte nicht nur die stadträumliche Situation der Burganlage, mit ihrer Teilung in Vorburg und Hauptburg, wieder sichtbar gemacht werden, genauso wichtig war es, die historischen Schichten und zeitlichen Brüche erkennbar zu lassen.

Die Bedingungen des Bedarfsprogramms und die vorgesehene Zusammenlegung der Grundstücke des Gerichtsbaus und Hafthauses schien anfänglich eine Überbauung des Areals erforderlich zu machen, was die ursprüngliche räumliche Gliederung ignoriert hätte. Unsere erste Leistung bestand in der Vorlage von drei plausiblen Varianten zur Unterbringung des Raumprogramms von Straf- und Zivilgericht sowie des Grundbuchamtes. Eine Variante verlagerte die Funktion des Grundbuchamtes in das ehemalige Hafthaus und respektierte es als geschichtliche Intervention und Solitär. Die Gefängnismauern sollten entfernt und die Tiefe des Außenraumes zum Mühlgraben hin offen gelegt werden. Zu dem Altbau, der die Funktionen des Strafgerichts übernahm, wurde ein Neubau hinzugefügt, in der reduzierten Grundform eines Kreissegments und mit einem Portikus, welcher das Zivilgericht beherbergen würde.

Damit sollte ein Zusammenspiel solitärer Gebäudekörper entstehen, wovon auch das ursprüngliche Raumgefüge geprägt war. Diese neue/alte städtebauliche Situation wollten wir durch eine archaische Formensprache des Neubaus und durch die Ergänzungsbauteile der Altbauten unterstreichen. Wir haben mit dem Entwurf eine Architektur gesucht, die im Dialog mit dem Ort und seinen Bauten steht, ohne eine vergangene bauliche Epoche zu zitieren.

Der Dialog mit dem Thema Baukultur entwickelte sich wie selbstverständlich im Entwurfs- und Planungsprozess.

Schon hier zeigte sich der Entwurf als geeignetes Objekt des Diskurses. Obwohl die Ergründung seiner konzeptuellen Voraussetzungen durch engen Kontakt mit dem Denkmalpflegereferenten geschehen war, widersprach diese Architektursprache – die alles andere war als „sich anpassen“ – der örtlichen Gestaltungssatzung. Ein Gesetzeswerk, das den Ortscharakter schützen sollte, hätte bei seiner Einhaltung an dieser Stelle genau das Gegenteil bewirkt. Dies war auch die Meinung, die der Denkmalpflegereferent zur Verteidigung des Konzeptes im Bauausschuss der Stadt vertrat.

Seiner Argumentation folgend, dass *„die eigentliche Unauffälligkeit der modernen Lösung ... am geeignetsten dem konkreten Standort gerecht wird“* und *„unter Bezugnahme auf die Gestaltungssatzung eine Lösung des Gerichtsstandortes durch einen Erweiterungsbau aus Sicht des Landesamtes für Denkmalpflege praktisch nicht möglich wird, da ein traditioneller Erweiterungsbau an dieser Stelle unrealisierbar ist“*, wurde eine allgemeine Befreiung bewirkt.

Wie bei so vielen anderen Bauvorhaben wurde die Vermittlungsarbeit im Planungsprozess sofort erleichtert, als der Entwurf in einfachen Zügen beschrieben werden konnte, wodurch auch die konzeptuellen Absichten greifbar gemacht wurden. Das Wichtigste bleibt aber, dass diese einfachen Züge am gebauten Ergebnis als identitätsstärkend spürbar werden. Ob tatsächlich ein Gebäudeensemble entstanden ist, das sowohl zwischen den baulichen Epochen einer historischen Anlage vermittelt als auch das ursprünglich klare Raumgefüge wieder erlebbar werden lässt und somit ein Stück Baukultur bewahrt und fortgesetzt wurde, kann nur durch die soziale Resonanz auf das Bauwerk vor Ort beurteilt werden.

3

Brückenschlag zwischen Stadt und Landschaft – „mit Landschaft Stadt machen“

Christiane Sörensen

Die moderne Allmende – wem gehört in Zukunft die Landschaft?

„Jede Form ist das erstarrte Momentbild eines Prozesses, also ist das Werk nur Haltestelle des Werdens und nicht erstarrtes Ziel.“ (El Lissitzky)¹

Wandel ist das Wesensmerkmal einer Kulturlandschaft. Jede Landschaft ist und bleibt so gesehen eine „Übergangslandschaft“. Die Situation, in der wir uns heute befinden, beschreibt eine neue zivilisatorische Epoche und ist in keiner Weise ein allein regionales Problem. Insofern bleibt die Frage, wohin die Veränderungen führen werden, noch offen. Umso mehr gilt es Kriterien zu finden, die zum einen der Übergangssituation Rechnung tragen und dennoch Aussicht auf eine nachhaltige Wirkung bieten. Hierfür lassen sich sowohl in den sozialen als auch in den raumordnerischen Dimensionen historische Vergleiche heranziehen.

Historische Formen der Landbewirtschaftung als Krisenmanagement

Die Geschichte weist ein Auf und Ab gesellschaftlicher Entwicklungsbögen auf, die in Form der Landbewirtschaftung ihre Umsetzung bzw. im jeweiligen Landschaftsbild ihren Ausdruck finden.

Vor einiger Zeit hatte ich eine Studie über die Land-

schaftsgeschichte einer Heidelandschaft in Brandenburg vor und nach dem 30-jährigen Krieg in der Hand, in der kartografisch genau die Verschiebungen von bewirtschafteten Flächen gegenüber nicht bewirtschafteten belegt wurden. Sichtbar wurden darin die Folgen der Verwüstung: Verwilderung, Bewaldung, Vernässung etc., entsprechend dem naturräumlichen Potenzial des jeweiligen Standortes, das die eine oder andere Entwicklungsrichtung im Feuchtigkeitsgefälle der Landschaft begünstigte.^{2,3}

Was quasi als eine Form des Krisenmanagements der Flächenbewirtschaftung hervorging, war die Vergrößerung der Allmende, die von den Bauern im Dorf gemeinschaftlich genutzt werden konnte. Das Gemeingut an Boden, Wald und Gewässern zur kollektiven Bewältigung der Armut bedeutete auch die gemeinsame Verantwortung für diese Flächen.

Als jüngeres Beispiel kann das Bodenreformland als eine Übergangsform für den nutzbringenden zeitweisen Besitz an Grund und Boden nach 1945 betrachtet werden. In diesem Zusammenhang gilt es, die besondere Nutzungspflicht, welche an diese Eigentumsform von landwirtschaftlichen Flächen geknüpft war, herauszustellen. Unmittelbar nach dem Krieg fand die Übergabe von Grund und Boden an landlose Bauern, Umsiedler, Kleinsiedler sowie an Handwerker und Arbeiter als bewirtschaftungspflichtiges Arbeitseigentum statt. Verließ ein Bauer sein Land, verfiel sein eigentumsrechtlicher Anspruch und das Land ging in die kollektive Verantwortung (Bodenfonds) zurück. Mit diesen Beispielen möchte ich die Eigentumsformen an Grund und Boden im Hinblick auf ihre schrumpfende Verwertbarkeit diskutieren und die gesellschaftliche Mitverantwortung für die Flächennutzung herausfordern. Ich komme am Ende meines Beitrages darauf zurück.

Lichtinstallation Pölsneck, Bestandteil des Kunstparcours der Landesgartenschau Thüringen 2000, Realisierung: Dominik Lutz und Christoph Faulhaber Foto: Jürgen Höfer

Historische Beispiele nachhaltiger Landschaftsveränderung

Beginnend im 16. Jahrhundert, entwickelte sich in England die Wollverarbeitung in großem Umfang. Infolgedessen wurde die gesamte Britische Insel für damalige Zeitsprünge binnen kurzem radikal in eine Park-Weide-Landschaft verwandelt. Intensive Beweidung mit nur noch wenigen Hirten rechneten sich für den Besitzer mehr als Ackerbau. Viele Rohstoffe und Nahrungsmittel bezog man aus den Kolonien. Systematisch wurden mittels Einhegungskampagnen die Flächen zusammengelegt. Die Landbevölkerung flüchtete in die Städte.

Sir Thomas Morus beschrieb in seinem Werk „Utopia“ (1516) die Situation folgendermaßen: *„Alles hegen sie zu einer Weide ein, sie reißen Häuser nieder, sie ebnen Dörfer ein, und lassen nichts stehen als die Kirche, die zu einem Schafstall gemacht wird.“*⁴

Der Übergang von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft beschreibt ein Jahrhundert mit enormen Umwandlungsprozessen, Bevölkerungsverschiebungen, sozialen Brüchen und Veränderungen in der Lebensweise. Verbunden damit waren aber auch die Quellen für Utopien, wie etwa die Idealstadt eines Thomas Morus, oder das Entstehen der *ornamented farm* sowie später des Landschaftgartens. Orte, an denen Bilder für eine neue, zukünftige Welt, Symbole eines liberalen Weltentwurfes, entstanden.

In England entwickelte sich die Liebe zur wilden Natur genau zu dem Zeitpunkt, als die wenigen nicht bewirtschafteten Landstriche verschwanden. Daraus resultierte die Ästhetisierung und Romantisierung des ländlichen Lebens und fand ihren Ausdruck in den Entwürfen von Landschaftsgärten. Allein der bedeutendste englische Gartenarchitekt dieser Zeit, Lancelot Brown (1716 bis 1783), genannt *Capability Brown*, schuf über

200 Parks auf der britischen Insel. Das englische Landschaftsbild wurde grundlegend verändert.

Fragen nach dem heutigen Landschaftsbild

Heute stellt sich die Frage nach dem Landschaftsbild einer Dienstleistungsgesellschaft, was wiederum eine Romantisierung und Ästhetisierung von Industrie-Ruinen zur Folge hat – als Ausdruck der Trauer über den Verlust einer schwindenden Epoche.

*„Kann man den erzwungenen Ausstieg aus der Arbeitsgesellschaft so gestalten, dass er nicht nur lebbar ist, sondern anziehend wird, zur inneren Alternative der Arbeitsgesellschaft avanciert?“*⁵

Der Landschaftspark Duisburg-Meiderich auf einem ehemaligen Hochofengelände im Ruhrgebiet, entworfen von dem Landschaftsarchitekten Peter Latz, hat als Meilenstein in dem Prozess der ästhetischen Verwilderung von Industrie-Ruinen internationale Beachtung gefunden und gilt als Avantgarde-Projekt. Hier wurde an einem ehemaligen Arbeitsort, der verloren gegangene Alltag enthüllt, über den eine imaginäre Landschaft gewachsen ist. Das Projekt war ein Beitrag zur Internationalen Bauausstellung (IBA) Emscherpark. Der Fluss Emscher, ein Abwasservollfluter, wurde zum Sinnbild für die Revitalisierung der Landschaft und den kulturellen Aufbruch einer vom Niedergang bedrohten Region.

Der momentane Stillstand in der Entwicklung weist auf das Entstehen einer neuen Zeitqualität hin. Gerade in diesem Prozess der Verlangsamung können Landschaftsbilder von utopischer Kraft sein.

In einer romantisierenden Landschaftswahrnehmung drückt sich die Trauer über den Verlust und die Suche nach dem Verlorenen aus, aber gleichzeitig öffnet sie das Bewusstsein für die veränderte politische Realität.

Die Rolle der Kulturlandschaft als identitätsstiftende Basis
 Der Begriff Baukultur ist mit dem Begriff Kulturlandschaft eng verknüpft. Kultur ist im allgemeinen Verständnis zunächst ein positiv belegter Begriff, jedoch gelingt es selten, bei den Entwicklungskonzepten für die Neuausrichtung von Gebieten *mit Landschaft als Kulturgut* erfolgreich zu argumentieren.

Mit Kulturlandschaft ist nicht nur die kunstvolle, elitäre Landschaft, wie etwa der Park des Schlosses Sanssouci oder der Park Babelsberg gemeint, sondern auch das gesamte agrarische Umfeld, das diese Kulturleistungen überhaupt möglich machte, mit seinen Obstalleen, Eichen- und Eschendämmen, Wäldern, Dörfern.

Die Mark Brandenburg ist ein agrarisch geprägtes Land gewesen und bis heute geblieben und wird insofern als eine Kulturlandschaft identifiziert.

Für die anstehenden Prozesse in dieser Region, wie Entvölkerung und Entschleunigung, sind Visionäre gefordert, die sich derartigen Veränderungen stellen können und wollen.

Wenn ich mich aus der Distanz mit dem Land Brandenburg verbünde, dann denke ich neben den herausragenden Landschaftsarchitekten, wie Peter Josef Lenné oder Fürst von Pückler, auch an die friedländischen Güter der Charlotte Helene von Friedland oder an die späteren Leistungen des Forstmeisters Heinrich Bier in Sauen. Und an den Architekten David Gilly, der mit seiner Bauordnung im „Handbuch der Landbaukunst“ (1797)⁶ das Bild der märkischen Dörfer bis heute nachhaltig prägte.

Dies alles waren landschaftsprägende Kulturleistungen von bleibendem Wert in Zeiten, deren Weichen scheinbar in eine andere Richtung gingen, wie etwa die Entwicklung der städtisch geprägten Industriegesellschaft sowie das Wachstum und die Verdichtung Berlins zu einer Metropole.

Die damaligen Protagonisten der Landschaftsplanung und -gestaltung zeichneten sich durch Experimentierfreudigkeit aus: Sie besaßen das Vermögen, Schönheit und Nutzen zu vereinen und mit kosmopolitischem Denken über die Region hinaus zu wirken. So entstanden Wirtschaftsweisen mit einem langen Zeithorizont, worin der Begriff der Nachhaltigkeit, insbesondere in der Forstwirtschaft, seinen Ursprung fand.

In diese Gesprächsreihe möchte ich gern meine eigene Prägung, die ich im Land Brandenburg erfuhr, mit einbinden: Mein Vater, Jens-Jörgen Sörensen, gründete als Ausländer (Skandinavier) in den Wirren der Nachkriegszeit bewusst auf märkischem Boden eine Sortimentsbaumschule und widmete sich als Pflanzenzüchter der Gehölzkunde und dem Landschaftsschutz. Sein Anliegen war es, das märkische Landschaftsbild durch fremdländische Gehölze zu bereichern. Gerade die extremen Standortbedingungen der nährstoffarmen Sandböden waren für ihn notwendige Voraussetzungen für die Anzucht von Gehölzen, die später in Großstädten, auf Industrie- und Verkehrsflächen gedeihen sollten. Er bevorzugte die schlechten Standortbedingungen für die aktuellen Fragestellungen des Umweltschutzes und der Luftverschmutzung.

Qualifizierung der historischen Kulturlandschaft am Beispiel der Bornstedter Feldmark

Historische Kulturlandschaften spiegeln alte politisch-gesellschaftliche, territoriale, soziale und religiöse Verhältnisse wider und vieles andere mehr. Alles zusammen summiert sich zum Wiedererkennungswert einer Landschaft. Diese zu kultivieren bedeutet weder deren Eigenheiten aufzuheben noch sie unter gemeinsamen Richtlinien zu verallgemeinern, sondern gerade diese Eigenheiten zu wahren oder wieder neu zu schaffen. Vor diesem Hintergrund ist der Stadt Potsdam ein

hervorragendes Projekt mit Modellcharakter gelungen: Im Rahmen eines „Flurneuordnungsverfahrens“ wurde die Feldflur Lennés mit den historischen Wegeachsen und der typischen Bepflanzung rekonstruiert. Während auf der einen Seite gravierende Schäden die Potsdamer Kulturlandschaft im städtebaulichen Kontext verändert haben, wurde auf der anderen Seite im Rahmen eines Bodenordnungsverfahrens diese Feldflur auf der Grundlage des Lennéschen Verschönerungsplanes von 1833 wiederhergestellt und mit Mitteln der Bundesgartenschau (BUGA) finanziert. Zuständig war das Amt für Flurneuordnung und ländliche Entwicklung. Auf der Grundlage einer agrarstrukturellen Vorplanung wurden die aktuellen Probleme vor dem historischen Kontext gelöst.

Brückenschlag zwischen Stadt und Landschaft?

Die herausragenden Kulturleistungen im Umgang mit der Landschaft gelten als weithin bekanntes Identitätsmerkmal des Landes Brandenburg. Gleichzeitig steht das Land für eine vergleichsweise dünn besiedelte Region. Hinzu kommt die aktuelle Entsidlung.

Am Weltmarkt orientierte Prognosen besagen, dass in den nächsten Jahrzehnten in Deutschland auch die Landwirtschaft um die Hälfte ihrer Fläche schrumpfen wird. Dies wird die ertraglosen, sandigen Böden in der Mark Brandenburg in einem besonderen Maße und Umfang treffen. Stadt und Landschaft sind vom Schrumpfungsprozess also gleichermaßen betroffen. Das bedeutet: keine Zukunft oder ein konsequenter Brückenschlag zwischen Stadt und Landschaft.

Perspektive Landschaft – die gezielte Renaturierung als globale Chance der Region

Bekanntermaßen ist die Herausforderung, die sich aus dem Schrumpfungsprozess in der Landwirtschaft für

das Land Brandenburg ergibt, kein regionales, sondern ein globales und nachhaltiges Problem. Wesentlich dabei wird die Frage sein, wie kann sich das Land Brandenburg als regionale Kraft im globalen Kontext behaupten?

Ein kompetentes Naturmanagement könnte, den Auswirkungen brachliegender landwirtschaftlicher Flächen folgend, zur Ausweitung des Naturschutzes, sowie zur Vergrößerung des Waldes und der Feuchtgebiete führen, mit Konsequenzen für das Klima in ganz Europa. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass auf dem UNO-Umweltgipfel 2002 in Johannesburg beschlossen wurde, dass walddreiche Regionen von der Weltbank als Klimaschutzzonen profitabel finanziert werden können.

Das Land Brandenburg verfügt u.a. über eine große Zahl ehemaliger militärischer Übungsplätze. Im Vorgriff auf die heute so drängenden Fragestellungen an die Zukunft der Landschaft wurden schon seit längerem Konzepte gesucht, welche die geschichtliche, sowie räumliche Besonderheit derartiger Sperrgebiete aufheben und Ansätze für einen zukunftsfähigen Umgang mit diesen Arealen enthalten. Deren Qualität besteht darin, dass man hier Landschaft – so widersprüchlich es klingen mag – noch in seiner erhabenen Weite, ohne zivilisatorische Störungen erleben kann. In der mitteleuropäischen Kulturlandschaft mit ihren oftmals zu kleinen und verinselten Naturschutzgebieten stellen diese Gelände Wiederausbreitungsgebiete für eine Vielzahl teils gefährdeter Tier- und Pflanzenarten dar und haben somit eine wichtige Bedeutung für den Artenschutz und als Genreservoir.

Ich möchte ein visionäres Projekt vorstellen, das dem Landschaftswandel auf ungewöhnliche Weise gerecht wird: eine Diplomarbeit, die an der Kunsthochschule in Hamburg entstanden ist und von mir betreut wurde.

Auf dem Gelände eines ehemaligen Truppenübungsplatzes wurden drei zukunftsorientierte, aber zunächst widersprüchliche Themen- und Arbeitsfelder verknüpft:

- Die Dokumentation des kontinuierlichen Artensterbens in Form von Herbarien in ehemaligen Munitionslagerstätten und auf dem Gelände durch Artenschutzzonen sowie eine Forschungsstation für biologische Vielfalt auf Grundlage der Biodiversitätskonvention.
- Die Genbank eines Institutes für historische Kulturpflanzenforschung.
- Ein Biotechnologie-Zentrum.

Das Anliegen dieses Projektes war, die fragile Balance zwischen Natur und Technik zu verdeutlichen. Wir leben in einer Welt von Gegensätzen und Widersprüchen, die Polaritäten hervorrufen und jeweils eigene Systeme und Welten beanspruchen. Wegen der Endlichkeit unser Ressourcen sind jedoch Konzepte gefordert, die nicht polarisieren, selbst Antagonismen miteinander verknüpfen können und eine gemeinsame Perspektive beleuchten. Die Herausforderung liegt darin, den Landschaftsraum zu nutzen, um Utopien zu entwickeln, die Bedeutung über die Region hinaus haben können.

Perspektive Region – ein effizientes Netzwerk

War das Ende der Agrargesellschaft für einen Großteil der Bevölkerung, die es in die Städte zog, verbunden mit dem Verlust an unmittelbarem Landschaftsbezug, so postulierte Thomas Sieverts 1997: „*Wir leben heute in einer ausgesprochenen Stadtkultur. Es ist wahrscheinlich, dass sie sich jetzt wieder mehr dem Lande zuwenden wird. Als Übergang dürfte eine Art ‚neuer Stadtkultur‘ sich durchsetzen.*“⁷

Für die Region resultiert daraus, Landschaft, Stadt und Arbeit unter veränderten Rahmenbedingungen enger miteinander zu verknüpfen und ein effizientes Netzwerk zu schaffen, das zwischen Angeboten und Defi-

ziten vermitteln kann, also eine regionale Infrastruktur zu schaffen, die Arbeitsförderung und Regionalentwicklung miteinander verknüpft, vergleichbar den traditionellen Vorteilen einer Stadt.

Als ein Beispiel möchte ich das international renommierte *Center for Land Use Interpretation (CLUI)*⁸, vorstellen. Das CLUI ist eine Verbindung aus verschiedenen Kompetenzen, zu denen neben der ökologischen und soziologischen auch die künstlerische gehört, die in einer Vielzahl von Publikationen ihren Ausdruck findet. In umfangreichen Recherchen und Dokumentationen untersucht das CLUI die Nutzung verschiedener Landregionen im westlichen Teil der USA, wie ehemaligen Atomtestgebieten in Nevada und verlassenen Bergbaustädten, sowie auch den Verfall von Landart-Kunstwerken u.v.m. Die zwanglose dokumentarische Vorgehensweise des Institutes schafft ein weltweites Netzwerk für die Verständigung über Handlungs- und zukünftige Arbeitsfelder in entleerten Landschaftsregionen.

Perspektive Stadt – waiting lands oder die moderne Allmende

Für die Städte aber, die in einer ohnehin dünn besiedelten Region liegen, könnte es die Chance und Herausforderung bedeuten, städtebauliche Fehlentwicklungen mit einem hohen Anspruch an die Baukultur zu korrigieren und so ihr Stadtbild als ein Privileg der Eigenart des konzentrierten Ortes zu gestalten.

Die Geschichte des Bauens war ohne Naturverlust nicht möglich. Ein deutliches Zeichen waren die Auswirkungen der Flutkatastrophe für weite Siedlungsbereiche in ehemaligen Feuchtgebieten. Jetzt stellt sich die einmalige Aufgabe einer veränderten Perspektive: verloren gegangene naturräumliche Grundlagen als Chance für die Stadtgestalt wieder zu entdecken und die Stadt nach jenen Vorgaben zurückzubauen. Paul Valéry stellt in

seinem Buch „Eupalinos“ fest: „Zerstören und Aufrichten sind gleich an Wichtigkeit. Zerstören mit Verstand.“⁹

Welche Perspektiven aber lassen sich an die Leerstands-Areale knüpfen, als Brückenschlag zwischen Stadt und Landschaft?

Auch an dieser Stelle möchte ich eines meiner Projekte an der Kunsthochschule vorstellen: Es handelt sich um das Kunstkonzept für die Landesgartenschau in Pößneck 2000.

Besucht man die Stadt Pößneck in Thüringen, so kommt man in einen verlassenen Ort.¹⁰ In Bezug auf diese Tatsache entfachte sich eine Diskussion über Sinn und Unsinn einer nicht frei zugänglichen Landesgartenschau: Welche identitätsstiftende Bedeutung hat das Ereignis einer Landesgartenschau, das nur gegen Eintritt zugänglich ist, in einer Stadt ohne spürbares Einkommen? Das Auffinden des Eigenen dieser Stadt sowie die gegenwärtigen Situation ihrer Bewohner, war das Thema, dem sich die Studierenden der Hochschule für bildende Künste in Hamburg verpflichteten.

Ästhetische Erfahrungen erzeugen eine spezifische Präsenz. Die Präsenz der Trauer, des Abschieds als Bewusstseinsform in einem Prozess der Veränderung zu artikulieren, dies wurde zum Anliegen des Kunst-Konzeptes. Die Präsenz der Stadt Pößneck bilden die leer stehenden Fabriken mit ihren Schornsteinen, die noch immer die Stadtkulisse prägen. (Zwei Studierende haben sich zu Fabrikbesitzern gemacht, indem sie eine alte Fabrik bei einer Treuhand-Auktion ersteigerten.) Hier entstand für die Zeit der Landesgartenschau – außerhalb ihrer Grenzen – eine öffentliche Plattform, ein Ort der Begegnung, genannt TEATER. Die Protagonisten wagten das Experiment: Die Stadtbrache wurde zum Trendsetter für Pößneck, zum Kult-Ort mit enormer Eigendynamik und zum Anziehungspunkt für die ortsansässigen Jugendlichen. Diese haben heute das

TEATER in ihre Verantwortung übernommen und betreiben es als Internetcafé weiter.

Der Philosoph Michael Foucault sagte über Gärten als besondere, korrespondierende Orte: „Es gibt... in jeder Kultur, und das wohl in jeder Zivilisation – wirkliche Orte, wirksame Orte, tatsächlich realisierte Utopien, in denen die wirklichen Plätze innerhalb der Kultur gleichzeitig repräsentiert, bestritten und gewendet sind... Weil diese Orte ganz anders sind als alle Plätze, die sie reflektieren oder von denen sie sprechen, nenne ich sie im Gegensatz zu den Utopien... HETEROOTOPIEN...“¹¹

Innerstädtische Brachen werden auf diese Weise wie im Mittelalter zur Allmende, zum gemeinsamen Nährboden für das Entwickeln von Überlebensstrategien. Als *waiting lands*, wie der niederländische Architekt Kees Christiansen sie beschreibt, können Brachen zur geplanten Landschaft in der Stadt, zum konkreten Neuland für eine langfristige Entwicklung werden: „... erhaltenswerte Gebäude werden unterteilt in unmittelbar nutzbar oder noch nicht nutzbar. Die nutzbaren werden so viel wie möglich vermietet, auch ohne Mietpreis an Startunternehmer mit der Auflage, ihre Flächen selber zu verbessern. Die übrigen Gebäude werden abgerissen, Material bleibt auf dem Gelände für später. Die entstandenen Leerflächen... werden extensiv benutzt als Weideland oder für Raps oder Schafzucht, eine Form der Nutzung, die jedenfalls eine strukturierende/thematische Wirkung auf das Gebiet hat.“¹²

Dies alles setzt jedoch voraus, dass die Eigentumsverhältnisse diesen Prozess erlauben. Somit schließe ich an meine eingangs formulierten Gedanken an und fordere die moderne Allmende als Warteschleife für eine sinnvolle Landnutzung heraus. Die Umsetzung übergeordneter, landschaftsräumlicher Konzepte, könnte der Suche nach Gemeinschaft, Orientierung und notwendigem Zusammenhang in hohem Maße entsprechen.

Der Städtebau lässt sich schwer korrigieren, aber das Entstehen eines lebendigen Landschaftsraums – als kultureller Bezugsraum einer spezifischen Region und als städtisch verwaltete Natur – könnte Verbindlichkeiten ermöglichen.

Anmerkungen / Literatur

- ¹ El Lissitzky (Lasar Markowitsch L., 1899 bis 1941), russischer Konstruktivist, mit H. Arp: Die Kunst-ismen. München, Leipzig 1925.
- ² Mangelsdorf, Günter: Die Ortswüstung des Havellandes. Ein Beitrag zur historisch-archäologischen Wüstungskunde der Mark Brandenburg. 1994.
- ³ Knapp, H.D.: Die Seelendorfer Heide bei Brandenburg – eine landwirtschaftsgeschichtliche, geobotanische Studie. In: Gleditsia – Beiträge zur botanischen Taxonomie und deren Grenzgebiete. Akademie Verlag, Berlin 18/1990, Heft 1/2.
- ⁴ Morus, Thomas (1478 bis 1535): Utopia. 1516.
- ⁵ Engler, Wolfgang: Die Ostdeutschen als Avantgarde. Aufbau-Verlag, Berlin 2002.
- ⁶ Gilly, David (1748 bis 1808): Handbuch der Landbaukunst. 1797.
- ⁷ Sieverts, Thomas: Zwischenstadt. Zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land. Vieweg, Braunschweig/Wiesbaden 1997.
- ⁸ The center for land use interpretation (CLUI), Kalifornien. [<http://clui.zone.org>] www.clui.org
- ⁹ Valéry, Paul: Eupalinos. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main, 1995.
- ¹⁰ Kohl, Sybil; Oswald, Philip; Schäfer, Albrecht (Hg.): Verlassene Stadt. Der Architektur-Stadtführer Ostdeutschland, Band 1. Berlin 2002. Katalog anlässlich der Ausstellung „Verlassene Stadt“ in der Galerie Kamm.
- ¹¹ Foucault, Michel: Andere Räume. In: Barck, Gente u.a.: Aisthesis Leipzig 1990.
- ¹² Fachbereich Architektur, Universität Hannover (Hg.): hoch² – Jahrbuch 2002, Stadt im Umbruch. Internationalismus Verlag, Hannover 2002.

Richard J. Dietrich

Brücken als Zeichen der Baukultur – drei Beispiele in Brandenburg

„Unser Havelland... ist die Stätte ältester Kultur in diesen Landen... und wie die älteste Kultur hier geboren wurde, so auch die neueste. Von Potsdam aus wurde Preußen aufgebaut, von Sanssouci aus durchleuchtet.“
(Theodor Fontane zu Potsdam und Umgebung)

Wo sonst als in Potsdam ließe sich besser über Kultur reden und im Besonderen über *Baukultur*. Da ist Fontanes älteste Kultur und seine neueste, dann aber gibt es eine noch neuere und jetzt die allerneueste, wobei die Letzteren einiges zu wünschen übrig lassen.

Schon beim ersten Mal, als ich kurz nach der Wende nach Potsdam kam, faszinierte mich der *Genius Loci*, der Geist des Ortes. Er lebte immer noch in dem, was noch übrig war von der alten Herrlichkeit, – nicht von Preußens Gloria, sondern von jener besonderen Mischung aus Anmut und Strenge, aus Einfachheit und Anspruch, aus Disziplin und Grandeur. Da waren Schinkels klare Linien, aber auch Persius' orientalische Phantasien – jenes unvergleichliche *Mixtum compositum*, das immer noch hinter all der neueren Verwüstung aufleuchtet, und da ist der Wille, das Zerstörte und Verschüttete, wo immer möglich, wieder aufleben zu lassen. Brücken gelten als besondere Gegenstände der Baukultur, Brücken aus der Vergangenheit in die Gegenwart, Brücken, die das Zerstückelte wieder zusammenführen, Brücken in die Zukunft oder nur ganz einfach Brücken von A nach B.

Brücken sind Bauwerke, die das Bild einer Landschaft oder einer Stadt entscheidend prägen können. Solche Brücken setzen entschieden Zeichen der Baukultur einer Epoche.

Leider zeigen heutige Brücken, verglichen mit den

Meisterwerken sehr viel früherer Zeiten, wenig von diesem Anspruch. Vergleicht man zum Beispiel die alte Glienicker Brücke aus dem Anfang des 20. Jahrhunderts mit beliebigen Brücken aus der zweiten Hälfte desselben Jahrhunderts, so wird klar, was und wie viel verloren ging. Die alte Glienicker Brücke war einst ein Fanal auf dem Königsweg von Berlin nach Potsdam; nach der Zerstörung im letzten Weltkrieg wurde sie wiedererrichtet und „Brücke der Einheit“ genannt. Sie erlangte aber nur Berühmtheit als gesperrter Grenzübergang, wo Agenten des Kalten Krieges ausgetauscht wurden. Jetzt, nach der Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands, wurde die Glienicker Brücke wieder und diesmal zu Recht zum Symbol der Einheit ernannt. Brücken gehören grundsätzlich zu den zeichenhaften Bauwerken, wie Tore und Türme, Zeichen des Übergangs, der Verbindung, der Versöhnung, der Einheit und sogar der Transzendenz.

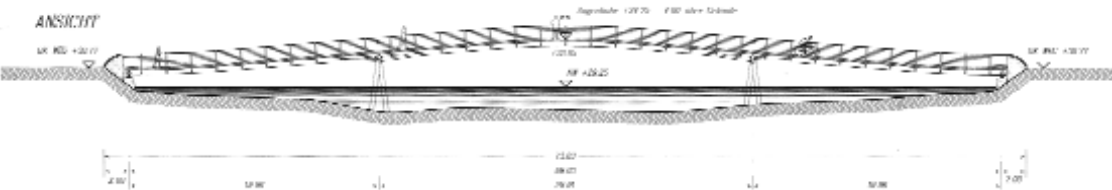
Brücken bilden eine eigene Bauwerksgattung. Sie stehen abgehoben und solitär in ihrer Umgebung. Sie sind anders als andere Bauwerke. Sie haben eine vergleichsweise einfache Funktion, nämlich einen Verkehrsweg über ein Hindernis hinwegzuführen.

Gleichwohl sind Brücken Gegenstände einer ganzheitlichen Baukunst, also nicht nur reine Ingenieurbauwerke, wie heute viele meinen.

Brücken gelten in der Regel auch als Bauten der Gemeinschaft, der Kommunen, des Landes, des Bundes. Wenn nun von einer *politischen Initiative Baukultur* die Rede ist, sollten gerade Brücken diese Intension der Gemeinschaft in besonderer Weise repräsentieren, weil sie so starke Zeichen der Baukultur einer Epoche sind.

Das brandenburgische Ministerium für Städtebau, Woh-

Wublitz-Brücke, Töplitz Foto: Renate Fritz-Haendeler



Ansicht Wublitz-Brücke In: Faszination Brücken. Baukunst, Technik, Geschichte. München 1998, S. 261

nen und Verkehr hat hier bereits konkrete Anstrengungen unternommen. Über die Abteilung für Städtebauförderung wurden kommunale Brückenbau-Wettbewerbe angeregt, um auf diesem Gebiet für mehr Qualität zu sorgen. Bei zweien dieser Wettbewerbe ist es mir gelungen, die ersten Preise zu erringen und die vorgeschlagenen Brücken zu bauen. Fördermittel des Landes Brandenburg machten die Verwirklichung möglich. Von diesen brandenburgischen Brücken werde ich im Folgenden berichten und von einer weiteren kleineren, aber nicht ganz unbedeutenden Brücke mitten in Potsdam. Ich will dies gern tun, zuvor aber möchte ich einige Entwurfskriterien erläutern, die ich im Laufe meiner 25-jährigen Arbeit im Brückenbau, auf diesem besonderen Feld der Architektur, entwickelt und angewendet habe.

Stoff + Struktur + Form = Gestalt

Am Anfang steht der Dialog mit dem Genius Loci, dem Geist des Ortes, also das eingehende Studium der Umgebung, des Kontextes, in den die Brücke hineingebaut werden soll. Dabei entsteht aus dem Repertoire der Erfahrung und der schöpferischen Intuition des Planers die Entwurfsidee.

Diese Entwurfsidee muss dann gefasst werden zur konkreten Gestalt. *Gestalt* ist das Ergebnis der vollkommenen Integration von *Stoff*, *Struktur* und *Form* im Kontext. Der *Stoff*, der Baustoff, bedingt die *Struktur*, das Gefüge der Konstruktion, die ihrerseits wieder die *Form* bestimmt.

Die technisch richtige Verbindung dieser Elemente allein garantiert jedoch noch nicht das Gelingen einer ästhetisch überzeugenden Gestalt.

Die Konstruktion ist im Brückenbau das wesentliche Mittel der Gestaltung. Sie muss stimmig sein, das ist Voraussetzung, aber nicht alles. Andererseits kann bei einer schlechten oder ungefügen Konstruktion durch keine noch so raffinierte Dekoration eine überzeugend schöne Gestalt entstehen.

Der *Stoff*, der Baustoff, ist entweder formaktiv oder nicht. Baustoffe wie Holz und Stahl sind formaktiv, sie wollen nach ihren Gesetzmäßigkeiten konstruktiv eingesetzt werden. Der heute so beliebte Stahlbeton ist dagegen formneutral. Was hier trägt, sind letztlich die Stahleinlagen, die aber nicht sichtbar sind. Die in der Konstruktion wirkenden Kräfte werden unsichtbar aufgenommen und nicht sinnfällig in ihrem Fluss gezeigt. Was sichtbar ist, ist der beliebige geformte Baustoff

Beton, der wohl Druck, aber nicht Zug aufnehmen kann. Bei zug- und druckstabilen Materialien, wie Holz und Stahl, kann dagegen der Fluss der Kräfte deutlich nachgezeichnet werden. In der *Struktur*, im Gefüge der Konstruktion, können die Kraftlinien dementsprechend sinnfällig in Erscheinung treten, wenn man das will. Auch mit Holz und Stahl sind natürlich, wie beim Beton, simple ausdruckslose Strukturen und Formen wie Balken möglich.

Eine an sich theoretisch richtige Konstruktion allein genügt also nicht, um eine schöne *Form* auszubilden. Die Sinnfälligkeit des Kraftflusses ist ein wesentliches Kriterium. Dazu kommt noch das wichtigere Kriterium der Effizienz – der maximalen Leistung bei minimalem Aufwand. Eine Brücke muss schweben, muss freitragend hinübergreifen aufs andere Ufer, muss Spannweiten überbrücken. Leichte Bauweisen mit differenzierten Zug- und Druckgliedern sind hier besonders geeignet, leichte und filigran aufgelöste Strukturen der Konstruktion.

Die Materialeigenschaften müssen optimal genutzt, aber auch die Details, die konstruktiven Einzelheiten, müssen ihrer Funktion entsprechend gestaltet werden. Diese Details, also die Einzelheiten der *Struktur*, sind besonders wichtig für eine stimmige Ausformung des funktionalen Gefüges einer Brücke. Struktur und Form, materialgerecht und geometrisch richtig in Maßen und Proportionen geordnet und detailliert, sind Voraussetzung für die gute Gestalt einer Brücke.

Gestalt aber ist noch mehr, nicht nur die Summe aus den Elementen *Stoff*, *Struktur* und *Form*, sondern deren kreative Synthese im Sinne der Entwurfsidee, die sich wiederum aus dem Dialog mit dem Genius Loci entwickelt hat. Wenn diese Gestalt gelungen sein soll, muss das Brückenbauwerk in Wechselwirkung treten mit der umgebenden Stadt- oder Natur-Landschaft. Nur so

kann ein Gesamtkunstwerk mit überzeugender Wirkung entstehen.

Ein solches Gesamtkunstwerk zeichnet sich nicht nur durch die mit dem Kontext harmonisierte Ansicht aus, sondern auch durch die spezifische Atmosphäre auf der Brücke selbst. Dafür muss bei der Brückenausstattung große Sorgfalt angewendet werden. Geländer, Beläge, Beleuchtung etc. müssen angemessen im Zusammenhang mit dem Ganzen gestaltet werden.

Aus den oben genannten Gründen haben alle meine Brücken eine individuelle und einzigartige Gestalt, die mehr ist als die bloße Anwendung eines Tragwerksystems. Als erstes konkretes Beispiel meiner brandenburgischen Brücken erläutere ich die kleine Fußgängerbrücke über das erste wieder ausgegrabene Teilstück des alten Stadtkanals in Potsdam, die neue Ladenberg-Brücke.

Die neue Ladenberg-Brücke am Potsdamer Stadtkanal

Der Stadtkanal nach holländischem Vorbild war ein wesentliches Element des historischen Stadtbildes.

In den 1960er Jahren wurde er zugeschüttet. Jetzt wird er wieder ausgegraben und ich habe die erste Brücke über das erste Teilstück gebaut. Diese Brücke wurde durch engagierte Initiatoren, zum Beispiel den Förderverein Stadtkanal, und Sponsoring von der Planung bis zur Bauausführung realisiert.

Den ursprünglichen Anstoß gab ein Brückenbauseminar zum Thema Stadtkanal im Jahr 2000, das ich mit Ingenieur-Studenten der Fachhochschule Potsdam durchführte, durchaus erfolgreich, wie die dabei entstandenen Entwürfe zeigten.

Die alte Ladenberg-Brücke wurde als Letzte der Kanalbrücken gebaut und stammte aus dem Anfang des 19. Jahrhunderts. Sie war eine damals höchst moderne

Linsenträger-Brücke, nach dem System des Hannoveraner Oberhofbaudirektors Georg Friedrich Laves, der sich mit dem ersten Leiter der bayerischen Obersten Baubehörde Friedrich August von Pauli um ein Patent für dieses Trägersystem stritt, obwohl das Prinzip längst vorher bekannt war. Allerdings hat Pauli zusammen mit Gerber das Prinzip bis zur Vollendung entwickelt und gewaltige Eisenbahnbrücken damit gebaut. Es ist eine historische Pikanterie, dass jetzt ein bayerischer Verehrer von Pauli und Gerber die Laves'sche Brücke wieder errichtet hat.

Ich übernahm das Laves'sche System des Trägers „gleichen Widerstandes“, wie er es nannte, und übersetzte es in eine modernere Form – sozusagen als kritische Rekonstruktion.

Das Prinzip dieses Einfeldträgers eignete sich in jeder Hinsicht auch für die Auflagerung auf die Kaimauern des Kanals, die im Wesentlichen nur vertikale Kräfte aufnehmen konnten. Wegen der anschließenden Wege war keine größere Konstruktionshöhe möglich.

Auf den filigranen Linsenträgern liegt ein leichter Bohlenbelag aus Holz. Das Geländer besteht aus Rundrohrpfosten, die über einer Stahlschiene einen hölzernen Handlauf tragen und mit einem feinmaschigen Seilnetz als Füllung bespannt sind. Wieder fügten sich Stoff, Struktur und Form zur Gestalt im Zusammenwirken mit dem Kanalbauwerk und der begleitenden Bebauung.

Nun zu einem anderen Beispiel meiner brandenburgischen Brücken.

Die Wublitz-Brücke von Potsdam nach Töplitz

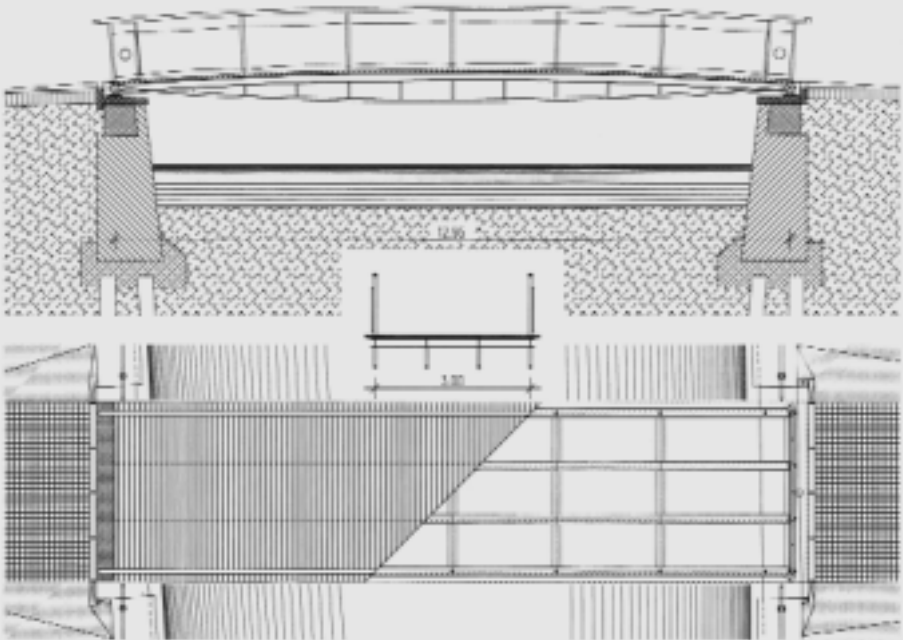
Als Ergebnis eines vom Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr (MSWV) Brandenburg initiierten und geförderten Wettbewerbs wurde in einem Naturschutzgebiet eine Geh- und Radwegbrücke nach Töplitz gebaut, die über eine Einschnürung der Wublitz die Insel Potsdam mit dem Umland verbindet. Diese Brücke hat für

die Umlandgemeinden einen hohen Stellenwert als Anschluss an das Wegenetz des touristischen Zentrums Potsdam.

Im Wettbewerb suchte man nach einem einfachen, wirtschaftlichen und dennoch attraktiven Entwurf und die Jury entschied sich für meinen Vorschlag. Die leicht geschwungene Eselsrückenform der Wublitz-Brücke erinnert an klassische Parkbrücken. Mit Rücksicht auf den Unterhalt der einsam stehenden Brücke habe ich ein schlankes Stahltragwerk gewählt – mit Rücksicht auf den ländlichen Kontext eine hölzerne Brückenausstattung, einen Bohlenbelag und ein Geländer mit Holzpfosten. Die optisch zurücktretende horizontale Seilfüllung des Geländers betont dagegen die Leichtigkeit der Konstruktion.

Der durchlaufende Balken ist dem Kräftefluss entsprechend geformt. Über den Pfeilern, wo die größten Kräfte wirken, ist das Träger-Profil aufgeweitet. Dort greifen die Quertraversen aus Stahlrohren hindurch und liegen mit Gelenkschellen auf den Pfeiler-Pfählen auf. Da das Flussbett tief verschlammte, habe ich diese Pfeiler-Pfähle aus Stahlrohren einfach von oben in den Flussgrund gerammt. Das Verfahren erwies sich als besonders wirtschaftlich, da ohne Komplikationen über der Wasseroberfläche gearbeitet werden konnte.

Auch die Wublitz-Brücke fügt sich wie selbstverständlich harmonisch in die umgebende Naturlandschaft ein. Sie wurde von der Bevölkerung gut angenommen und ist besonders an den Wochenenden stark von Fußgängern und Radfahrern frequentiert. Als Initialzündler für die touristische Erschließung des Potsdamer Umlandes wirkt sie als ein Schlüsselprojekt des „Gemeindeforums Havelseen“, ein Zusammenschluss von zehn Anliegergemeinden.



Ansicht und Grundriss der neuen Ladenberg-Brücke, Potsdam. In: Brücken in der Stadt, Potsdam 2001, S. 106.



Kirchberg-Brücke in Rathenow Foto: Büro Dietrich

Die Kirchberg-Brücke in Rathenow

Auch das dritte Beispiel, die Geh- und Radwegbrücke in Rathenow, entstand als Ergebnis eines Wettbewerbs. Sie wurde ebenfalls im Rahmen der Städtebauförderung des MSWV Brandenburg initiiert und soll helfen, das im Krieg schwer zerstörte historische Zentrum der brandenburgischen Stadt zu revitalisieren.

Die Brücke führt über den ehemaligen Stadthafen, den ursprünglichen Stadtgraben, heute Schleusenkanal, zum

Kirchberg mit den Resten des alten Stadtkerns. Sie bildet zugleich ein Merkzeichen für die kommende Landesgartenschau und erschließt ein großes Erholungsgebiet auf dem so genannten Weinberg, der weitläufig mit einer zum größten Teil verfallenen und überwucherten Nekropole, dem alten Friedhof von Rathenow, bedeckt ist, wodurch eine unvergleichliche, romantisch verfremdete Atmosphäre erzeugt wird.

Der Entwurf der Brücke selbst nimmt Motive des ehe-

maligen Stadthafens auf, Gitterträger von Kranen, Masten von Schiffen und dergleichen. Die Widerlager sind, im Kontrast zur leichten Stahlkonstruktion, massiv ausgeführt, mit dem am Ort charakteristischen Backstein-Sicht-Mauerwerk, so wie es an den umgebenden Gebäuden zu finden ist, vor allem an der Kirche und an den Friedhofsmauern.

Die eigentliche Brücken-Konstruktion aus Stahl ist so weit wie möglich transparent gehalten, auch um die dominanten Elemente des Standortes nicht zu stören und die begrünte Wasserzone durchgängig zu erhalten.

Die Stahl-Konstruktion nimmt, ausgehend von den massiven Widerlagern über dem Vorland, sozusagen Anlauf mit schlanken Trägern aus stegverbundenen Rohrgurten. Über dem Wasser weiten sich diese Träger im Hauptfeld dem Kraftverlauf entsprechend auf. In der Feldmitte wird die größte statische Höhe erreicht.

Über den gespreizten Stahlrohr-Stützen an den Uferpfeilern bildet das System des Hauptfeldes eine Art Rahmen, der ebenfalls zur Leichtigkeit des Ganzen beiträgt und auch zur Steifigkeit.

Als Brückenbahn dient ein dünnes rippenversteiftes Stahlblech mit einer besandeten Kunststoffbeschichtung als Belag. Die Geländer bestehen aus einer leichten Stahlrohrkonstruktion mit horizontal gespannten Stahlseilen als Füllung. Sie sind besonders filigran gestaltet, damit die extrem leichte Konstruktion des Haupttragwerks nicht durch die Geländer dominiert wird. Von hohen in das Tragwerk integrierten Masten herab wird die Brücke des Nachts erleuchtet.

Auch hier scheint meine Absicht erfüllt, *Stoff, Struktur und Form* im Zusammenspiel mit dem Kontext zu einer ganzheitlichen Gestalt zu vereinen, die Betrachtern und Benutzern gefällt.

Zum Schluss

Wer mehr wissen will über das Thema Brückenbau, den darf ich auf mein Buch „Faszination Brücken“ verweisen, in dem sich ausführliche Beschreibungen schöner Brücken mit allen Details finden und, was wichtiger ist, ein systematischer und geschichtlich belegter Ansatz für mehr gestalterische Qualität im Brückenbau heute.

Es bleibt zu wünschen, dass die Bauherren und die Kollegen, die Brücken bauen, wieder mehr auf deren gestalterische Qualität achten. Auch muss die für die Gestaltung schädliche allgemeine Praxis aufgegeben werden, Brücken nur oberflächlich zu planen, als Ganzes pauschal auszuschreiben und den anbietenden Firmen alles Übrige zu überlassen. Die anbietenden Firmen müssen sich dann gegenseitig in Phantasielosigkeit und Simplizität überbieten, da stets das kostengünstigste Angebot den Zuschlag erhält.

Brücken sind nicht nur funktionale Bauwerke, sozusagen Straßen auf Stelzen, sondern sind oft berühmte, das Bild einer Landschaft oder einer Stadt entscheidend prägende Bauwerke. Sie gelten als architektonische Zeichen, wie Tore oder Türme, Zeichen des Übergangs, der Verbindung, der Versöhnung, der Einheit und sogar der Transzendenz. Sie müssen abhängig von ihrem jeweiligen Kontext entworfen und mit diesem integriert werden. Brücken sollten wieder Werke einer ganzheitlichen Baukunst werden. Nach dem Motto des Potsdamer Gartenbaumeisters Lenné sollten wir auch in dieser wesentlichen Sparte der Baukunst wieder „das Schöne mit dem Nützlichen verbinden“.

Literatur

Richard J. Dietrich: Faszination Brücken. Baukunst, Technik, Geschichte. München, 2. überarbeitete Auflage, 2001.

Wilfried Mollenhauer

Brücken zwischen Technik und Gesellschaft

Wer an Brücken denkt, beschränkt seine gedankliche Betrachtung zunächst auf bauliche Brücken über Hindernisse für die Menschen, wie Flüsse und Täler.

Aber Brücken – als die bekannteste Form von Ingenieurbauwerken – finden sich auch in anderen baulichen Formen der Verbindung von unterschiedlichen Potenzialen oder Lagepunkten als „Brücken“ oder Überbrückungen.

In der von Wissenschaft und Technik und zunehmend auch von den Medien geprägten Gesellschaft sind ebenso Verkehrswege (Luftwege, Schienenwege, Straßen, Wasserstraßen) sowie Versorgungs- und Entsorgungsleitungen (für Trinkwasser, Abwasser, Elektroenergie, Gas, Nachrichten u. a.) bauliche „Verbinder“ und damit „Brücken“ des Lebens und der Kommunikation.

Andere typische Ingenieurbauwerke erfüllen gleichartige „Brücken- oder Verbindungsfunktionen“ – zum Beispiel Tunnel, Kanäle, Türme, Masten, komplizierte Hochbauten und Tragwerke, Rohr- und Kabelleitungen.

Nicht nur für die Entwicklung und den Betrieb dieser „Verbinder“ und „Brücken“ sind Ingenieure verantwortlich. Sie haben daneben die größte Aufgabe, in der menschlichen Gesellschaft, für Sicherheit und Funktionalität in allen technischen Bereichen zu sorgen.

Ingenieure als integraler Bestandteil der Gesellschaft schaffen täglich Brücken und Verbinder zwischen den Menschen und der Umwelt.

Wie es um unser zivilisiertes und kulturvolles Leben bestellt wäre, wenn zum Beispiel der Verzicht notwendig wäre auf Elektroenergie und seine Anwendungsformen

oder aufbereitetes, stets verfügbares Trinkwasser oder eine befestigte Straße oder eine Flugzeugverbindung (mit allen erforderlichen Einrichtungen für deren Funktionalität) oder die fehlende Überdachung auf einem Bahnhof, das wird im Regelfall von den Nutzern nicht bedacht. Dies alles ist „natürlich“ vorhanden und verfügbar. Es ist selbstverständlich Ingenieurleistungen zu nutzen.

Im Rahmen der Beschäftigung mit Baukultur wird leider zu häufig eine einseitige Überlegung oder Betrachtung angestellt und es werden dann Ableitungen entwickelt, die der Rolle der Baukultur in der Gesellschaft nicht gerecht werden.

Deshalb ist an den Statusbericht „Baukultur in Deutschland“ zu erinnern, der eine umfassende und unwidersprochene Definition für Baukultur gefunden hat: *„Der Begriff der Baukultur beschreibt die Herstellung von gebauter Umwelt und den Umgang damit. Das schließt Plänen, Bauen, Umbauen und Instandhalten ein. Baukultur ist unteilbar. Sie beschränkt sich nicht auf Architektur, sondern umfasst Ingenieurleistungen, Stadt- und Regionalplanung, Landschaftsarchitektur sowie die Kunst im öffentlichen Raum gleichermaßen. Die Qualität der Baukultur ergibt sich aus der Verantwortung der gesamten Gesellschaft für ihre gebaute Umwelt und deren Pflege.“*¹

Der Kern der Definition macht klar, dass Baukultur unteilbar ist. Damit ist natürlich auch die Unteilbarkeit der gesellschaftlichen Leistung für die Baukultur definiert.

Von den in der Gesellschaft für deren „Verwaltung“ Verantwortlichen ist Baukultur aus meiner Sicht als integrale Aufgabe zu organisieren.

Wenn sich heute Ingenieure noch zu sehr der öffentlichen Mitwirkung und aktiven Beteiligung an der Baukultur entziehen, hat dies zweifellos etwas damit zu tun, dass philosophische, ethische, soziale, künstlerische und

Brückeninstallation Nuthebrücke, Potsdam

Foto: Ingenieurbüro Obermeyer

gestalterische Aspekte – vor allem Letzteres – in der Baukultur überbetont wurden und werden.

Ingenieure sind in erster Linie praktisch, technisch und zielorientiert denkende Mitgestalter und Teilhaber an der Baukultur, die sich nicht in den Vordergrund drängen. Genauso wenig wie sich Architekten als „Dekorateurs/Veredler“ des Bauens verstehen, sind oder fühlen sich Ingenieure als „Hilfsknechte“. Im Gegenteil, durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und die Entwicklung der Lebensbedürfnisse der Menschen bedingt, nehmen die notwendigen und tatsächlichen Leistungen auf ingenieurtechnischem Gebiet allgemein und beim Bauen besonders zu.

Wer sich die technische Ausstattung von Gebäuden oder anderen baulichen Anlagen vor 100 Jahren in Erinnerung bringt, erkennt sehr schnell, dass es einer zunehmenden Spezialisierung der am Bau Beteiligten bedurfte und bedarf, um alle erforderlichen Planungen des modernen Bauens und fortschrittliche Baudurchführungen abwickeln zu können. Wer die Anteilsleistungen an großen oder komplizierten und anspruchsvollen Bauwerken bedenkt, dem wird klar, dass die Anteile der Ingenieure ständig wachsen, weil Bauwerke immer mehr zu Funktionalsystemen werden, die nur ingenieurtechnisch beherrschbar sind.

Die typischen Ingenieurbauwerke sind nur teilweise sichtbar und wahrnehmbar, in großen Teilen aber nicht, weil sie im erheblichen Umfang im unterirdischen Bauraum liegen. Die Wahrnehmung der gebauten und ungebauten Umwelt wirkt auf den Betrachter jedoch zunächst optisch und emotional. Erst bei rationaler Beschäftigung rücken die Funktion, die Sinnhaftigkeit und die gesellschaftliche wie individuelle Wirksamkeit eines Bauwerks oder einer baulichen Anlage in den Mittelpunkt.

Es besteht ein scheinbarer Widerspruch zwischen Wissenschaft, Technik, Ökonomie, dem Rationalen, und dem

emotional geprägten Empfinden der baulichen Gestalt von Formen und Farben.

Die vordringliche Aufgabe der Baukultur gestaltenden Gesellschaft besteht darin, diesen scheinbaren Widerspruch aufzulösen, weil es zwei Seiten der Medaille gibt. Inhalt ist ohne Form (Hülle) nicht denkbar, aber Form (ohne ästhetische Genugtuung) allein ist regelmäßig unbrauchbar – wenn baulich betrachtet – nicht sogar unwichtig.

Die Auflösung des Widerspruchs erfordert die Kooperation zwischen allen Baukulturträgern – der gesamten Gesellschaft, den Bauherren, der Verwaltung und auch zwischen Ingenieuren und Architekten.

Bei jeder Bauaufgabe muss derjenige die „Führung“ übernehmen, der den größten und wichtigsten Anteil Arbeit leisten muss und dessen Leistungen die *Funktions-sicherheit* gewährleistet.

Das ist die erste und muss die prägende Forderung an die Entstehung jedes Bauwerks sein.

Die Anforderung an alle Baukulturträger wächst infolge des Paradigmenwechsels in Deutschland – weg von der Siedlungserweiterung infolge Bevölkerungszunahme, hin zum Stadt- und Dorfbau –, weil die Bevölkerung, insbesondere in den östlichen Bundesländern, abnimmt.

Stadtumbau sollte daher auf Kommunikation und Integration setzen, damit er zur Sache des ganzen Gemeinwesens wird und nicht auf der Ebene der Funktionäre oder berufsmäßigen Gestalter versickert. Eine breite Beteiligung und Mitwirkung aller Kräfte kann nur die notwendige Akzeptanz und Identifikation der Bürger bewirken.

Eingriffe in die bestehende Stadt- und Dorfsubstanz (Hochbauten, Tiefbauten etc.) sind schwieriger als ein Neubau. Bauen im Bestand erfordert eine genaue funktionale, konstruktive und gestalterische Diagnose und Bestandserfassung.



Inselbrücke, Potsdam. Foto: VIC Brücken und Ingenieurbau GmbH

Die Prioritäten dabei setzen die Ingenieure, deren Aufgaben nicht auf den Hochbau beschränkt sind, im Hinblick auf:

- Sicherheit im umfassenden Sinn
- Bauherren- und Verbraucherschutz
- Qualität der Planungs-, Bau-, Montage- und Ausrüstungsleistungen
- Stärkung der Stadt- und Dorfkerne sowie der historischen Bausubstanz.

Die Brückentagung der Fachhochschule Potsdam im April 2001 hat verdeutlicht, dass die Einbeziehung von Architekten in die Planung von Brücken erst in den letzten Jahrzehnten zunehmend erfolgte und genauso richtig ist wie die frühzeitige Einbeziehung eines Tragwerksplaners und Konstrukteurs in die Konzeption und Planung eines öffentlichen oder privaten Gebäudes.

Wer in die Geschichte der Brückenbaukunst blickt, wird feststellen, dass die von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren entdeckten Möglichkeiten des Materialeinsatzes, die Schaffung von Berechnungsmethoden und

die praktische Umsetzung entscheidend die Entwicklung des Brückenbauwesens bestimmt haben, wobei diese Entwicklung „vom vorstatistischen zum systemorientierten Brückenbau“ (Prof. Peters, Bethlehem, Vortrag in Potsdam am 4. Mai 2001) geprägt war.

Wir haben in Deutschland mehr als 120 000 Brücken. Von den etwa 35 000 Brücken im Netz der Autobahnen und Bundesstraßen sind mehr als 53,8 Prozent aus Stahlbeton, 37,8 Prozent aus Spannbeton, 6,1 Prozent aus Stahl und 2,3 Prozent aus Stahl-/Betonverbundkonstruktionen.

Gerade gegenwärtig wird in Deutschland mit dem Bau der Autobahn Erfurt – Suhl ein gigantisches Werk von Tunneln und Brücken realisiert. Ein Bauwerk, das in seiner infrastrukturellen Funktion und seinen Abmessungen von keinem *Hochbau* erreicht wird.

Viele neue Konstruktionen sind aus Erkenntnissen der Bionik, der Nutzung von Konstruktionen in der Natur, erwachsen (Netzwerke, Stabwerke, Hohlkörper u. a.) Allen Brücken zwingt der Kräftefluss aus der Belastung Konstruktionslösungen auf, die viele Kunstformwünsche und Entwürfe nicht zulässt.

Die Brandenburgische Ingenieurkammer hat mit dem Landesbaupreis 2002 drei Brückenbauwerke als gelungene Bauwerke ausgezeichnet:

- Luckenberger Brücke in Brandenburg
- Inselbrücke in Potsdam
- Nuthebrücke in Potsdam.

Für das Jahr 2004 ist wieder ein Baupreis für Ingenieure vorgesehen. Die Brandenburgische Ingenieurkammer wird außerdem im Jahr 2004 die große Brückenbau-Ausstellung der Bundesingenieurkammer/Bundesbauministerium in Potsdam realisieren und sie mit Brückenbeispielen des Landes Brandenburg bereichern.

Zur Stärkung der Baukultur – und ihrer Brückenfunktion – sehen wir Ingenieure im Land Brandenburg folgende Aufgaben:

- den Begriff *Initiative Architektur und Baukultur* durch den Begriff *Baukultur* nachhaltig abzulösen, um Breite und Verantwortung aller deutlich zu machen,
- die Diskussion über wichtige bauliche Konzepte – insbesondere öffentlicher Auftraggeber – in interdisziplinären Gremien, die besonders auch mit planenden Berufs-trägern besetzt werden,
- einen Beitrag zu leisten, dass die Gemeinsamkeiten aller Baukulturträger besser koordiniert und verflochten werden,
- die planenden Berufe, als besondere berufliche Verantwortungsträger, einheitlich im gesellschaftlichen Prozess der Baukultur zum Handeln zu bringen,
- die Baukultur im Tagesgeschäft und im Umgang mit anderen Beteiligten nicht untergehen zu lassen,
- die Erzeugung von qualitätsbewussten und kostengünstigen Planungen, deren Prüfung durch Ingenieur-sachverständige sowie deren bauliche Umsetzung zu fördern (Ausführungsüberwachung),
- Architektur und Gestaltung nicht zu wichtig zu nehmen, obwohl bei Ingenieurbauwerken die Gestaltqualität steigerungsfähig ist,
- den Stadtbau als eine bedeutende und prägende baukulturelle Aufgabe der Gegenwart wahrzunehmen und mitzugestalten,
- die Bundes- und Landesförderungen für die Baukultur zu unterstützen,
- den bisherigen Landesbaupreis in einen Ingenieurbau-preis für Bauen und technische Innovation umzugestalten,
- die Ingenieure zu ermutigen, sich stärker in baukulturelle Diskussionen und Problemstellungen einzumischen,
- die Öffentlichkeitsarbeit der Ingenieurkammer stärker auf baukulturelle Aspekte zu richten.

In voller Überzeugung, dass eine positive Wirkung auf die Baukultur und ein erfolgreicher Stadtbau im Land Brandenburg nur erreicht werden kann, wenn alle Verantwortungsträger in den Prozessen auf Gleichberechtigung und Gleichverpflichtung setzen, haben wir die Hoffnung, viele funktions sichere und gut gestaltete *Brücken* und *Verbindungen* herzustellen.

Dem Erfinder- und Entwicklergeist von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern verdanken wir die technischen Möglichkeiten der Zivilisation. Es gilt sie optimal zu nutzen und durch neue Innovationen zu bereichern.

Ingenieurkunst und Ingenieurbauwerke bestimmen unsere gebaute und genutzte Umwelt im Einklang mit anderen materiellen und ideellen Werten der Kunst und Kultur. Daraus erwächst eine große Verantwortung für uns.

Literatur

¹ Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hg.): Statusbericht Baukultur in Deutschland – Ausgangslage und Empfehlungen. Bearbeitung Prof. Dr. Ing. Gert Kähler. Berlin 2001.

Vorhalten, mithalten, nachhalten? – Stadtumbau über Projekte

Marta Doehler

Stadtumbau – Lebensqualität und Gestalt

Gegenwärtig sehen sich zahlreiche Städte der neuen und zunehmend auch der alten Bundesländer einem demografischen Wandel und Wanderungsverlusten sowie einem daraus folgenden Nachfragerückgang nach Wohnungen ausgesetzt. Das führt zu weit reichenden Folgen der Entleerung und Deinvestition im Stadtraum. Mit der Leerstandsproblematik, die nicht allein Wohnungen, sondern auch Industrieflächen, Krankenhäuser, Bahnhöfe und Bahngelände, Militärfelder, Schulen, alte Stadtbäder und viele andere Gebäude- und Flächennutzungen betrifft, wird vor allem eine Krise schwacher Lagen und aus der Nutzung gefallener Bestandstypen offenkundig.

Das sichtbare Resultat der um sich greifenden Leerstände und Baulücken wird in Ostdeutschland seit einiger Zeit recht übereinstimmend *perforierte Stadt* genannt. Der damit beschriebene lückenhafte Zustand städtischer Strukturen greift ein einstmals kompaktes und kohärentes Raum- und Bauprogramm an, in dem die Häuser dicht an dicht standen. Heute unterbrechen größere und kleinere Lücken diesen räumlichen Zusammenhalt. Brandwände drängen sich in das Stadtbild, Hinterhäuser, private Höfe und Gärten werden öffentlich einsehbar.

Die Leerstellen und Leerräume der Städte sind mehr oder weniger ab- und aufgeräumt, oft unkontrolliert und daher zugänglich, jedoch bei weitem nicht öffentlich.

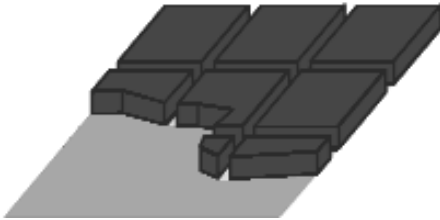
Einfamilienhaus am Kanal, Leipzig
Foto: Frank-Heinrich Müller

Die weitere Auflösung der baulich-räumlichen Nutzungs- und Infrastrukturen scheint vorgezeichnet, wenn niemand das Risiko der Sanierung im Bestand oder eines Neubaus in den Lücken übernehmen wird.

Gewiss gibt es in allen Städten robuste Stadtstrukturen, die hervorragende Aussichten haben, sich selbst als subsistente Nachbarschaften, attraktive Bestände und gute Lagen zu reproduzieren. Aber ebenso klar dürfte sein, dass die schwächsten Bestände und schlechtesten Lagen vor dem Hintergrund einer sinkenden Nachfrage andere Zukunftsaussichten haben.

Die Stadt des 19. und 20. Jahrhunderts entstand in Deutschland und in weiten Teilen Europas durch gründerzeitliche Stadterweiterungen um sehr alte Siedlungskerne und wuchs im Zeitalter der städtebaulichen Moderne des 20. Jahrhunderts zum Kern einer ausufernden Stadtregion heran. Heute flacht das Bedeutungsgefälle zwischen Kern und Peripherie immer weiter ab; die innovativsten und am häufigsten nachgefragten Orte befinden sich eher selten in den Innenstadtkernen und noch weniger in den unter- oder gerade durchschnittlichen Teilen der Erweiterungsgebiete aus der Gründerzeit und aus der Nachkriegsära.

Auf der anderen Seite gibt es die typischen und allseits bekannten Eigenheimangebote, die in technisch-technologischer Hinsicht ausgereift, als Industrieprodukte wettbewerbsfähig sowie durch eingeführte Vermarktungsstrategien und eine staatliche Förderung überaus erfolgreich auf dem Markt platziert werden. In konservativen Wohnmodellen und tradierten Wohnwertorientierungen hat das eigene Häuschen im Grünen quer durch alle Gesellschaftsschichten einen festen Platz. Die Menschen folgen dabei ihrer eigenen Rationalität und ihren kulturellen Wertemustern sowie ihren ganz subjektiven Vor- und Leitbildern. Das herkömmliche Eigenheim hat allerdings seinen „Biotop“ am Stadtrand und im



Rückbau vom Stadtrand



Gliederung im Innenbereich



Erhalt urbaner Kerne

Stadtumland; in seiner städtebaulichen und architektonischen Ausprägung, in Maßstab und Ästhetik scheint es einfach nicht in die verdichteten Lagen der Innenstadt zu passen.

Aber vielleicht geht es auch nicht mehr nur um das Nullachtfünfzehn-Einfamilienhaus mit vier Ecken und einem Dach am Stadtrand, wo der Eigenheimer drum herumlaufen kann. Es gibt zunehmend neue Ansprüche der Menschen im 21. Jahrhundert, die eine Modernisierung dieses Bautyps und Industrieprodukts erforderlich machen könnten. In seiner Ausgabe 17/2002 meldet der Spiegel unter der Überschrift „Strip für die Forschung“, dass sich der Körperbau des Wohlstandsmenschen rapide verändere und daher viele Kleidergrößen nicht mehr zum Durchschnittskunden passten. In Großbritannien würden deshalb die Bürger neu „vermessen“.

Was für die Kleidung zutrifft, könnte auch für das Wohnen gelten: Da sind veränderte Haushaltstrukturen und massive demografische Veränderungen in der Gesellschaft zu verzeichnen. Single- und Zweipersonenhaushalte sind ebenso weit verbreitet wie Patchworkfamilien. Neue Ansprüche aus der Arbeitswelt erfordern den *flexiblen* und *mobilen* Menschen. Computer erobern selbst in der privaten Sphäre ihren Raum, sei es als zusätzlicher Arbeitsplatz, als Büro für persönliche Angelegenheiten oder als moderner Spielplatz für die ganze Familie. Nicht zu vergessen, dass in einer älter werdenden Gesellschaft der Selbstständigkeit der Menschen bis ins hohe Alter häufig lange Phasen einer umfassenden Pflegebedürftigkeit folgen.

Es wächst allseits die Erkenntnis, dass stadtkompatible zeitgemäße Eigenheime neuer Funktionalität und Ästhetik dringend gebraucht werden. Sobald in Zeiten des Wohnungsüberhangs der selbst bestimmten Optimierung des Lebensortes und der Wohnqualität kaum

Grenzen gesetzt sind, solange der verbreitete Wunsch nach dem traditionellen Eigenheim auf herkömmlichen suburbanen Standorten realisiert wird und wenn die durchaus vorhandenen Freiraumpotenziale in inneren Stadtlagen unansehnliche Lücken und Brachen bleiben und keine Neuinterpretation als zeitgemäße Wohnstandorte erfahren, werden die physisch und/oder moralisch verschlissenen Produkte des Massenwohnbaus des 19. und 20. Jahrhunderts in Ziegel- oder Plattenbauweise dem weiteren Leerstand anheim gestellt und zu einer Vernachlässigung, Verwahrlosung, ja Aufgabe von Stadtquartieren führen müssen.

In den Städten der neuen Bundesländer ist die Frage der Reproduktion der vorhandenen Mehrfamilienhaussubstanz und der Transformation städtischer Strukturen angesichts des Wohnungsleerstandes im Geschosswohnungsbau akut auf die Tagesordnung gerückt. Für neue Lebensmuster und Wohnmodelle müssen die städtebaulichen Randbedingungen – gemeint sind entsprechende Lagefaktoren und Standortqualitäten – geschaffen und gegen ein mächtiges Schema vermittelt werden. Dahinter verbergen sich hohe Anforderungen an die Entwicklung und Planung für die Lücken und Leerstände, die es ja in einer perforierten Stadt im Überfluss gibt. Mitten in der Stadt zu wohnen, dort, wo die Schulen sind, die Straßenbahn vorbeifährt, die Ladengeschäfte nach Kunden suchen, und gleichzeitig die überschaubaren Qualitäten des eigenen Hauses zu genießen, also „vorn die Ostsee und hinten die Friedrichstraße“ zu haben – das müsste sich doch als hochwertiges Produkt vermitteln und vermarkten lassen!

Wer da behauptet, Einfamilienhäuser wären untaugliche Stadtbausteine für innerstädtische Lagen, muss sich nur in den ältesten Teilen unserer Innenstädte umschauen oder den Blick westwärts über die Grenze, in die Niederlande oder nach Großbritannien richten. Selbst



Prototypen und Produkte Einfamilienhäuser



Werkstatt-Häuser



Sommer- und Winter-Häuser



Single-Häuser



Patchwork- familien-Häuser



Gäste-Häuser



Bastel-Häuser



Omi-Häuser



Garten-Häuser

in New York City wird ein Schwerpunkt der Stadterneuerung, Revitalisierung und sozialen Stabilisierung der Nachbarschaft durch *small scale units* im Eigentum der Bewohner gesetzt.

Voraussetzung für eine Ansiedlung der bislang peripher verorteten Lebensstilgruppen ist freilich, dass man im auseinander brechenden Raumkontinuum der

europäischen Stadt und an den Rändern der Siedlungsstadt *Cluster* für sozial überschaubare Nachbarschaften organisieren und erfreuliche Zukunftsaussichten vermitteln kann. Immerhin binden sich Käufer für lange Zeit an einen Standort, wollen „Eigenheimer“ unter sich sein und streben „geordnete Verhältnisse“ an. Um dem eben dadurch erzeugten Sozialstress zu entkommen, brauchen sie andererseits eine visuelle Großzügigkeit und Auslauf gleich hinter der Haustür. Hier muss der Blick von der eigenen Wohnterrasse über eine grüne Kulisse schweifen können, von hier aus möchte man mit dem Hund spazieren gehen, mit der Freundin joggen, mit den Kindern Rad fahren und seine Ruhe haben – warum sonst sollte man sich ein Haus kaufen!

Um solcherart neue Lagefaktoren zu schaffen, deutet sich eine umfangreiche und überaus anspruchsvolle Gestaltungsaufgabe an. Von zentraler Bedeutung ist, welche Qualität *Landschaft* unter den Umständen der kleinteilig parzellierten Stadt und der großformatigen Industrie- und Gewerbebrachen annehmen kann.

Dauerhafte stadtstrukturelle Veränderungen müssen gut platziert, bewusst entschieden und aufwändig erworben und entwickelt werden. Vermutlich steht vor dem Hintergrund knapper öffentlicher Mittel daher nur im Ausnahmefall eine Vergrößerung des öffentlichen, sprich durch die Stadt zu unterhaltenden Raumsystems mit Schmuckplätzen und Stadtparks zur Debatte.

Wenn solche Entlastungsräume für dicht genutzte Stadtquartiere nicht mehr gebraucht werden, können viele Flächen weniger intensiv gestaltet und vielleicht auch nur temporär in Nutzung genommen werden. Sie würden dann eher extensiv unterhaltenen Land- und Forstwirtschaften gleichen. Als Anregung können Kulturtechniken und industrielle Landschaftsbautechnologien dienen, die in Mitteldeutschland bei der Rekultivierung von Braunkohleflächen genutzt werden.

Das Leipziger Jahrtausendfeld, bei dem auf herbeigeschaffenem Mutterboden von der Schkeuditzer Flughafen-erweiterung mitten im Leipziger Stadtteil Plagwitz auf einer Fläche der Treuhand Liegenschaftsgesellschaft (TLG) Getreide ausgesät wurde, verdeutlicht einen solchen Zugang. Für den altindustriellen Stadtteil Plagwitz inmitten von Leipzig war die Aktion das Ereignis der Saison und ist bis heute ein anhaltender Qualitätsgewinn, Promotion für den Standort und Inspiration für andere Formen ungewöhnlicher Flächennutzungen.

Vielleicht kann die Internationale Bauausstellung (IBA) Emscherpark als Referenz dienen, wo über innovative Konzepte und einen agilen Vermittlungsprozess die Bereitschaft für eine völlig neue Aneignung von Altindustrieflächen geschaffen wurde, die bis dahin wohl nur der Trendsetter als interessant, anregend oder gar schön erfahren haben dürfte.

Vorläufiges Fazit: Für eine Stadt, die nicht ganz voll und an manchen Stellen sogar ziemlich leer ist, die kleine und manchmal recht große Lücken hat, in der die private Risikobereitschaft erlahmt und die Banken misstrauisch sind, müssen definitiv neue Lesarten, Experimente und Pilotvorhaben her, um die Stadt weiterhin ertragen, bewirtschaften und lieben zu können. Das Wohnen sollte dazu gehören.

Quartier Cottbus-Sachsendorf/Madlow Architekt: Frank Zimmermann Foto: Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft e.G. Cottbus

Frank Zimmermann

Nachhaltige Inselprojekte – ein Rückbau- beispiel in Cottbus-Sachsendorf/Madlow

Städtebauliche Situation

Die Großsiedlung Sachsendorf/Madlow ist mit 12000 Wohnungen das größte industriell errichtete Wohngebiet des Landes Brandenburg und größter Cottbuser Stadtteil.

Die drei elfgeschossigen Wohnhochhäuser Theodor-Storm-Straße 6, 8 und 9 markieren mit weiteren drei Hochhauspaaren die südliche Grenze des Stadtteilzentrums und bilden den Übergang in das als „Grüne Mitte“ bezeichnete Kleinsiedlungsgebiet im Zentrum der Großsiedlung Sachsendorf/Madlow.

Dieser Siedlungsteil war nach den Bebauungsplänen mit den Sortimenten des industriellen Wohnungsbaus verdichtet überplant worden. Durch den Widerstand der privaten Gebäudeeigentümer und die sich in den 1980er Jahren abzeichnenden veränderten Rahmenbedingungen in der Wohnungspolitik entwickelte sich das Paradoxon, dass das geografische Zentrum einer Großsiedlung des industriellen Wohnungsbaus durch ein „Einfamilienhausgebiet“ geprägt ist.

Die ursprüngliche städtebauliche Idee zur Ausbildung der südlichen Zentrumsseite mit giebelständigen Hochhauspaaren entlang der Gelsenkirchener Allee wurde jedoch auf diesem Grundstück durch so genannte Nachverdichtung – das Hinzufügen des Gebäudes Theodor-Storm-Straße 9 – gestört.

Mit der Errichtung des Hochhauses Theodor-Storm-Straße 9 wurde nicht nur die ideelle Grenze zwischen dem urbanen Stadtteilzentrum und der individuellen Siedlung überschritten, sondern es wurden auch städtebauliche Missstände – infolge von Unterschreitungen baulicher Mindestabstände und hoher baulicher Ver-

dichtung – hervorgerufen, welche die Wohnqualitäten nachhaltig stören.

Vermietungsprobleme

Vor dem Hintergrund unausgewogener Wohnungsstrukturen und des allgemeinen Bevölkerungsrückgangs in der Großsiedlung sind insbesondere Wohnhochhäuser von strukturellen Leerständen überproportional betroffen. Dramatische Leerstandszuwächse sind seit dem Jahr 1997 zu verzeichnen, wobei der Leerstandszuwachs nahezu proportional mit dem Bevölkerungsverlust im Stadtteil verläuft. Von insgesamt 152 Wohnungen in den drei Gebäuden waren zum Zeitpunkt konzeptioneller Voruntersuchungen Ende 1998 nur 100 Wohnungen belegt (Leerstandsrate 34 Prozent!).

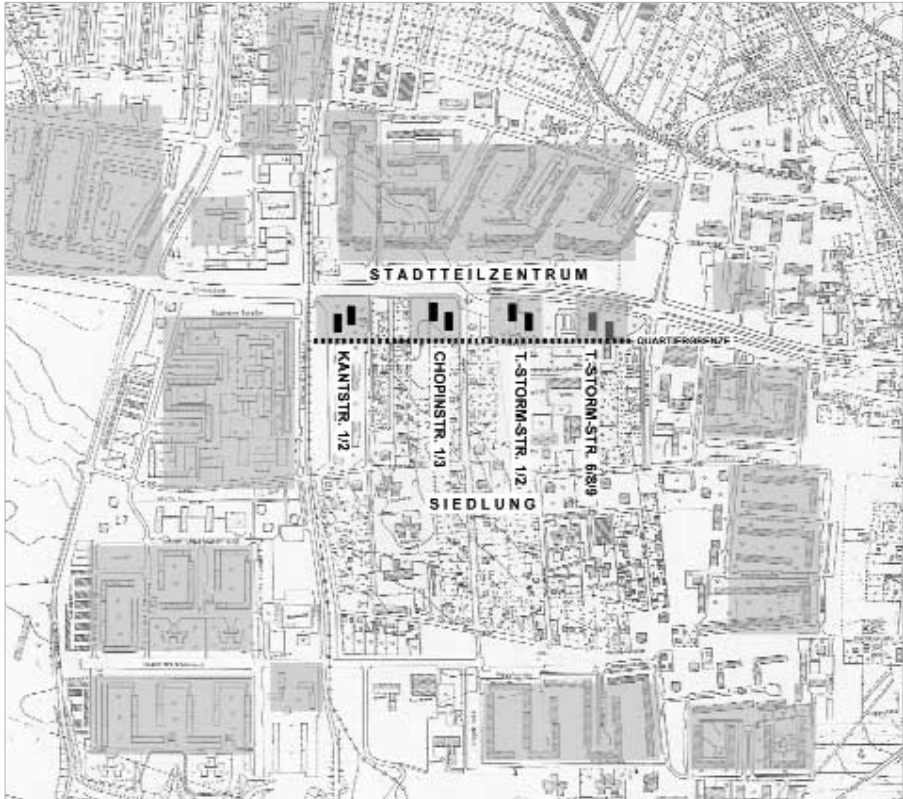
Planungsansatz

Die zwei giebelständigen Gebäude (Theodor-Storm-Straße 6 und 8) wurden im Sinne des „Ensembleschutzes“ für die Stabilität der Zentrumsseite umfassend modernisiert und instand gesetzt.

Durch den behutsamen Teilrückbau des Wohnhochhauses Theodor-Storm-Straße 9 im Zusammenhang mit dem Neubau zwei- und dreigeschossiger Wohngebäude entstand eine genossenschaftliche Wohnanlage, welche im städtebaulichen Sinne den Übergang vom hochverdichteten Zentrum zum Kleinsiedlungsgebiet bewältigen soll.

Die konzeptionelle Idee stützt sich auf die weitestgehende Erhaltung der stadtechnischen Versorgung und des Kellergeschosses für die zentralen haustechnischen Anlagen und die Abstellflächen außerhalb der Wohnungen.

Mit der Wiederverwendung von rückgebauten Bauelementen sollte die Werthaltigkeit (Baualter ca. 20 Jahre) der Stahlbetonbauteile genutzt werden, um – trotz



Städtebauliche Situation, Großsiedlung Cottbus-Sachsendorf/Madlow

individueller Qualität – besonders preisgünstigen Wohnungsbau herstellen zu können.

Die Außenwandkonstruktionen, bestehend aus Außen-

wand- und tragenden Innenwandelementen, wurden mit partiellen Zusatzdämmungen ausgerüstet und mit leichten individuellen Fassaden komplettiert, ohne das



typische Erscheinungsbild von „Plattenbauten“ aufzugeben. Die insgesamt fünf Teilgebäude sind jeweils individuell strukturiert und verfügen über insgesamt 13 Etagenwohnungen und Maisonetten unterschiedlicher Größen und Kombinationen mit insgesamt 1 050 m² Wohnfläche.

Die Wohnungsstrukturen der Bestände der Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaft „Stadt Cottbus“ e.G. (GWG) – in der Großsiedlung – derzeit durch 2,5-RWE (Wohneinheiten mit zweieinhalb Räumen) geprägt – werden damit um ein Angebot von ZSwei- bis Fünfraumwohnungen (59 bis 114 m² Wohnfläche) für unterschiedlicher Wohnbedürfnisse erweitert. Die Nachfrage hat das Angebot nach der Realisierung der Wohnungen weit übertroffen.

Die geplante, mäanderartig versetzte Bebauungsstruktur soll in Verbindung mit der terrassierten Geländemodellierung gegenseitige Verschattungen reduzieren, freie Blickbeziehungen in den umliegenden Grünraum sichern und das zur Verfügung stehende Baugrundstück optimal auslasten, da wohnungsnah Freiflächen in Form von Gärten den Wohnungen direkt zugeordnet werden.



Baukosten und Finanzierung

Nach Bereinigung der Bruttogesamtkosten durch den Demontageanteil nicht zur Wiederverwendung vorgesehener Betonfertigteile und grundstücksbedingter Herstellungsaufwendungen wurden reine Baukosten (Kostengruppen 300/400 brutto) von unter 2000,- DM/m²

oben: Fußgängerzone, Quartier Cottbus- Sachsendorf/Madlow

unten: Innenhof Fotos: Büro Zimmermann

Wohnfläche erreicht. Der Kostenansatz vergleichbarer Neubauten wird unterschritten.

Für die Komplexität von Rückbau bei gleichzeitiger Wiederverwendung und Verringerung von altschuldenbelasteten Wohnflächen waren neue integrative Förderkonzepte zu entwickeln:

Zuschuss für den kompletten Rückbau:

- KfW - Darlehen (Kreditanstalt für Wiederaufbau)
- ILB - Darlehen (Investitionsbank des Landes Brandenburg)
- Investitionszulage
- Ausnahmeregelung zum Erlass von Altschulden.



Modell, Quartier Cottbus-Sachsendorf/Madlow

Der Gebäudekomplex – ebenso wie der beispielhafte Rückbauprozess – verdeutlichen die sozialen, ökonomischen und ökologischen Dimensionen des Baukulturbegriffs. Die Erfolgskomponenten des preisgekrönten Projektes gründen auf Kooperation und Wagemut der Bauherren, Entwurfskompetenz und Überzeugungskraft-



Quartier Cottbus-Sachsendorf/Madlow

Foto: Elisabeth Winzer Cottbus

des Architekten, konstruktivem, bautechnischen Fachverstand und intelligentem Recycling der Platte, einem integrativen, kreativen Finanzierungskonzept sowie nicht zuletzt auf der Vielfalt und der Qualität von Wohnform und Wohnumfeld.

Baukultur – ein Mehrwert für Brandenburg

Thomas Drachenberg

Nicht nur das Schöne ist Baukultur, sondern auch das Bemerkenswerte

Was ist eigentlich Baukultur aus denkmalpflegerischer Sicht? Man könnte sich die Beantwortung der Frage leicht machen und sagen: die Denkmale! Aber das ist natürlich stark verkürzt und wird dem weit gefächerten Begriff der Baukultur nicht gerecht. Tatsächlich sind die Denkmale aber ein wichtiger Bestandteil, vielleicht auch die Grundlage für Baukultur bzw. das Ergebnis von Baukultur. Sie sind nicht nur schön und positiv besetzt, sondern müssen bemerkenswert sein: Bemerkenswert ist aber auch Unbequemes.

Die Denkmalpflege besteht dabei auf der historischen Substanz als Träger des Denkmals, also der Baukultur. Wir haben heute oft mit Plagiaten und Kopien zu tun, die nichts über das Original sagen, sondern ein Bild vom Original erzeugen – ein Bild, das darüber Auskunft gibt, wie man sich das Original vorgestellt hat. Diese Kopien können sehr qualitativ sein und wiederum zum Denkmal werden. Damit ist dann wieder die Substanz geschützt: Denken Sie an die Altstädte von Münster und Warschau, deren Stadtregierungen in den 1950er Jahren nach Erinnerungen und alten Plänen und Fotos die völlig zerstörten Innenstädte wieder aufbauten und damit heute ein qualitativvolles Zeugnis darüber abgeliefert haben, wie sich die 1950er Jahre eine gewachsene Stadt vorstellten. Diese Städte sind zu Recht Denkmale des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg und ein Teil unserer Baukultur. Aber nicht allein die Substanz

ist für die Denkmalpflege unabdingbar. Wir müssen die Baukultur der Vergangenheit mit ihren hochpolitischen Aussagen verstehen: Wir müssen den ideellen Gehalt der Baukultur erkennen, erst dann können wir verantwortlich damit umgehen. Ich möchte Ihnen drei Beispiele nennen:

- Josef Bischof, der 1919 bis 1925 amtierende Baustadtrat in Luckenwalde, vertrat mit dem gesamten SPD-dominierten Magistrat die Meinung, dass u.a. der Erste Weltkrieg deswegen verloren ging, weil so viele Mietskasernen in Deutschland stehen und die Arbeiterschaft ungesund leben würde. Er zog daraus ganz im Zeitgeist die Konsequenzen: An den Stadträndern wurden Gartenstädte in der Einheit von Landschaft und Wohnen errichtet. Bischof plante für Luckenwalde gleich zwölf und realisierte mitten in der Weltwirtschaftskrise drei. Was sagt das heute noch dem Besitzer eines Hauses in einer Siedlung, die längst kein gemeinsames organisatorisches Dach mehr hat und aus lauter misstrauischen Hauseigentümern besteht?
- Bruno Taut verzweifelte, als er in Berlin mit ansehen musste, wie die Leute seine Siedlungen in Besitz nahmen und eben nicht so reagierten, wie es von ihm geplant war. Sie nahmen die plüschigen und verschnörkelten Garnituren einfach mit und kümmerten sich nicht um die Visionen vom „Neuen Wohnen“, die eine neue Gesellschaft bringen würde.
- Als das Stadttheater in Luckenwalde, ein Bau der ausgehenden 1920er Jahre mit klaren Linien und expressionistischer Farbigkeit, Mitte der 1990er Jahre restauriert und auch die Innenfarbigkeit nach Befunden der Erbauungszeit wieder hergestellt und die Brauntöne der 1970er Jahre verschwunden waren, bedurfte es einer diplomatischen Großoffensive, um das Aufhängen der großblumigen Gardinen aus den Siebzigern zu verhindern, die in die klare Struktur gehängt werden

Stadttheater und Schule, Luckenwalde Foto: Dieter Möller

sollten. Wir müssen die historische Baukultur nicht nur verstehen, sondern auch ihre Zeitbezüge und ihre Grenzen. Sie darf nicht unwissend verscherbelt aber auch nicht zum Heiligtum werden.

Wer kümmert sich um die Pflege der Baukultur? Ich könnte mich nun mit breitem Rücken hinstellen und einfach sagen: wir von der Denkmalpflege, wer sonst? Das stimmt natürlich nur zu einem kleinen Teil. Wir sind oder müssen Teil eines breiten Netzwerks sein, das sich um die bereits gebaute und noch entstehende Baukultur kümmert.

Wir müssen die Auseinandersetzung um die Erhaltung der Baukultur, auch unbequemer Baukultur, führen. Das ehemalige Konzentrationslager Ravensbrück gehört genauso dazu wie die Kasernen in Jüterbog II. Die Brandenburgische Technische Universität (BTU) Cottbus erarbeitet zurzeit eine Studie zu den Resten der Berliner Mauer und verwendet den Begriff *Kulturlandschaft* dafür. Wir brauchen einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Wissen und Gespür für Baukultur muss vermittelt werden, sonst kämpfen wir, belächelt in der Diaspora der Beliebigkeit der Gewerbegebiete und Baumärkte, für Dinge, die keiner mehr versteht. Wer kann heute noch das ikonografische Programm in einer Kirche lesen? Expertenwissen und das Wissen des so genannten Laien müssen sich durchdringen.

Die Denkmalpflege ist zwar in Preußen seit spätestens 1843 institutionalisiert. Sie vertritt damit bis heute ein öffentliches Interesse mit tagtäglichen Abwägungen aller Belange zur Entscheidungsfindung. Sie braucht aber auch das Feuer der Öffentlichkeit. Behördliches Handeln allein, ohne den gesellschaftlichen Konsens, lässt uns zur Polizeibehörde verkommen, die für etwas eintritt, das niemand mehr versteht.

Baukultur, Denkmalpflege, Stadtbau, Stadtrückbau, Schrumpfung – das sind Begriffe, die uns in den nächs-

ten Jahren beschäftigen werden. Die Stadt Guben hat von wissenschaftlicher Seite gesagt bekommen, dass sie bei der momentanen Abwanderungsrate nicht mehr lange existieren wird. Das ist kaum glaubhaft, doch werden manche Dörfer wie im Mittelalter Wüstungen werden, mit denen sich in 50 Jahren die Archäologen beschäftigen müssen. Angesichts dieses unwirklichen Szenariums müssen wir Geschichte nicht über-, sondern weiterschreiben, trotz Schrumpfung, trotz Rückbau. Berlin ist ein Beispiel, wie Geschichte immer wieder überschrieben wurde. Oftmals wurde bedenkenlos abgerissen. Sobald nicht um des Neubaus willen gewachsene Qualität abgerissen wird, sobald mit der gebauten Qualität verantwortungsbewusst umgegangen wird, möchten wir unsere Kompetenzen als Denkmalpfleger einbringen. Wir sehen unsere Aufgabe darin, die Werte der vergangenen Baukultur auszuweisen, bewusst zu machen, zu erhalten und in die Diskussion für eine zukünftige Baukultur zu bringen. Wir müssen diesen Prozess steuern. Bei dieser Steuerung muss die Bewertung der Substanz und der Struktur eine wichtige Rolle spielen. Und sollte der Fall eintreten, dass etwas sehr Wichtiges aus anderen Gründen abgerissen werden soll, vielleicht weil es in absehbarer Zeit keinen Nutzer geben wird, dann muss man an einzelnen Stellen auch den Mut zur unfer-tigen Stadt haben: Es ist besser, einmal etwas gesichert stehen zu lassen und der nächsten Generation zu über-tragen, als es unwiederbringlich abzureißen.

Wir bedauern heute, dass Friedrich Wilhelm I. im frühen 18. Jahrhundert die Marienkirche auf dem Harlunger Berg in Brandenburg an der Havel abreißen ließ, da man damals keine andere Möglichkeit der Baumaterial-gewinnung sah. Wenn uns das bewusst wird, sind wir der Reparaturgesellschaft ein Stück näher gekommen.

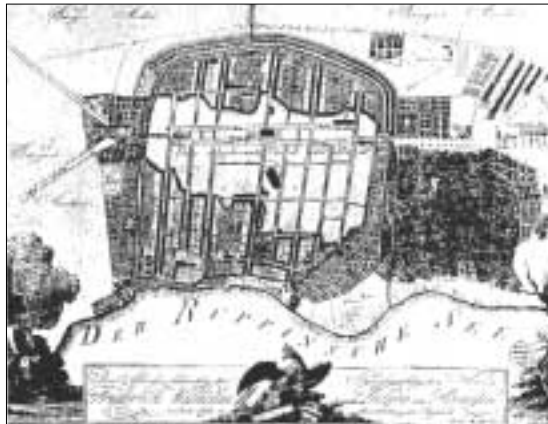
Arne Krohn

Baukultur als Antriebskraft für die Stadtentwicklung – Neuruppin 2006

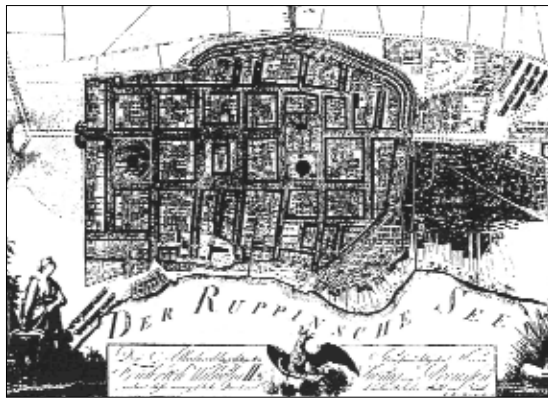
Die Fontane-Stadt Neuruppin bezieht sich bei dem Formulieren ihrer Entwicklungsziele auf die städtebaulichen Wurzeln ihrer Vorgängergenerationen. Der Titel unseres Stadtentwicklungskonzeptes lautet daher „Neuruppin 2006“. Diese Bezeichnung ist nämlich nicht nur der Ausblick auf eine mittlerweile immer näher kommende Jahreszahl, sondern vor allem auch Erinnerung an bedeutende Ereignisse der Stadtgeschichte: Im Jahre 1256 wurde dem Örtchen Neu Ruppין das Stendaler Stadtrecht verliehen. Im Jahr 2006 wird das 750 Jahre zurückliegen. Außerdem wird sich im gleichen Jahr zum zweihundertsten Mal der Abschluss des Wiederaufbaus unserer Stadt (1806) nach dem verheerenden Stadtbrand von 1787 jahren. Dieser Wiederaufbau fasziniert uns noch heute in seiner Klarheit, seiner gestalterischen Qualität, aber auch in seiner organisatorischen Abwicklung durch die damalige preußische Bauverwaltung.

Die vor mittlerweile zwei Jahren veröffentlichten Forschungsergebnisse von Ulrich Reinisch¹ haben uns sehr interessante Einblicke in das Procedere einer städtebaulichen Großtat, aber auch in das Wechselspiel zwischen politischen Einflüssen, sozialen Ansprüchen, finanziellen Möglichkeiten, staatlichen Subventionen, bürokratischen Steuerungen und philosophischen Reflexionen gewährt. Die Beschäftigung mit diesem interessanten Thema hat uns angeregt, die heutigen Ansprüche an die Stadtentwicklung sehr sorgfältig und vor allem nachhaltig unter Beachtung unseres großartigen städtebaulichen und architektonischen Erbes zu formulieren.

Pfarrkirche in Neuruppin. Foto: Arne Krohn



Stadtplan 1787 nach dem Brand
Zeichnung: Bernhardt Matthias Brasch



Plan der wieder zu errichtenden Stadt 1787
Zeichnung: Bernhardt Matthias Brasch

Aus diesem Grunde haben wir als Erstes eine übergreifende Vision entwickelt, die ein idealtypisches Bild der Stadt in der mittelfristigen Zukunft darstellt.

Hierbei beziehen wir uns auf drei wesentliche Entwicklungsbereiche, welche die Gesamtstadt, die mit einer Gesamtfläche von 330 km² zu den größten Städten Deutschlands zählt, klar spezifizieren. Es handelt sich hierbei um die Bereiche: Landschaft und Dörfer, Altstadt, Stadtränder.

Für diese drei Teilbereiche wurden folgende Entwicklungsziele formuliert, die für die weiteren Planungen zugrunde gelegt werden sollen:

Landschaft und Dörfer

- Erhalt der typisch brandenburgischen Dorfformen;
- Sicherung der Sozialstruktur in den Ortsteilen;
- Sicherung der agrarischen Wirtschaftseinrichtungen;
- Stärkung von Vermarktungsmöglichkeiten für regionale landwirtschaftliche Produkte;
- Erhalt des Naturraums und Landschaftsbildes;
- Sicherung der Mobilität der Bewohner durch verbesserte Angebote im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) u.a.m.

Altstadt

- Stärkung der Innenstadt als Herz und Motor der Gesamtstadt;
- Erhalt der gestalterischen Qualität der Gebäude und des öffentlichen Raums;
- Sicherung des Wirtschafts- und Wohnstandortes, Mobilisierung von privaten Initiativen zum Stärken des Innenstadtstandortes u.a.

Stadtränder

- Innenentwicklung vor Außenentwicklung: die vorhandenen ehemals militärisch, gewerblich und industriell

genutzten Brachflächen für städtische Funktionen entwickeln und dadurch den unzersiedelten Landschaftsraum erhalten;

- durch geeignete Maßnahmen im z.T. erheblich zersiedelten und nicht öffentlich durchquerbaren Stadtrandbereich gut gestaltete Wegeverbindung zwischen der Innenstadt und dem sie umgebenden Naturraum etablieren;
- Entwicklung attraktiver Wohnstandorte in Altstadtnähe und direkt am Ruppiner See;
- Stadtentwicklung durch Konversion militärischer Brachflächen (Bildung, Verwaltung, Forschung);
- Entwicklung eines regionalen Verkehrsknotenpunktes am Bahnhof Neuruppin West.

Schlüsselprojekte

Während der Entwicklung dieses Leitbildes war allen Beteiligten klar, dass eine grob formulierte Vision niemals in allen Punkten erreicht werden kann. Es konnte jedoch vereinbart werden, dass diese Vision als Entwicklungsziel und Fahrplan in die Zukunft bei der Entscheidung über konkrete Arbeitsschritte eine wichtige Voraussetzung ist. Sie wurde daher in einer Stadtverordnetenversammlung auch einstimmig als Grundlage der Stadtentwicklung beschlossen. Gleichzeitig wurde festgelegt, dass geeignete Schlüsselprojekte definiert werden sollen, die eine möglichst große Schubkraft entwickeln, mit der die Gesamtstadt dem Bild der Vision möglichst nahe kommen kann.

Weiterhin wurde vereinbart, dass keine Maßnahmen entwickelt und weiterverfolgt werden sollen, die das Erreichen des Entwicklungszieles erschweren oder durch ihre Wirkung gar verhindern könnten. Im Rahmen der Konzepterarbeitung wurde auch die Neuruppiner Bevölkerung umfassend in die Diskussion miteinbezogen. Es fand eine große Ausstellung in der damals noch

brachliegenden Pfarrkirche statt, in der die Entwicklungsziele dargestellt waren. Gleichzeitig wurden auch Aktivitäten im Rahmen der lokalen *Agenda 21* entwickelt. Nach einer umfassenden Diskussion wurde schließlich im Jahre 1998 das Konzept Neuruppin 2006 beschlossen. Zehn Schlüsselprojekte wurden definiert, die seitdem in der politischen Diskussion und auch in der Investitionstätigkeit der Stadt Neuruppin einen festen Ausdruck gefunden haben:

Pfarrkirche und Kongresszentrum

Die Pfarrkirche ist mittlerweile als Kultur- und Kongresszentrum fertig gestellt und erfreut sich als Veranstaltungstätte in Neuruppin ständig wachsender Beliebtheit. Das dazu vorgesehene Kongresshotel befindet sich in der Planungsphase. Bei entsprechender Fördermittelbewilligung soll der Hotel-Komplex mit ca. 130 Zimmern im Jahre 2005 fertig gestellt sein.

Bahnanschluss und Bahnhöfe

Mit der Inbetriebnahme des Prignitz Express konnte eines der von der Stadt Neuruppin maßgeblich geforderten und auch geförderten Verkehrsprojekte in einem wesentlichen Teilabschnitt realisiert werden. Gleichzeitig ist es der Fontane-Stadt gelungen, mit dem Bau eines neuen Bahnhofs die Voraussetzung für die Vertaktung mit anderen Bahnlinien und dem Regionalbusverkehr zu schaffen sowie die Verknüpfung mit dem Individualverkehr vorzubereiten. Was jedoch noch aussteht und zwingend erreicht werden muss, ist die endgültige Durchbindung des Regionalexpresses ins Stadtzentrum von Berlin, zum Lehrter Bahnhof. Dieses Ziel ist noch nicht erreicht und hierzu bedarf es auch enormer Kraft-

anstrengungen, die von der Stadt Neuruppin allein kaum erbracht werden können. Hier sind ebenfalls der Landkreis, weitere Kommunen, das Land und auch der Bund gefordert.

Bollwerk und Uferpromenade

Der berühmte Bereich, an dem die Altstadt auf den See trifft, ist bereits mit Städtebaufördermitteln und auch GA-Mitteln (Förderprogramm: Gemeinschaftsaufgabe Aufschwung Ost) saniert worden. Dieser Bereich ist das touristische Highlight der Stadt Neuruppin.

Platz am Alten Gymnasium

Mit dem Bau des Schulplatzes, der Fußgängerzone, der damit einhergehenden Investition der Bilderbogenpassage und des Trend-Kaufhauses konnte im so genannten Citykarree der Innenstadt eine wesentliche Stärkung für Handel und Gewerbe erreicht werden. Trotz aller nach wie vor vorhandenen wirtschaftlichen Probleme findet in diesem Bereich der Altstadt von Neuruppin das gewerbliche Leben statt, z.B. an den vier Wochenmarkttagen.

Seetorviertel

Das Seetorviertel ist das wichtigste Entwicklungsgebiet der Stadt Neuruppin. Hier befindet sich der Standort für das geplante Viersternehotel mit angeschlossenem Gesundheitsbad. Gleichzeitig sollen hier touristische Infrastrukturen, wie Marina, Parkhaus für die Altstadt, sowie weitere Freizeiteinrichtungen entstehen.

Regattastraße und Wassersportzentrum

Dieser Bereich schließt sich südlich an das Bollwerk an und ist vorrangig für den Neuruppiner Wassersportverein zu entwickeln. Viele Investitionen sind hier bereits abgeschlossen (Landesleistungszentrum, Jugendsegelsport, Ruderclub, Kanuclub, u.a.). Weitere Planungen,

die eine stärkere Öffnung für die Öffentlichkeit herbeiführen, müssen noch umgesetzt werden.

Wohnumfeldverbesserung im Geschosswohnungsbau

In den Neuruppiner Plattenbausiedlungen hat immerhin fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung sein soziales Umfeld. Das Leerstandsproblem stellt sich aufgrund rechtzeitig begonnener Sanierungen und der Wohnumfeldgestaltung in diesem Bereich im Gegensatz zu vielen anderen Plattenbausiedlungen Brandenburgs hier nicht. Die Siedlung ist nach wie vor ein gefragter Wohnstandort, Rückbauten werden erst mittel- bis langfristig notwendig und können demzufolge sorgfältig vorbereitet werden.

Schlossinsel Alt Ruppin

Die Schlossinsel ist eine der wesentlichen Freiflächen des Ortsteiles Alt Ruppin. Hier soll durch eine touristische Infrastruktur (Bollwerk mit Dampferanlegestelle, Ruderclub, Badeanstalt, parkähnliche Anlage u.ä.) das Ortszentrum von Alt Ruppin gestärkt werden.

Ehemalige Panzerkaserne

Das Areal wurde in den 1930er Jahren für die Wehrmacht errichtet und nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Rote Armee weiter genutzt. Nach dem Wegfall der militärischen Nutzung konnte dieses Gebiet zu einem Bildungsstandort weiterentwickelt werden. Mittlerweile sind dort das *Oberstufenzentrum des Landkreises*, das *Technologie- und Gründerzentrum Neuruppin* und die *Ländliche Erwachsenenbildung Ostprignitz-Ruppin* beheimatet. Es bestehen Pläne, weitere Bildungseinrichtungen bis hin zur Etablierung einer Fachhochschule anzusiedeln.



- 1 Pfarrkirche und Kongresszentrum
- 2 Bahnanschluss und Bahnhöfe
- 3 Bollwerk und Uferpromenade
- 4 Platz am Alten Gymnasium
- 5 Seeortviertel
- 6 Regattastraße und Wassersportzentrum
- 7 Wohnfeldverbesserung im Geschosswohnungsbau
- 8 Schlossinsel Alt Ruppin
- 9 Panzerkaserne
- 10 Flugplatz

Luftfoto Schlüsselprojekte, Institut Raum und Energie, Hamburg, Greifswald, Neuruppin

Ehemaliger Militärflugplatz

Auch diese militärische Liegenschaft wurde nach der Wende in Zivilverwaltung übergeben. Neben der Umnutzung der Kasernen für Wohnzwecke, der Nachnutzung einiger der bestehenden Shelteranlagen für gewerbliche Zwecke, der Ansiedlung eines Segelflugplatzes sowie der Trassenführung der Westachse, einer Ortsumgehung für die Neuruppiner Innenstadt, werden weite Bereiche dieser Immobilie dem Naturraum zurückgegeben.

Wie Sie der Auflistung und den Angaben zu den einzelnen Projekten entnehmen können, sind große Teile dieser zehn Schlüsselprojekte bereits fertig gestellt bzw. haben einen weiten Realisierungsstand erreicht. Es hat sich also herausgestellt, dass der damalige breite Konsens einer übergreifenden Vision und das Definieren dieser Schlüsselprojekte in ihrem Wechselspiel eine starke Stadtentwicklung bewirkt haben. Obwohl das Jahr 2006 noch nicht erreicht ist, befinden wir uns gegenwärtig bereits bei der Überarbeitung unseres städtebaulichen Leitbildes, um den Schwung der bisherigen Entwicklungsschritte auszunutzen. Das neue Leitbild, welches einen Zeithorizont bis 2015 abdecken soll, wird sich dann stärker sozialen und prozessorientierten Schwerpunkten widmen. Die Zeit der großen Investitionen neigt sich aufgrund der geringer werdenden Finanzmasse, aber auch der sinkenden Einwohnerzahlen deutlich dem Ende entgegen. Es wird in den nächsten Jahren zunehmend darauf ankommen, den vorhandenen Bestand am Kulturgut Stadt so zu strukturieren, dass er auch im 21. Jahrhundert noch bestehen kann.

Literatur

¹ Ulrich Reinisch: Der Wiederaufbau der Stadt Neuruppin nach dem großen Brand von 1787 oder Wie die preußische Bürokratie eine Stadt baute. Wernersche Verlagsgesellschaft Worms 2001.

Elke Pahl-Weber

Stadtmauern im Kopf einreißen – das regionale Entwicklungskonzept Ueckermünde – Torgelow – Eggesin

Im aktuellen Diskurs über Baukultur in Deutschland wird immer wieder versucht den Begriff neu zu definieren.¹ Dem soll an dieser Stelle kein zusätzlicher Versuch hinzugefügt werden.²

Baukultur und Planungskultur sind nur im Zusammenhang zu sehen.³ So wie Bauen und Planen sind sie Teile der Produktion eines Kulturgutes, sei es als Gebäude, als städtebauliches Ensemble oder auch als Gesamtstadt. Die Diskussion um Baukultur ist damit auch eine um Planungskultur und unabhängig von der Maßstabsebene zu führen. Dies entspricht auch der Definition von Kultur im Brockhaus: Dort wird Kultur als eine Bezeichnung von Handlungsbereichen beschrieben, in denen der Mensch auf Dauer angelegte und den kollektiven Sinnzusammenhang gestaltende Produkte, Produktionsformen, Lebensstile, Verhaltensweisen und Leitvorstellungen hervorzubringen vermag. Bau- und Planungskultur sind danach nicht auf definierte Orte bezogen; der regionale Kontext ist in der Baukulturdebatte allerdings noch eher spärlich vertreten.⁴

Auch in Zeiten des Strukturwandels zeichnet sich aufgrund veränderter Lebensstile, Wohnansprüche und Arbeitsformen die Regionalisierung von Lebensabläufen ab. Insoweit sind die Stadtmauern als Orientierungsmuster bereits aus den Köpfen der Bewohnerinnen und Bewohner verschwunden, sie sind in alltäglichen Tätigkeiten und Verflechtungen und den entsprechenden alltagskulturellen Kodierungen schon überwunden. In Bezug

auf Planungs- und Baukultur müssen die Stadtmauern jedoch noch *eingerrissen* werden. Dass sich dabei ein Mehrwert ergeben kann, ist das Thema dieses Beitrags. Ich wähle daher bewusst ein Beispiel für die Konkretisierung von Planungskultur aus, das nicht Architektur ist, nicht einmal Stadt per se, sondern ein Prozess der Verständigung dreier Städte angesichts enormer Herausforderungen durch den Strukturwandel.

Der Entschluss zum Regionalen Entwicklungskonzept

Um es vorweg zu nehmen: Die stadtregionale Kooperation zwischen drei Städten wurde nicht im Bewusstsein begonnen, einen Beitrag zur Baukultur zu leisten, sondern der Anlass ist der tief greifende Strukturwandel, dem sich die Städte im Rahmen des Bund-/Länder-Programms und mit einem Beitrag zum Bund-/Länder-Wettbewerb „Stadtumbau Ost“ gemeinsam stellen.

Die drei kleinen Gemeinden Ueckermünde, Torgelow und Eggesin im Nordosten Mecklenburg-Vorpommerns erleben enorme Herausforderungen durch die starken Einbrüche in der Bevölkerungsentwicklung und im Wirtschaftswachstum, wie es sie seit Beginn der Industrialisierung nicht mehr gegeben hat. Um sich diesen Problemen stellen zu können, haben sie sich für die gemeinsamen Planungen zum „Stadtumbau Ost“ zusammenschlossen. Diese Kooperation nennt sich *REK U.T.E.* – in der Reihenfolge der Anfangsbuchstaben der drei beteiligten Städte. Sie macht Mut auf „mehr und weiter“, nicht nur im Sinne von „Not schweißt zusammen“.⁵

Der Ausgangspunkt des Stadtumbauprogramms der Kooperation waren wohnungswirtschaftliche Probleme. Und das übergeordnete Ziel war eine gemeinsam getragene Entwicklungsperspektive, weil die dringenden Probleme auf dem Wohnungsmarkt ebenso wenig in Konkurrenz der Gemeinden zu lösen sind wie die Entwicklungen in den anderen Bereichen, die die Lebensbedingungen

Regionales Entwicklungskonzept, Ueckermünde-Torgelow-Eggesin
U.T.E., Planungsbüro: BPW Hamburg

nachhaltig beeinflussen, zum Beispiel die Wirtschafts- und Beschäftigtenentwicklung und der Erhalt und Ausbau der Naturpotenziale.

Kleine Gemeinden bis zu 10 000 Einwohner sind von Schrumpfungprozessen besonders stark betroffen. Abriss und Rückbau von Wohnungen bedeuten nicht nur die Umstrukturierung einzelner Stadtgebiete, sondern haben Einfluss auf die gesamte Stadtstruktur und stellen damit Anforderungen an das Überleben der kleinen Städte in allen ihren Facetten. Die Infrastruktur dieser kleinen Gemeinden kann mit dem Rückbau und Abriss auf ein Maß zurückgehen, dass die Überlebensfähigkeit der gesamten Gemeinde bedroht, zum Beispiel durch die Schließung der letzten weiterführenden Schule und durch starke Einschränkung der lokalen Nahversorgungsmöglichkeiten auch im täglichen Bedarf.

Die Uecker-Region steht auch nach zehn Jahren Umgestaltung und positiver Entwicklung weiterhin vor gravierenden Strukturproblemen. Konkretes Ziel ist es, den fortbestehenden Problemen und deren Auswirkungen insbesondere in infrastruktureller Hinsicht entgegenzuwirken.

Ausgangslage

Die Rahmenbedingungen für gemeinsames Handeln der drei Gemeinden sind ihre räumliche Nähe, die Lage in der Nachbarschaft zum zukünftigen EU-Mitglied Polen sowie der Strukturwandel, der in dieser Region durch den Abbau der Bundeswehrstandorte noch verschärft wird.

Die Ausgangslage der Städte ist ähnlich. Die Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern verringerte sich von 1989 bis 1995 im Landesdurchschnitt um 13,8 Prozent. Von 1995 bis 2001 nahm in den drei REK-U.T.E.-Städten zusammen die Bevölkerung in etwa eben dieser Größenordnung, wenn auch lokal unterschiedlich, ab:

in Eggesin um 19 Prozent, in Torgelow 8 Prozent und in Ueckermünde 4 Prozent. Im Jahr 2001 lebten in allen drei Städten noch knapp 30 000 Personen. Für 2010 wird eine Einwohnerzahl prognostiziert, die zwischen ca. 25 000 und ca. 27 000 liegt, ein Ausblick auf 2020 ergibt ca. 21 000 Einwohner, was für den Zeitraum 2001 bis 2020 einem Rückgang von 27 Prozent entspricht.⁶ Dieser Rückgang ist erheblich drastischer als der Landesdurchschnitt, der für den Zeitraum von 1995 bis 2010 mit 5,3 Prozent angegeben wird.

Bei vergleichbarer statistischer Ausgangslage in den Bereichen Wohnungsbestand und Wirtschaft haben die drei Städte jedoch unterschiedliche Strukturen. Durch ihren spezifischen Charakter sind sie jeweils eigene „Planungsfälle“.

Als kleine Hafenstadt an der Küste besteht Ueckermünde aus einer historischen Altstadt und einer Stadterweiterung mit einem Plattenbaugebiet aus der Zeit der 1950er bis 1980er Jahre am Stadtrand. Dieser „Satellit“ verfügt über eine eigene Infrastruktur mit Versorgungszentrum und Schulen.

Die Struktur der Garnisonstadt Eggesin wurde dagegen mit der Ansiedlung der Nationalen Volksarmee (NVA) seit den 1950er Jahren umgestülpt. Die Plattenbauten der Wohnsiedlungen der 1970er und 1980er Jahre überlagern als eigene Struktur die ehemaligen Dorfstrukturen.

Die Industriestadt Torgelow wiederum besitzt fünf dezentrale Standorte des Plattenbaus als Wohnsiedlungen für die Belegschaften der Industriebetriebe sowie für das Militär, die lange nur in geringem Maße mit der gewachsenen Stadtstruktur vernetzt waren.

Ablauf und Prozessgestaltung

Wegen der Eigenständigkeit der Städte musste auf die besonderen Probleme vor Ort eingegangen werden. Im

Rahmen ihrer Kooperation erarbeiteten die Städte daher sowohl drei lokale Entwicklungskonzepte als auch ein gemeinsames Regionalkonzept, jeweils mit externer Moderation bzw. Beratung und unter Einbeziehung breiter Akteurskreise.

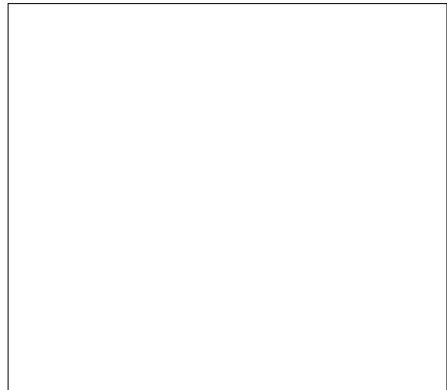
Als „Planung am Ort“ wurden Integrierte Stadtentwicklungskonzepte (ISEKs) erarbeitet. Die ISEKs sind gesamtstädtische Entwicklungskonzepte mit Aussagen für die einzelnen Stadtbereiche und Quartiere. Sie sind integriert, weil sie die unterschiedlichen Handlungsbereiche der Stadtentwicklung miteinander vernetzt betrachten und dafür Leitbilder und Konzepte entwickeln.

Das Regionale Entwicklungskonzept U.T.E. kann dabei als „gemeinsamer struktureller Rahmen“ gesehen werden. Es wurde in einem mit den lokalen ISEKs getakteten Dialogverfahren erarbeitet. In den drei Gemeinden wählte man jeweils eine auf die speziellen Anforderungen der Kommune abgestimmte Prozessgestaltung und Beteiligungsorganisation mit externer Moderation, die breit angelegt war und Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit bot, an der Entwicklungsperspektive ihrer Städte mitzuarbeiten. Zusammen erarbeiteten städtische Bauverwaltung und lokale Politik, Bürgerinnen und Bürger sowie externe Planungsbüros innerhalb sehr kurzer Zeit integrierte Stadtentwicklungskonzepte, die Maßnahmenbereiche definieren. In den lokalen ISEKs wurden die jeweiligen Schwerpunktgebiete des Stadtumbaus, der Umstrukturierung und der Wohnumfeldverbesserung festgelegt. Sie liegen in den Stadtzentren (Eggesin, Torgelow), am Rand der inneren Stadt (Ueckermünde West) sowie am Stadtrand (Ueckermünde Ost und Drögeheide/Spechtberg in Torgelow). Rückbau und Abriss betreffen in allen Gebieten die Plattenbauten. Einen kompletten Gebietsabriss wird es in keiner Stadt geben.

Das Regionale Entwicklungskonzept *REK U.T.E.* wird als

„Chefsache“ der Bürgermeister über den Wettbewerb „Stadtumbau Ost“ hinaus fortgeführt. Die planerische Herausforderung besteht darin, die Identitäten der einzelnen Orte zu stärken, zugleich aber eine gemeinsame Entwicklungsperspektive zu erarbeiten.

Dabei haben die beteiligten Planungsbüros die Arbeit aufeinander abgestimmt. In den örtlichen ISEKs besteht die Rollenteilung in unabhängiger Moderation und Pro-



Eggesin Foto: Planungsbüro: BPW Hamburg

zessberatung⁷ sowie in Planungsarbeiten am ISEK⁸. Die Planungsarbeiten am REK U.T.E. übernahmen die ISEK-Moderation und die Planungsbüros gemeinsam, die Moderation der Bürgermeisterrunden erfolgte rotierend durch die Bürgermeister selbst, jeweils von dem Bürgermeister des Tagungsortes.

Externe Moderation und Prozessberatung sowie kommunales Engagement von der „Spitze“ der Bürgermeister bis zur Basis der Bürgerinnen und Bürger haben in einer Synergie als Strukturgeber – mit dem Blick von

innen und außen für die Strukturierung gemeinsamer Arbeit – funktioniert. So ist das REK U.T.E. nicht am grünen Tisch entstanden, sondern es wurde viel Wert gelegt auf eine möglichst breit angelegte Diskussion zur Erarbeitung der gemeinsam tragbaren Entwicklungsperspektive der drei Städte. Die demografische Entwicklung, die für die drei Städte zu erwarten ist, schuf wegen der an die Existenzfähigkeit gehenden Dimension den Druck, der die Bürgerinnen und Bürger mobilisierte, sich an der Erarbeitung dieser Entwicklungsperspektive zu beteiligen.

Damit wurde eine in kleinen Orten eher ungewöhnliche Beteiligungskultur geschaffen: Der Schwerpunkt lag auf einer Zusammenarbeit an den ISEKs der drei Städte; auf dieser Basis wurden dann auch Angebote zur Mitarbeit an der stadtreionalen Kooperation angenommen.

In Ueckermünde begleitete eine *Arbeitsgruppe Stadttumbau* den Prozess der Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes, in Torgelow war mit der *Agenda-21-Gruppe* ein breiter Beteiligungsansatz gegeben und in Eggesin konnte es mit Arbeitsgruppen und einer *ISEK-Kommission* gelingen, nicht nur das Stadtentwicklungskonzept gemeinsam zu erarbeiten, sondern parallel bereits erste Aktionen durchzuführen: Ein Zukunftsbaum wurde gepflanzt, die wichtigen öffentlichen Räume der Stadt wurden mit Blumen in Szene gesetzt. Ergänzend wurden in allen Städten Informations- und Publikationsmöglichkeiten genutzt sowie Bürgerversammlungen und schriftliche Befragungen durchgeführt. Insgesamt beteiligten sich damit in den drei Städten ca. 10 000 Menschen an der Erarbeitung der Stadtentwicklungsperspektiven und jeder Haushalt wurde durch die monatlich in den Amtsblättern veröffentlichten Berichte erreicht. Die Wohnungsbaugesellschaften haben sich vor Ort an der Erarbeitung der ISEKs beteiligt, für die Finanzierung von Abrissmaßnahmen wurden Portfo-

lioanalysen durchgeführt und im Rahmen des REK U.T.E. Kooperationen vereinbart.

Schwerpunkte des Konzeptes

Das Konzept für die stadtreionale Kooperation hat sich der Problematik von Prognostik, die unvorhersehbare Ereignisse nicht integrieren kann, mit einem Korridor für die Siedlungsentwicklung gestellt. Dabei ist die stadtreionale Kooperation von Freiwilligkeit bis zum Zusammenschluss unter gemeinsamer Verwaltung zu einer der größeren Städte Mecklenburg-Vorpommerns thematisiert. Wegen der Praktikabilität und der Umsetzungsorientierung der Kooperation in der Startphase haben sich die drei Gemeinden auf vier thematische Schwerpunkte der Zusammenarbeit verständigt: Wohnungswirtschaft, Wirtschaftsentwicklung, Verkehrsinfrastruktur und Tourismus. Die Umlandgemeinden wurden später in die Diskussion einbezogen.

Die Zeit für die Erarbeitung des Konzeptes war durch die Teilnahme am Bundeswettbewerb „Stadtumbau Ost“ begrenzt. Sie forderte eine Schwerpunktsetzung und förderte die Erarbeitung in überschaubarem Rahmen. Gleichwohl ist das Ergebnis nicht „ein fertiges Konzept“, sondern vielmehr die Grundlage für die weitere Arbeit. In Wirklichkeit hört die Arbeit an integrierten Stadtentwicklungskonzepten nicht auf, sondern setzt sich in der Umsetzung von Leitideen und Leitbildern fort.

Einer der Schwerpunkte war die künftige Entwicklung der Wohngebiete und des Wohnungsangebots. Durch die Bevölkerungsrückgänge, die mit dem demografischen Wandel im allgemeinen Trend verbunden sind, zeigen sich Leerstände, die in den vergangenen sechs Jahren in Ueckermünde und Torgelow um etwa 2 bis 3 Prozent, in Eggesin infolge des Bundeswehrabbaus um 13 Prozent zugenommen haben. Der Stadtumbau erfordert deshalb Abriss und Rückbaumaßnahmen



Torgelow Foto: Planungsbüro: BPW Hamburg

in Eggesin von ca. 1 000 bis 1 250 Wohnungen, in Ueckermünde von ca. 550 bis 770 und in Torgelow von ca. 400 bis 800 Wohnungen. Veränderte Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt erfordert zugleich neue Angebote für individuelles Wohnen, das für die U.T.E.-Region mit einem Flächenbedarf von ca. 45 ha prognostiziert wird.

Mit dem Abriss von Wohnungen stellt sich auch die Frage nach der Entwicklungsperspektive der technischen und sozialen Infrastruktur. Der Zusammenschluss der drei Gemeinden eröffnet Chancen für eine abgestimmte Entwicklung, die eine insgesamt noch tragfähige Ausstattung ermöglicht. Die private Nahversorgungsinfrastruktur wird in REK U.T.E. mit der Entwicklung der Ortskerne verbunden, die als „Anker“ für die Entwicklung neuer Stadtstrukturen (Eggesin) oder die Stabilisierung der vorhandenen gewachsenen Strukturen (Ueckermünde und Torgelow) einen Bedeutungszuwachs erhalten.

Die wirtschaftliche Lage der Region ist nicht zuletzt

Motivator für die Abwanderung. Die hohe Arbeitslosigkeit von 24,9 Prozent zählt zu den Spitzenwerten in Deutschland. In den drei Städten gibt es Betriebe unterschiedlicher Größenordnungen und Branchen, u.a. auch so genannte „Global Actors“. Gefordert sind besondere Anstrengungen in der Bestandspflege und für die Neuan siedlung von Betrieben. Mit dem EU-Beitritt Polens wird sich die geopolitische Lage der Region mit Rückwirkungen auch auf die kleinen und mittleren Städte ändern. Konzeptionen für die Beschäftigung setzen unter diesem Gesichtspunkt auf die Wiederentdeckung gesamtwirtschaftlichen Handelns – Bestandspflege und Neuan siedlung von Betrieben mit Flächenvorsorge.

Perspektiven für neue Betriebe können jedoch nur entwickelt werden, wenn der Standort attraktiv ist. In der Vernetzung mit der EU-Erweiterung werden transnationale Netze eine wesentliche Rolle spielen. Die Verbindung mit Polen über die U.T.E.-Region, die Verbesserung der Vernetzung der einzelnen Verkehrsträger und der Ausbau von Kreis- und Landesstraßen werden im REK U.T.E. in einem Prioritätenplan zusammengestellt.

Der Erhalt des Bahnanschlusses für den regionalen und überregionalen Verkehr hat ebenfalls hohe Priorität, zumal es, wie üblich in kleinen Städten in ländlicher Struktur, hier keinen schienen gebunden öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gibt. Die Bahntrasse bietet aber Potenziale für eine Verbindung der drei Gemeinden mit der Kreisstadt sowie mit der Metropole Stettin.

Bei der Konversion militärischer Flächen werden neben der traditionellen Gewerbeflächenvorsorge auch innovative Ansätze geprüft, wie beim „Kompetenzzentrum Wald“ in Mecklenburg-Vorpommerns walddreichster Gegend.



Ueckermünde Hafen Foto: Planungsbüro: BPW Hamburg

Von der gemeinsamen Vermarktung der touristischen Potenziale durch das REK U.T.E. werden ebenfalls Beschäftigungseffekte erwartet.

Das Leitbild der gesamten Siedlungsentwicklung verbindet sich mit dem touristischen Schwerpunktkonzept. Das touristische Potenzial Ueckermündes liegt vor allem im Schwerpunktraum an der Haffküste, der einzigen Deutschlands, mit wasserbezogenen Freizeitangeboten in unmittelbarer Nähe der Altstadt. Im Leitbild thematisiert Ueckermünde „Wohnen am Haff“ mit dem Teil-

abriss und der Aufwertung/Wohnumfeldverbesserung im Stadtumbaugebiet Ueckermünde Ost sowie mit dem Abriss, dem Rückbau und der Neubebauung in Ueckermünde West.

Torgelows Industrie- und Geschichtskultur sind Grundlage für den Ausbau eines stadtkulturellen Schwerpunktes mit touristischer Relevanz. Hier wird mit dem Stadtumbaugebiet Stadtmitte bei Umnutzung von Gewerbebrachen ein neues Wohnangebot mit städtischen Freiräumen an der Flusslandschaft geschaffen. Eggesin wird seine Rolle

im Tourismus-Entwicklungsraum der Region mit unterschiedlichen Angeboten des natur- und bewegungsbezogenen Freizeitangebots ausprägen. Ein neues Konzept von Stadt-Landschaft prägt Eggesin nach dem bereits erfolgten Rückbau und dem geplanten Abriss großer Siedlungsbestandteile. Welche Chancen sich bieten, mit einem „Kompetenzzentrum Wald“ die besondere Lage des Ortes und der Region zu nutzen und touristisch zu vermitteln, wird sich in einer Machbarkeitsstudie zeigen.

Mehrwert „Baukultur“ in der stadregionalen Kooperation

Der Kooperationsprozess hat sich insbesondere deshalb bewährt, weil vor Ort Vertrauen zwischen Bürgermeistern, Bauämtern, Planungsbüros, professionellen Akteuren der Stadtentwicklung, wie Wohnungsbaugesellschaften, Kammern und Verbänden, aber auch Bürgerinnen und Bürgern aufgebaut werden konnte und im REK U.T.E. ohne Reibungsverluste und komplizierten Informationstransfer die Arbeit an den gesetzten Schwerpunkten möglich war. Doch das Entwicklungskonzept geht über die Ergebnisse der gesetzten Schwerpunkte hinaus. Es sind Effekte entstanden, die im Gegensatz zu den „Produktwirkungen“ der Ergebnisse innerhalb der Schwerpunktbereiche als „Prozesswirkungen“ zu verstehen sind.

Ohne Gegenstand der Bearbeitung gewesen zu sein, fügen sie dem „Gesamtprodukt REK“ einen zusätzlichen Nutzen – einen Mehrwert – zu. Die Gestaltung des Verfahrens mit seinen Zielbildern zur Erläuterung des Entwicklungskorridors und des handlungsorientierten Dialogs zwischen den Akteuren ist im Hinblick auf die Erzielung von Mehrwert insbesondere in drei Dimensionen von Bedeutung: „Identität“ wurde geschaffen und gestärkt. Dem Gespenst der „Auflösung“ in Schrumpfungs-

prozessen wurde „eine umfassende Qualitätsoffensive“ gegenübergestellt und es wurde im Sinne der Herstellung von auf Dauer angelegten Produkten ein Beitrag zu nachhaltiger Stadtentwicklung geleistet, deren baukultureller Wert noch nicht explizit entdeckt ist.

Mehrwert „Identität“

Bevölkerungsabwanderung, Leerstände, Arbeitslosigkeit, sehr knappe kommunale Kassen sind mehr als ein konjunkturelles Tief, sie gefährden vielmehr die Stabilität der Stadtstruktur. Angesichts der Herausforderung dieser Umwälzung von Lebensbedingungen sind nicht nur die Stadtverwaltungen und die Stadtpolitik gefragt, Konzepte zu entwickeln, die für die Zukunft tragfähig sind. Es besteht auch eine Herausforderung für die unterschiedlichsten Akteure und für die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt.

Der Zusammenschluss der drei Gemeinden bedeutet in diesem Kontext einen Schritt, gemeinsam Lösungen zu finden und Probleme nicht auf Kosten anderer zu lösen. Mit REK U.T.E. ist es nicht bei der Absichtserklärung geblieben, sondern die Kooperation hat zu einem gemeinsamen Leitbild für die Entwicklung geführt. Dabei wurde die Grundlage für eine neue Identität geschaffen, die jeden einzelnen Ort wertschätzt und die Leitthemen für die Zukunft gemeinsam bestimmt. Für Politik und Verwaltung ist damit neben der eigenen örtlichen Identität die Idee einer neuen stadregionalen Identität gewachsen. Die „neue Städtegesellschaft“ als Träger und Nutzer der Kooperation ist für bestehende institutionelle Strukturen eine Herausforderung, Ergänzung und sinnvolle Bereicherung. Ihre Legitimität bezieht sie aus der Bildung einer neuen „Institution“ stadregionaler Zusammenarbeit, deren Aufgaben und Rahmensetzung selbst bestimmt ist, sowie aus den Ergebnissen gemeinsamen Handelns.

Die drei Gemeinden gewinnen als „kollektiver Akteur“⁹ in dieser Kooperation neue Handlungskompetenzen und -kapazitäten. Ihre neue Identität erprobt sich nicht nur in der Erarbeitung gemeinsamer Ziele und Leitbilder, sie stärkt und festigt sich in neuen Handlungsfeldern: Mobilisierung von strategischen Allianzen und Agenden, zum Beispiel im Hinblick auf die Kooperation mit dem Nachbarland und EU-Beitrittskandidaten Polen, die bislang nur einzeln wahrgenommen wurde; Gestaltung der Vereinbarungen zur Kooperation, Bildung neuer institutioneller Kapazitäten und Aufbau einer gemeinsamen Handlungsroutine bis hin zum „mainstreaming“¹⁰ der Identität der neuen „kollektiven Regierungsverantwortung“; Wahrnehmung und Förderung der stadtreionalen Stärken durch die Bürgerinnen und Bürger der Städte mit der Entwicklung neuer Formen von Information, Beteiligung und Kooperation.

Raumordnerische und regionale Konzepte sind gerade im Osten Mecklenburg-Vorpommerns aktuell in der Diskussion¹¹, darin liegen Synergie-Chancen für eine neue regionale Identität dieser Region. Die regionale Identität ist kein abstraktes Produkt, sie ist in diesem Zusammenhang ein Bestandteil von Standortbildung.

Mehrwert „Umfassende Qualitätsoffensive“

Stadtreionale Kooperation vor dem Hintergrund tief greifenden Strukturwandels bietet die Chance, sich die unterschiedlichen lokalen Bedingungen klar zu machen, unter denen „Stadtumbau“ stattfindet. Sie motiviert, gemeinsam über die regionale Bedeutung des „Stadtumbaus“ nachzudenken, kooperativ nach Lösungen zu suchen und gemeinsame Qualitäten¹² zu entdecken. „Was unter der neutral anmutenden Vokabel Stadtumbau tatsächlich stattfinden wird, ist Rückbau von Gebäuden und Siedlungsbereichen, die in einer Industriegesellschaft entstanden sind und nun ohne Bedarf dastehen. Baukultur wird sich

zutrauen müssen, die phantasievollen und umweltverantwortlichen Kräfte in der Gesellschaft zu entdecken, zu sammeln und entwicklungsfähig zu machen, die Angebote für eine bessere Behausung in schöneren Städten und Landschaften entwerfen. Sie muss sich als eine umfassende Qualitätsoffensive verstehen.“¹³ In der stadtreionalen Kooperation der U.T.E.-Städte ist schon jetzt deutlich geworden, dass diese „Qualitätsoffensive“ kein „Trostpflaster“ ist, mit dem die schmerzhaften Wunden der Schrumpfung abgedeckt werden. Sie bildet vielmehr ein Vorgehen, das sich auf die vorhandenen Stärken besinnt und diese neu in Wert setzt, indem sie die Qualitäten jeden einzelnen Ortes herausarbeitet – in Ueckermünde die touristisch günstigste und für den Wohnstandort hochattraktive Lage am Haff, in Eggesin die Naturbezogenheit, in Torgelow die Industrie- und Kulturtradition – und aus ihnen Ansätze für die gemeinsame Zukunft entwickelt.

Mehrwert „Nachhaltige Stadtentwicklung“

Nachhaltige Stadtentwicklung ist das Stadtentwicklungsthema der 1990er Jahre gewesen – „Stadtumbau“ das Thema des beginnenden 21. Jahrhunderts. Tatsächlich liegen beide Themen sehr nahe beieinander. Anlass für die Nachhaltigkeitsdebatte waren die durch Wachstum ausgelösten Belastungen der Umwelt und der sozialen Strukturen. Im Stadtumbau geht es um Stabilisierung, Rückbau und Qualitätssicherung. Gerade angesichts ökonomischer Zwänge werden die Verfahren und Produkte, die mit Kreislaufwirtschaft auf ökonomische Tragfähigkeit setzen, zunehmend Bedeutung erhalten. In der stadtreionalen Kooperation U.T.E. hat sich dies bereits darin gezeigt, dass für den Dialog zur Erarbeitung des Planes und auch in der nachfolgend gemeinsam erarbeiteten Stellungnahme zum neuen Landesraumordnungsprogramm die lokalen Agenda-21-Gruppen beteiligt waren.

Der Zusammenschluss der drei Gemeinden öffnet Chancen für eine abgestimmte Entwicklung, die insgesamt eine noch tragfähige Ausstattung ermöglicht. Der Mehrwert „Baukultur“ kann sich hier in der Erhaltung vitaler Strukturen auf Dauer zeigen, er kann sich aber auch darin zeigen, dass auf Dauer nicht tragfähige Strukturen, Gebäude und Einrichtungen geschlossen und vielleicht sogar abgerissen werden, und zwar sowohl auf der Grundlage ökonomischer Tragfähigkeitsüberlegungen als auch der Gestaltung städtischen Lebensraums.

„Die Qualität der Baukultur ergibt sich aus der Verantwortung der gesamten Gesellschaft für ihre gebaute Umwelt und deren Pflege.“¹⁴ Diesem Leitsatz aus dem Statusbericht des Bundes zur Baukultur wird mit der stadregionalen Kooperation besonders Rechnung getragen, dabei liegt die Betonung auf „gesamten“. Die Kooperation von Städten und Akteuren, die jeweils auch Entscheidungskompetenzen hatten, also tatsächlich einen Aushandlungs- und Verständigungsprozess zu einer gemeinsamen Perspektive gestaltet haben, ist bei diesem regionalen Entwicklungskonzept die Voraussetzung für einen baukulturellen Mehrwert gewesen und wird es auch weiterhin sein.

Anmerkungen/Literatur

¹ Vgl. Planung/Prozess/Kultur. SRL Schriftenreihe 50. Berlin 2001. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Informationen zur Raumentwicklung (IzR), Heft 11/12.2002, erschienen März 2003, Baukultur – Planungskultur.

² Zumal Baukultur als Begriff eigentlich eine Tautologie ist; im lateinischen Wortstamm cultura ist bereits der Begriff Bebauung enthalten, wörtlich übersetzt heißt cultura Bearbeitung, Bebauung, Besorgung, Landbau, Ackerbau, übertragen in den geistigen Bereich Pflege, Ausbildung, Verehrung, Huldigung.

³ Für Hinweise bei der Vorbereitung dieses Beitrags danke ich Jan Abt, BPW Hamburg.

⁴ Matthiesen, Ulf: Baukultur in Suburbia – Perspektiven und Verfahrensvorschläge. In: IzR Heft 11/12 2002, a.a.O.

⁵ Das REK U.T.E. wurde erarbeitet im Auftrag der BIG Städtebau GmbH MV im Namen der drei Städte: von den Planungsbüros BPW Hamburg, Stadtplanung, Forschung, Beratung, Elke Pahl-Weber und bsr Neubrandenburg, Lutz Braun, in einem auf den Dialog zwischen Politik und Verwaltung sowie mit Bürgerinnen und Bürgern angelegten Prozess.

⁶ Die Bevölkerungsprognose wurde erstellt von GMA, Gesellschaft für Markt und Absatzforschung, Ludwigsburg/Erfurt.

⁷ Pahl-Weber, Elke für BPW Hamburg.

⁸ Braun, Lutz für bsr in Zusammenarbeit mit den Planungsbüros Schütze/Wagner, A&S und Baukonzept aus Neubrandenburg.

⁹ Healey, Patsy: Spatial Planning as a Mediator for Regional Governance – conceptions of place in the formation of regional governance capacity. In: Dietrich Fürst, Jörg Knieling (Eds): Regional Governance, New Modes of Self-Government in the European City. Hannover 2002, S. 14.

¹⁰ Healey, Patsy, a.a.O., S. 15.

¹¹ Neuaufstellung des Regionalkonzeptes des Kreises, des Regionalen Raumordnungskonzeptes, und des Landesraumordnungsprogramms.

¹² Qualitätssicherung ist auch eine der Empfehlungen im Positionspapier Baukultur Stadtumbau Ost, IRS Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner bei Berlin, Februar 2003.

¹³ Ganster, Karl: Baukultur gerade jetzt. In: Informationen der Initiative Baukultur, November 2002, S. 2.

¹⁴ Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hg.): Statusbericht Baukultur in Deutschland, Ausgangslage und Empfehlungen. Initiative Architektur und Baukultur. Berlin. Dezember 2001, S. 13.

Hathumar Drost

Drei pragmatische Leitsätze

In den bisherigen Veranstaltungen dieser Gesprächsreihe wurde sowohl von Referenten als auch aus dem fragenden Publikum der Wunsch nach einem Maßstab für Baukultur und nach objektiven Bewertungskriterien geäußert. Dieser Wunsch ist nicht ganz neu, wie folgendes Zitat des Wiener Architekten Franz Schuster zeigt:

„Wir haben es auf einzelnen Gebieten sehr weit gebracht und Bewundernswertes geschaffen. Aber im Ganzen sind wir in höchster Not und Verwirrung. Woran liegt das und was müssen wir tun, um diesen uns alle bedrückenden Zustand zu überwinden? Es liegt dies in der Hauptsache daran, dass der Einzelne im Verlauf der Menschheitsentwicklung sich immer mehr innerlich aus der Gemeinschaft im weitesten Sinne gelöst hat; von vereinzelt, meist äußerlichen und von der Not aufgezungenen Versuchen neuer Bindungen abgesehen, ist jeder heute eigentlich ganz auf sich allein gestellt. (...) Wer heute nur sich und sein Werk alleine sieht, ist im Geist des 19. Jahrhunderts befangen. Auch wenn er seine Bauten in Platten, Stützen und Glas auflöst. Es geht noch um anderes und mehr. Es geht (...) um die Gewinnung jener allgemein gültigen, elementaren, klaren und wahrhaft einfachen Formenwelt, die die Grundlage einer umfassenden, allgemein verständlichen, einheitlichen Haltung unserer gesamten Umwelt sein kann, die allein die Bezeichnung einer zeitgemäßen Baukultur verdient. Dazu gehört höchst objektive Haltung und Erkenntnis. Nur dann wird es möglich sein, die widerstreitenden Auffassungen, die Ursache der Verunstal-

tung unserer Orte und Landschaften sind und damit der Entwurzelung unseres Zusammengehörigkeits- und Heimatgefühls Vorschub leisten, zu läutern.“

Dieses Zitat ist in einer ähnlichen Veranstaltung wie dem Darmstädter Gespräch im Jahr 1951 in der Diskussion zu Martin Heideggers Vortrag „BAUEN WOHNEN DENKEN“ entstanden. Der dort zum Ausdruck kommende „fromme“ Wunsch nach einer einheitlichen Haltung – nach einem gesellschaftlichen Konsens – zu Bestehendem und zu Werdendem wurde auch in den Diskussionen in dieser Veranstaltungsreihe immer wieder geäußert. Es hat sich zusätzlich herauskristallisiert, dass Baukultur auf zwei Ebenen zu betrachten ist: Es geht gleichermaßen um die vorhandene bereits gebaute Umwelt, das Produkt, und um das Entstehen und die Veränderung von gebauter Umwelt, den Prozess.

Hiervon ausgehend und auf konkrete Produkte und Prozesse Brandenburger Baukultur Bezug nehmend, möchte ich kurz meine Auffassung darlegen:

Ich bin der festen Überzeugung, dass ein gesellschaftlicher Konsens und ein Maßstab zur Bewertung der baukulturellen Qualität unserer gebauten Umwelt, d.h. zu den bestehenden Produkten, nicht herstellbar ist und dass alle dahingehenden Bemühungen ins Leere laufen werden. Sicherlich besteht in Brandenburg der Konsens, dass die Kirche im Dorf und in der Stadt bleiben muss und dass Schlösser und Parks aus unserer gestalteten Umwelt nicht wegzudenken sind. Aber bereits bei der Farbgebung eines Nauener Tores in Potsdam scheiden sich die Geister. Und spätestens beim Umgang mit Plattenwohngebieten – das haben wir in dieser Reihe ebenfalls vernommen – ist Schluss mit Konsens.

Ich bin aber ebenso fest davon überzeugt, dass wir einen gesellschaftlichen Konsens zur Gestaltung des Prozesses, d.h. zum Stellenwert der Baukultur beim Entstehen von Neuem und bei der Veränderung des Alten,

Vierseitenhof, Wohnen und Arbeiten, Langerwisch

Foto: Mawa-Design

benötigen, und dass dieser Konsens herstellbar ist. Ein solcher gesellschaftlicher Konsens zur Baukultur, der zu einem tatsächlichen Mehrwert für Brandenburg führen könnte, müsste meines Erachtens von drei Leitsätzen bestimmt sein.

Diese Leitsätze lauten:

- *Abschied von der Gedankenlosigkeit*
- *Entdecke die Möglichkeiten*
- *Tolerantes Brandenburg*

Der erste Leitsatz *Abschied von der Gedankenlosigkeit* ist schlicht und einfach der Appell darüber nachzudenken, was wir tun. Das ist bei kleinen und großen Vorhaben nicht selbstverständlich.

Nehmen wir zum Beispiel die Standardtoilette, die uns auf den Brandenburger Autobahnparkplätzen begegnet: Der Bauherr, das Brandenburgische Autobahnamt, hat mit der Klinkerfassade und dem rot gedeckten Satteldach klassische Elemente Brandenburger Baukultur aufgenommen. Damit waren die Bedürfnisse der Nutzer aus Bauherrensicht offensichtlich hinreichend berücksichtig.



Standardtoilette Autobahnraststätte Foto: Complian

sichtigt. Ansonsten ist das Gebäude ausschließlich von den Bedürfnissen des Bauherrn und des für die Pflege Verantwortlichen geprägt: Ich muss nicht bei jedem neuen Parkplatz über Flächenbedarf, Anschlussstellen, Statik und Kosten nachdenken und die Reinigungsstruppen wissen immer, wo sie wie wischen müssen. Das ist Facility-Management! In der Schweiz, in Frankreich und in Dänemark finden wir individuelle Bauten, in denen sich das Nachdenken von Architekten widerspiegelt. Sie werden nicht mehr gekostet haben.

Der zweite Leitsatz *Entdecke die Möglichkeiten* fordert dazu auf, eingespielte Möglichkeiten für das Nachdenken übers Bauen wieder zu entdecken und neue Möglichkeiten für das Nachdenken übers Bauen zu schaffen. Da sind die klassischen Wettbewerbsverfahren, die in Brandenburg rasant an Bedeutung verlieren. Da sind Preisverleihungen zur Anerkennung von Denkprozessen, wie der Wettbewerb „Beispielhaft saniert“, den das Städtetz Prignitz seit vielen Jahren auslobt, und da sind innovative Verfahren, wie die Beteiligung von Schülern und Bewohnern am Stadtbau, wie wir es im vergangenen Jahr in Finsterwalde praktiziert haben.

Jugendliche haben ein Modell des Stadtteils im jetzigen Zustand gebaut und haben den auf 5 x 5 Meter verkleinerten Stadtteil an einem Samstagvormittag in die Einkaufspassage gebracht. Die Gespräche mit den Passanten brachten Erstaunliches zu Tage. Es geht letztlich darum, für die jeweilige Fragestellung die geeignete Vorgehensweise mutig zu entdecken und konsequent anzuwenden.

Der dritte Leitsatz *Tolerantes Brandenburg* ist ein Aufruf an alle Beteiligten die Ergebnisse der jeweils gewählten Vorgehensweise zu akzeptieren. Dass dies nicht immer einfach ist, lässt sich an zwei Beispielen erläutern.

Erstes Beispiel: Ein Wettbewerb für die Nachnutzung



Stadtteilmodell Finsterwalde, Beitrag einer Schülergruppe zum Bundeswettbewerb Stadtumbau-Ost Foto: Complam

der am Teltower Marktplatz gelegenen denkmalgeschützten Kuppelmayrschen Siedlung führt im Ergebnis zur Beauftragung eines Architekturbüros. Da hier ein Bürgerzentrum mit Bibliothek, Seniorenclub, ein Veranstaltungssaal und die Stadtverwaltung untergebracht werden sollen, ist das Vorhaben in hohem Maße öffentlich. Etwa die Hälfte der künftigen Nutzfläche wird in Neubauten untergebracht. Zur Überzeugung der Bürger sehen sich die Architekten gezwungen Darstellungen zu erarbeiten, die eher einem Suchbild ähneln. Wo versteckt sich das Neue? – Zeitgenössisches in der historischen Altstadt – das ist für viele Bürger eine baukulturelle Fehlleistung!

Zweites Beispiel: Umsiedlung der Gemeinde Diepensee für den Ausbau des Flughafens Schönefeld. 60 Wohneigentümer sollen umziehen und als eigenständige Bau-

herren ihr neues Haus am neuen Ort errichten. Der gemeinsame Modellbau soll sensibilisieren für Fragen zur Gestaltung, zur Einbindung des neuen Eigenheimes in die Nachbarschaft, zu Materialien und Möglichkeiten. Das Ergebnis: bunte Vielfalt! Zusammengewürfeltes aus den Katalogen der Hausanbieter – das wiederum ist für viele Stadtplaner, Architekten und sonstige Bauschaffende eine baukulturelle Fehlleistung!

Wenn wir beide Sachverhalte als Ergebnisse von bewusst gewählten und gewollten Vorgehensweisen akzeptieren, sind wir auf dem Weg in ein auch baukulturell tolerantes Brandenburg. Vielleicht sind die drei Leitsätze geeignet, Baukultur zu einem Mehrwert für das Land Brandenburg zu machen.

Autorinnen und Autoren

Rebecca Chestnutt, M.A., geb. 1958, Architektin, Architekturstudium Virginia Tech, USA; seit 1988 selbstständig, Büro Chestnutt – Niess Architekten BDA, Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Umbau und Erweiterung im historischen Bestand, Verkehrsbauwerke, öffentliche Bauten. Brandenburgischer Architekturpreis 2003: Amtsgericht Bad Liebenwerda, Anerkennung für zeitgenössische Ergänzung von Baudenkmalen.

Richard J. Dietrich, Dipl.-Ing., geb. 1938, Architekt, Architekturstudium TU München, Studium Bauingenieurwesen Los Angeles; Mitarbeiter bei Konrad Wachsmann; seit 1969 selbstständig mit Büro in München. Arbeitsschwerpunkte: u.a. Entwicklung von Bausystemen und ökologischen Bauweisen; seit 25 Jahren mit Schwerpunkt Brückenbau, Büro für Ingenieur-Architektur, Bergwiesen/Traunstein.

Marta Doehler, Dr.-Ing., geb. 1957, Architekturstudium Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar; Architektin für Stadtplanung; seit 1991 selbstständig, M. Doehler/I. Reuther Büro für Urbane Projekte, Leipzig. Arbeitsschwerpunkte: Stadtentwicklung und -planung, Moderation, Bürger- und Politikberatung. Stellv. Vorsitzende der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL). Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL).

Thomas Drachenberg, Dr.-phil., geb. 1962, Kunsthistoriker, Studium der Kunstgeschichte HU Berlin; seit 1.2.2003 Abteilungsleiter Denkmalpflege im Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum. Arbeitsschwerpunkte: Praktische Denkmalpflege im Land Brandenburg. Publikation zur Baugeschichte der Stadt Luckenwalde 1918–1933.

Hathumar Drost, Dipl.-Päd., geb. 1963, Studium Pädagogik und Stadtplanung TU Berlin; Städtebauer BDB; seit 1991 Geschäftsführer der Complan GmbH. Arbeitsschwerpunkte: Kommunalberatung und Dienstleistung für Bauen, Wohnen, Wirtschaftsförderung sowie Stadt- und Regionalentwicklung. Moderation Städtenez Prignitz; seit 2003 Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft „Städte mit historischen Stadtkernen des Landes Brandenburg“.

Renate Fritz-Haendeler, Dr.-Ing., geb. 1944, Stadtplanerin, Architekturstudium TU Stuttgart; Gastprofessur Universität GHK Kassel; seit 1991 Referatsleiterin im Ministerium für Stadtentwicklung des Landes Brandenburg. Arbeitsschwerpunkte: städtebauliche Grundlagen des Wohnungswesens, regionale Baukultur. Vertretungsprofessur Städtebau/Stadtplanung TU Hamburg-Hamburg 1998–2000. Mitglied Deutscher Werkbund (DWB); International Society of City and Regional Planners (ISOCARP).

Albrecht Göschel, Dipl.-Ing., Dr. rer. pol., geb. 1941, Sozialwissenschaftler, Studium Architektur und Stadtplanung TU Hannover, TU Berlin; Studium Soziologie und Sozialpolitik University of Essex, England; seit 1987 Wissenschaftlicher Mitarbeiter/Projektleiter am Deutschen Institut für Urbanistik (DIFU), Berlin; Arbeitsschwerpunkte: Kultur- und Sozialpolitik, Wertewandel, allgemeine Stadt- und Kommunalpolitikforschung. Projektleiter der Begleitforschung zum Forschungsverbund „Stadt 2030“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF); Lehraufträge und Gastdozenturen an verschiedenen Universitäten.

Gert Kähler, apl. Prof. Dr.-Ing., geb. 1942, Architekturkritiker, Architekturstudium TU Berlin; seit 1988 freiberuflicher Journalist und Wissenschaftler; Gastprofessuren in Braunschweig, Berlin, Aachen und Lehraufträge an verschiedenen Universitäten. Verfasser des Statusberichts der „Initiative Architektur und Baukultur“ der Bundesregierung (2001). Arbeitsschwerpunkte: Baugeschichte 20. Jahrhundert, Kinder- und Schulbuch zum Planen, Bauen und Wohnen in der Stadt.

Wolfgang Kil, geb. 1948, Architekturkritiker, Architekturstudium Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar; Redakteur und freier Publizist Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Architektur, Bauen in den neuen Ländern, Werksiedlungen, Stadtumbau Ost. Journalistenpreise der Bundesarchitektenkammer 1993/2001. Kritikerpreis des Bundes deutscher Architekten (BDA) 1997; Mitglied der Sächsischen Akademie der Künste.

Arne Krohn, Dipl.-Ing., geb. 1957, Architekt, Architekturstudium Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar; Stadtplaner und kulturpolitischer Mitarbeiter Jugendfreizeitzentrum Neuruppin. Seit 1992 Baudezernent Stadtverwaltung Neuruppin; Arbeitsschwerpunkte: Stadtentwicklung und Stadterhaltung, Flächennutzungsplanung, Betreuung von Hochbauten, Straßen, öffentlichen Wegen und Parks.

Bärbel Möller, Dr. habil. phil., geb. 1950, Politikwissenschaftlerin, Gesellschaftswissenschaftliches Studium Karl-Marx-Universität Leipzig; Lehrtätigkeit und Forschung an der Humboldt-Universität zu Berlin, Forschungen zum Transformationsprozess der 90er Jahre am BISS e.V. (Brandenburg-Berliner Institut für sozialwissen-

schaftliche Forschungen). Seit 1999 Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung. Arbeitsschwerpunkte: Politikvermittlung, Konferenzen und Veranstaltungen.

Wilfried Mollenhauer, Dr.-Ing., Dipl. Agrar-Ing., geb. 1932, Sachverständiger, Studium Bauingenieurwesen TU Dresden, Landwirtschaftsstudium Universität Rostock. Arbeitsschwerpunkte: Bauschadensanalysen: Wertermittlung von Grundstücken, Gebäudeplanung. Präsident der Brandenburgischen Ingenieurkammer und Vizepräsident des Bundes Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure e.V. (BDB), Landesvorsitzender des BDB.

Robert Niess, M.A., geb. 1958, Architekt, Architekturstudium Virginia Tech, USA; seit 1988 selbstständig, Büro Chestnutt – Niess Architekten BDA, Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Umbau und Erweiterung im historischen Bestand, Verkehrsbauwerke, öffentliche Bauten. Brandenburgischer Architekturpreis 2003, Amtsgericht Bad Liebenwerda, Anerkennung für zeitgenössische Ergänzung von Baudenkmälern.

Elke Pahl-Weber, Dipl.-Ing., geb. 1952, Stadtplanerin, Architekturstudium Hochschule für Bildende Künste Hamburg; selbstständig seit 15 Jahren, Inhaberin des Büros BPW Hamburg; Arbeitsschwerpunkte: Stadtplanung, Forschung und Beratung. U.a. Vorsitzende des Denkmalrats Hamburg; deutsche Ländervertreterin im OECD-Projekt „Ecological Cities“; Mitglied der deutschen Delegation HABITAT II; Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL); Gastprofessur Universität GHK Kassel, verschiedene Lehraufträge.

Bernhard Schuster, Dipl.-Ing, geb. 1953, Architekt, Architekturstudium Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar; selbstständig seit 1990, Büro Schuster Frankfurt/Oder. Arbeitsschwerpunkte: Wohnungs-, Gewerbebau, öffentliche Bauten, Bauleitplanung; Präsident der Brandenburgischen Architektenkammer seit 2001; Arbeitsschwerpunkt: Stadtbau Ost – Strategiekonzepte.

Christiane Sörensen, Prof., Dipl.-Ing., geb. 1951, Landschaftsarchitektin, Studium Landschaftsarchitektur TU Dresden; Referatsleitung Senatsverwaltung Freie und Hansestadt Hamburg. Seit 1989 Professur für Landschaftsarchitektur an der Hochschule für bildende Künste Hamburg. Arbeitsschwerpunkte: stadtübergreifende Landschaftsprogramme; Landschaftsbild und Stadtgestalt, historische Kulturlandschaften. Gastprofessur Technion Haifa, Israel; Mitarbeit an interdisziplinären internationalen Projekten.

Frank Zimmermann, Dipl.-Ing., geb. 1959, Architekt, Architekturstudium TU Dresden; selbstständig seit 1992, Zimmermann + Partner Architekten BDA, Cottbus; Arbeitsschwerpunkte: öffentliche Bauten, Wohnungs- und Gewerbebau. 1999–2001 Gastprofessur BTU Cottbus. Bauherrenpreis 2003/04 Hohe Qualität - Tragbare Kosten für die Modernisierung der Wohnanlage Theodor-Storm-Straße Cottbus – Auslober: Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen (GdW), Bund Deutscher Architekten (BDA), Deutscher Städtetag (DST).